

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Otto Brenner, Dr. Heinrich Deist, Fritz Erler,

Waldemar von Knoeringen, Prof. E. W. Meyer, Prof. Carlo Schmid,

Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner

9. Jahrgang · Heft 5 · September/Oktober 1962

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

<i>Neue Wege zur politischen Willensbildung</i> Von Waldemar von Knoeringen, München	337
Dr. Felix Butschek, Wien <i>Entfremdung und Sozialismus</i>	344
Dr. J. J. Voogd, Amsterdam <i>Politische Erziehung als demokratische Forderung</i>	358
Prof. Dr. Thomas Ellwein, Aschaffenburg <i>Einheit und Vielfalt</i>	364
 Diskussion	
Dr. Brigitta Mennemeier, Münster (Westf.) <i>Die Jugend und die Wiedervereinigung Deutschlands</i>	374
 Zeitgeschehen	388
 Berichte und Analysen	
 <i>Geschichtsbilder in Deutschland</i> Von Dr. Harry Pross, Salmers (Allgäu)	396
 Kritik	405
 Vorschau	419
 Die Autoren dieses Heftes	420

Redaktion: Ulrich Lohmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Telefon 631 11
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm In g e n s a n d

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH, Bielefeld, Pressehaus; Fernruf Bielefeld 631 11; Fernschreiber Nr. 09-32 845. Postscheckkonto Hannover 62 68. Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate. Abonnentenpreis Inland: 8,49 DM einschl. Zustellgebühren; Ausland: 9,— DM einschl. Porto bei halbjähriger Bezugszeit. Kündigungen nur zum 1. Januar und 1. Juli möglich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Einzelpreis 2,80 DM zuzüglich Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 3 — Umschlag: Eugen Nerdinger, Augsburg.

DAS GESPRÄCH MIT JEDERMANN

Neue Wege zur politischen Willensbildung

Von Waldemar von Knoeringen, München

I.

„Fast alle ahnen es, viele wissen es, nur wenige sprechen es aus: Die moderne Demokratie hat ihren Höhepunkt überschritten. Wenn das wahr ist, dann kann es nichts anderes heißen, als daß die demokratische Organisation des Staates den praktischen Anforderungen der Gegenwart und voraussichtlich auch der Zukunft nicht mehr gewachsen ist, daß sie also unter den Bedingungen unserer Zeit nicht mehr zu funktionieren vermag.“

Mit diesen Sätzen beginnt der konservative Publizist Martini sein Buch „Das Ende aller Sicherheit“. Jeder Verantwortung empfindende Demokrat fühlt sich durch leicht hingesagte Formeln dieser Art herausgefordert. Ist es nicht geradezu Mode geworden, das Wort vom „Unbehagen an der Demokratie“? Ist es nicht das immer wiederkehrende Thema in der politischen Literatur, bei Seminaren und geistreichen Begegnungen? Sollten wir, die sich in den demokratischen Parteien um jedes Quentchen demokratischen Fortschritts mühen, nicht hinwegsehen über die Publizistik derer, die messerscharfe Kritik üben, aber nicht willens sind, die kleinste persönliche Verantwortung in einer demokratischen Partei zu übernehmen? Warum auch sollte man? Sind es nicht die Parteien, die der schärfsten Kritik ausgesetzt sind? Sind es nicht die Parteien, die versagen? Sie entmachten den Volkswillen, verschreiben sich den Sonderinteressen sozialer und wirtschaftlicher Gruppen, manipulieren die öffentliche Meinung und üben schließlich vermöge einer schlecht beleumundeten „Funktionärskaste“ und ihres Parteiapparates einen geisttötenden Einfluß auf ihre Mitglieder und Wähler aus.

Diese Kritik mag billig und entmutigend sein. Der ehrliche Demokrat darf sie nicht mißachten. Gerade ihm wird durch Erfahrung erkennbar, daß unsere parlamentarische Demokratie erst am Anfang ihrer Bewährung steht. Der Prozeß ihrer Anpassung an die moderne Industriegesellschaft ist im Gange. Die Probleme zeichnen sich ab, ihre Lösungen kennen wir noch nicht.

II.

Wollen wir die Sachverhalte besser erfassen, so dürfen wir uns nicht auf ein einseitiges theoretisches Modell von Demokratie beziehen. Im sozialen Wandel haben theoretische Modelle aus früheren Epochen alle Voraussetzungen verloren. Das gilt auch für die Rolle und die innere Struktur der politischen Parteien.

Ein Großteil jenes vielzitierten „Unbehagens“ entspringt dem Umstand, daß unser politisches Bewußtsein noch stark von den Formeln einer unwiderrüflich vergangenen Epoche geprägt ist, daß nur allzu viele den gesellschaftlichen und politischen Ausdrucksformen unserer Zeit hilflos gegenüberstehen und von dieser Position aus den politischen Umwandlungsprozeß der Demokratie und auch den ihrer Parteien als Entartung der demokratischen Herrschaftsform werten.

Versuchen wir zu erkennen, worum es geht. Der französische Soziologe Maurice Duverger sieht es so: „Wir leben unter einem ganz und gar fiktiven Begriff von Demokratie, der auf der Grundlage der Philosophie des 18. Jahrhunderts von Juristen geschaffen wurde. ‚Regierung des Volkes durch das Volk‘, ‚Herrschaft der Nation durch ihre Repräsentanten‘ — das sind For-

mulierungen, dazu angetan, Begeisterung zu erwecken und rednerische Kunst zu entfalten, schöne Formulierungen ohne jede Bedeutung...“ Es geht also, folgen wir dem Urteil von Duverger, darum, die Demokratie mit den gesellschaftlichen Bedingungen unserer Zeit in Einklang zu bringen.

III.

Im 20. Jahrhundert kann kein Herrschaftssystem — auch nicht die rückichtsloseste Diktatur — darauf verzichten, sich als Repräsentant des Volkes auszugeben, mit dem Anspruch, in seinem Namen zu handeln. Unterschiedlich sind jedoch die Begründung für diesen Anspruch und das Zustandekommen der politischen Willensentscheidung. In der Demokratie wird dieser Anspruch aus der freien Willensentscheidung des Volkes abgeleitet. Die Staatsgewalt, so heißt es, geht vom Volke aus. Durch Wahlen und Abstimmungen und durch die Entscheidungen des Parlaments legitimieren die Regierten die Regierung zur Ausübung der Herrschaft.

Es wäre utopisch, eine vollständige und in jedem Augenblick wirksame politische Willensbekundung des Volkes anzustreben. Andererseits würde die Demokratie als Regierungs- und Lebensform ihren inneren Gehalt verlieren, wenn die Willensbildung nur auf periodisch stattfindende Wahlen beschränkt wäre. Keine Demokratie kann sich auf die Dauer erhalten, wenn der Abstand zwischen Idealform und Wirklichkeit zu groß wird. Die dauernde Mitwirkung des Volkes, der ständige Meinungsaustausch zwischen den Trägern der politischen Macht und den Auftraggebern sind notwendig. Im dialektischen Verhältnis des Austausches der Meinungen und Wertungen liegt der bestimmende Charakter der Demokratie als Lebensform. Es ist ein ständiger freier Dialog, durch den sich demokratische Herrschaft immer aufs neue legitimieren muß.

IV.

In diesem dialektischen Verhältnis von Machträgern und Volk kommt den politischen Parteien eine entscheidende Funktion zu. Zwar gibt es zwischen Regierung — auch die Opposition gehört in diesem Sinne zur Regierung — und Volk eine Vielzahl von Verbänden und Organisationen, von Interessenvertretungen und Gemeinschaften, die den

Parteien ähnlich sind. Für die politische Willensbildung im Volke und für das Verhältnis „Macht und Volk“ haben die politischen Parteien eine Sonderstellung. Sie ist durch die Verfassung bestimmt und stellt eine hohe Verpflichtung und Verantwortung für den Bestand und die Weiterbildung der demokratischen Ordnung dar.

Auf der einen Seite schaffen die Parteien durch Programme und politische Aktionen öffentliche Meinung. Auf der anderen Seite nehmen sie eine Vielzahl von Meinungen, Stimmungen und Wertungen ihrer Anhänger und ihrer Mitglieder auf. Sie aktualisieren und präzisieren die Meinungen im Volke, sie verschaffen ihnen Autorität und einen höheren Rationalitätsgrad. Ohne Parteien gäbe es nur ein unbestimmtes, unartikulierte und unbeständiges Geräusch, ohne politische Wirkung und Substanz.

Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Diese Privilegierung, die die Parteien zur Mitwirkung an der Bildung des Staatswillens ebenso legitimiert wie verpflichtet, war — verfassungsgeschichtlich gesehen — eine Revolution. Das Grundgesetz von 1949 ist die erste deutsche Verfassung, die die Existenz der Parteien als Faktoren der politischen Willensbildung überhaupt in Rechnung stellt.

In der Formel des Art. 21 unseres Grundgesetzes schlug sich die Erkenntnis nieder, daß die hervorragende Bedeutung der Parteien im modernen politischen Leben, die Tatsache, daß ein Prozeß demokratischer Willensbildung ohne sie überhaupt nicht mehr denkbar ist, auch durch die Verfassungsordnung nicht mehr totgeschwiegen werden darf. Wird aber die Funktion der Parteien durch die Formel von der „Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes“ zutreffend gekennzeichnet? Ist das, was die Parteien heute tun — und angesichts ihres Auftrages tun müssen —, wirklich nur noch ein „Mit“-wirken, oder ist es nicht vielleicht schon so, daß sie die politische Willensbildung tatsächlich „be“-wirken?

In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts werden die Parteien als „Artikulationsorgane“ der öffentlichen Mei-

nung bezeichnet, als das „Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können“. Diese Auffassung geht davon aus, daß außerhalb und vor der helfenden Mitwirkung der Parteien ein politischer Wille des Volkes gebildet wird, der den Parteien vorgegeben ist und von ihnen lediglich präzisiert, von Widersprüchen gereinigt und in der politischen Auseinandersetzung zur Geltung gebracht wird. Die Frage bleibt, ob angesichts der Bedingungen einer sozialstaatlichen Massendemokratie diese auf die „Volkssouveränität“ gegründete Form der politischen Willensbildung überhaupt möglich ist.

Seitdem das politisch erwachende Bürgertum im 19. Jahrhundert den Anspruch erhob, an die Stelle des gottbegnadeten Herrschertums die Herrschaft der Vernunft und den Volkswillen zu setzen, hat sich in der demokratischen Repräsentation dieses Volkswillens Wesentliches geändert.

Mit der Ausdehnung kamen gegenläufige Interessen ins Spiel, die in der parlamentarischen Repräsentation des liberal-bürgerlichen Rechtsstaates keinen Ausdruck gefunden hatten, weil es in einem Parlament des „Besitzes und der Bildung“ noch vorwiegend gemeinsame Interessen gegen die Krone gegeben hatte.

An die Stelle einer homogenen und als politische Norm geltenden „öffentlichen Meinung“ trat der Widerstreit der sozialen Interessen, die sich bald in der Form politischer Parteien kollektiv organisierten und in der Öffentlichkeit für die Regelung ihrer Konflikte kämpften. Der politische Kompromiß mußte nun vielmehr unter Druck und Gegendruck der sozialen Mächte von diesen selbst ausgehandelt werden. Dabei veränderten sich die Funktion der Parlamente und die Stellung der Abgeordneten grundlegend.

Die Parlamente blieben nicht länger eine Versammlung weiser, als Einzelpersönlichkeiten von privilegierten Schichten gewählter Männer, die in öffentlicher Diskussion um die vernünftige Bestimmung des „Gemeinwohls“ bemüht sind; sie wurden in dem Maße zunehmend zur Clearingstelle sozialer

Interessen, in dem immer weitere soziale Konflikte ihres Votums bedurften. Der Abgeordnete blieb zwar nach den Verfassungsbestimmungen weiterhin „nur seinem Gewissen unterworfen“, geriet aber unter den veränderten Bedingungen des politischen Prozesses zwangsläufig immer weiter in die Rolle des Vertreters bestimmter sozialer Interessen und politischer Kollektive. Die Parteien wurden die eigentlichen Träger der politischen Willensbildung. Das heißt: Bereits in den Parteien erfolgt die Klärung der Interessen einzelner Gruppen, nicht erst im Parlament.

Die Parteien wandelten sich im Prozeß ihrer Entwicklung stärker von der Klassenvertretung zur Volkspartei und erlangten größere Unabhängigkeit von der sich zunehmend differenzierenden Anhängerschaft. Sie sind heute gezwungen, einen weiten Bereich verschiedener Interessen schon in sich zu integrieren. Deshalb ist auch die Frage der innerparteilichen Demokratie eine Lebensfrage der Demokratie überhaupt. Der Artikel 21 des Grundgesetzes darf nicht nur zugunsten der Parteien ausgelegt werden, wenn es darum geht, ihren besonderen Einfluß zu rechtfertigen. Auch Verpflichtungen zur innerparteilichen Demokratie ergeben sich aus diesem Artikel, Verpflichtungen, die möglichst bald in einem Parteiengesetz schärfer umrissen werden sollten.

Untereinander und im Wechselspiel mit den Organen des Staates und seiner Verwaltung entwickeln die Parteien eine neue Form politischer Öffentlichkeit. Die am Prozeß des direkten Machtgleichs und Machtvollzugs beteiligten Institutionen und Organisationen spielen durch Programme und Forderungen eine bedeutende Rolle. Das Volk nimmt dabei in hohem Maße die Stellung des „Meinungskonsumenten“ ein, bei dem um Zustimmung, Verständnis oder zumindest um Duldung geworben wird.

V.

Diese Entwicklung begünstigt die passive Haltung des politisch nicht engagierten Bürgers, sie schafft eine wachsende Kluft zwischen den Institutionen, die heute die politische Willensbildung vollziehen, und den breiten Schichten

des Volkes. Das Element der „Mitbestimmung von unten“ wird geschwächt und der Sinn der Demokratie in Frage gestellt.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung machen sich dort besonders bemerkbar, wo die Demokratie nicht aus dem Kampf des Volkes um seine Rechte, sondern als Regierungsform unter geschichtlichem Zwang nach dem Zusammenbruch bankerotter Herrschaftsordnungen „eingeführt“ wurde.

Bei uns in Deutschland fehlt häufig noch das Bewußtsein für die Verpflichtung zur tätigen Mitverantwortung am öffentlichen Leben. Demokratie wird weniger als Lebensform denn als Regierungsform verstanden, mit einem systemimmanenten „demokratischen Zentralismus“. Demokratien dieser Art sind nicht stabil.

VI.

Wer heute wachen Sinnes unser demokratisches Leben beobachtet, muß mit Sorge erfüllt sein. Zahlreiche Erscheinungen deuten darauf hin, daß wir uns nicht zur Demokratie hin, sondern von ihr fortentwickeln.

Da ist zunächst die mangelnde Anteilnahme an politischen Entscheidungen. Die von sich aus nicht politisch aktiven Menschen bemerken, daß ihre Anteilnahme an politischen Entscheidungen von den Repräsentanten nicht sonderlich begünstigt wird. Man begnügt sich damit, vom Wähler für vier Jahre die Vertrauenserklärung bekommen zu haben. Der Mensch fügt sich gern in diese Rolle, er bleibt desinteressiert und passiv. Damit wird der Gedanke der politischen Willensbildung im Volke in starkem Maße unglaubwürdig. Die brave Einhaltung der formalen demokratischen Spielregeln bei der Wahl vermittelt dem Volke noch kein Beispiel für lebendige Demokratie.

Eine zweite Erscheinung: Die Menschen sehen keine Mittel, das politische Leben, abgesehen vielleicht von kommunalen Angelegenheiten, wirklich mitzubestimmen. Für sie scheint der Staat das Instrument riesiger Machtgruppen geworden zu sein, die sich gegenseitig bekämpfen. Mit gutem Willen allein kann sich der einzelne weder gegen die staatliche noch gegen die verbandsmäßige Apparatur durchsetzen. Dazu

kommt, daß diese Machtgruppen nicht in allen Fällen demokratische Strukturen haben. Der einzelne sieht also auch in diesen Machtgruppen keinen Weg, die Entscheidungen zu beeinflussen. Außerdem unterliegen die meisten in der Gesellschaft wirkenden Kräfte dem Hang zur Bürokratisierung. Der einzelne fühlt sich hoffnungslos „denen da oben“ ausgeliefert. Als „oben“ werden Parteien und sämtliche Verbände bezeichnet. Das zeigt, daß dem einzelnen keine der auf ihn einwirkenden gesellschaftlichen Apparaturen durchdringbar erscheint. Der einzelne sieht keine Möglichkeit zur freien spontanen Entfaltung. Die Machtgruppen stehen im Wege, und innerhalb der Machtgruppen sind die oligarchischen und autoritären Tendenzen so groß, daß die Weiterleitung von Impulsen nach oben sehr erschwert wird.

Eine dritte Erscheinung: Das heutige politische Geschehen läßt sich nicht mehr in einfache Kategorien und Formeln fassen. Die Massenkommunikationsmittel bringen die Politik oft in sensationeller und lärmender Weise dem Bürger nahe. Sie stürzen den einzelnen mitten hinein in die weltpolitischen Verwirrungen. Skrupellose Vereinfachungen mit Suggestiveffekt verfälschen die Wirklichkeit. Die Urteilskraft des Menschen wird überfordert.

Dazu kommt noch die quantitative Ausdehnung des politischen Stoffes auf Technik, auf Bildung, auf Weltraum usw. Weiter eine Komplizierung aller politischen Bereiche, z. B. Sozialpolitik, Steuersystem, Rechtspflege, Verwaltung usw. Das Ergebnis dieser allgemeinen Überforderung ist die Flucht aus der öffentlichen Verantwortung oder eine irrationale Meinungsbildung.

Die Parteien waren nicht in der Lage, dieser allgemeinen Entwicklung wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Des Glaubens, daß „von unten“ doch nicht viel kommen könne, sind sie auf die Meinungserforschung ohne tätige Mitwirkung des Volkes ausgewichen. Dies geschieht heute auf passive Weise: durch demoskopische Umfragen. Diese Umfragen ersetzen zum Teil den Dialog mit den Wählern. Die Parteien erfahren, was das Volk fühlt, oder besser, wohin es drängt. Und innerhalb gewis-

ser, durch die grundsätzliche Zielsetzung gezogener Grenzen bringen sie diesen „Willen“ des Volkes zum Ausdruck. Dieser Vorgang kann nicht als Prozeß echter Meinungsbildung angesehen werden, obwohl Umfragen heute unentbehrliche nützliche Hilfsmittel für die Parteien sind. Aber Umfragen sind kein Gespräch, bei dem durch These und Antithese höhere Einsichten gemeinsam entwickelt werden können. Umfragen ermöglichen eine irrationale und sogar verantwortungslose Meinungsäußerung des einzelnen, da sie nicht begründet werden müssen. Umfragen ersetzen nicht die verantwortliche Mitwirkung des einzelnen an der Politik.

VII.

Es zeigt sich also zwischen der Demokratie als Forderung, als Idealbild der demokratischen Willensbildung, und ihrer Wirklichkeit eine erhebliche Abweichung. In ihr liegt eine ernste Gefährdung des demokratischen Prozesses.

Die „Öffentlichkeitsarbeit“ der Verbände, Parteien und staatlichen Instanzen ist zunehmend nicht etwa darauf gerichtet, Einsicht in eine bestimmte Sachentscheidung zu wecken, sie versucht sich vielmehr der Zustimmung des Publikums dadurch zu versichern, daß sie um den Träger der Entscheidung eine werbewirksame Popularität „aufbaut“.

Die sozialstaatliche Massendemokratie fordert, daß bereits der Umsetzungsprozeß von gesellschaftlicher in politische Macht der Kritik und Kontrolle des Wählers unterworfen werde. Der in Art. 21 des Grundgesetzes den politischen Parteien gegebene Auftrag läßt ihnen gleichzeitig die Verantwortung dafür auf, den ganz in ihre Hände gelegten Vollzug sozialer Gewalt und politischer Herrschaft der ständigen demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Angesichts der Tatsache, daß unsere entpolitisierte Konsumkultur dahin tendiert, das kritische Interesse am politischen Prozeß eher einzuschläfern als zu wecken, hat diese Aufgabe vorwiegend erzieherischen Charakter. Die Sicherung des demokratischen Prozesses in der sozialstaatlichen Massendemokratie fordert deshalb unabdingbar von den Parteien „das Gespräch“. Nicht nur das Gespräch zu Zwecken der Werbung

und der Propagierung des Parteistandpunktes, sondern den schöpferischen, ehrlichen, mit dem Ziel der besten, sachlichen Lösung geführten Dialog.

VIII.

Gerade die Sozialdemokratische Partei sollte die kritische Situation erkennen, in die unsere demokratische Willensbildung geraten ist. Sie sollte neue Wege zur demokratischen Willensbildung suchen, sie sollte das Gespräch mit dem Menschen neu beginnen. Die Parteien sind die verantwortliche Instanz, das Volk zum Mitreden und Mithandeln am politischen Geschehen zu bewegen. Ihre Aufgabe ist es, mit zweckgerechten Mitteln den einzelnen Menschen zu erreichen und ihn vom unbeteiligten Objekt zum beteiligten Subjekt heranzubilden. Als zweckgerechtes Mittel erscheint uns das persönliche Gespräch: das Gespräch zwischen zwei Menschen, das Gespräch im kleinsten Kreis, in der Gruppe, und das offene Podiumsgespräch.

Es ist dem Menschen gegeben, seine Meinung im Gespräch kundzutun. Im Gespräch bekundet er sein Interesse und nimmt an der gemeinsamen Urteilsbildung aktiven Anteil. Oft wird beklagt, daß unsere Zivilisation — Fernsehen, Rundfunk, Illustrierte — die Menschen übersättigt und ihnen den Weg zum aktiven politischen Handeln verlege. Diese Betrachtung ist oberflächlich. Wohl ist es richtig, daß vielen Menschen heute viel geboten wird, was sie interessiert und zeitlich ausfüllt, und daß sie sich trotz der Fülle der Informationen und Reden, die auf sie eindringen, dem Politischen gegenüber passiv verhalten. Das sagt aber nichts aus über die Bereitschaft der Menschen, sich mit dem Politischen zu beschäftigen, wenn dieses Politische in Beziehung zu ihren eigenen Interessen gebracht wird. Was Rundfunk und Fernsehen nicht geben können, ist das Gespräch über die eigenen Interessen, ist der Austausch der Meinungen, die Auseinandersetzung um ein bewegendes Problem. Wer ernste, sachliche Gespräche mit einzelnen Menschen oder kleinen Gruppen sucht, wird feststellen, daß im Gespräch die Bedürfnisse und Ansichten der Menschen viel sachlicher, überlegter, daß die Einwände politi-

scher Gegner viel weniger fanatisch oder gehässig zum Ausdruck kommen, als das früher der Fall war oder als es in Rednermonologen noch geschieht.

Gerade die Sozialdemokratie erfährt täglich, daß Aufgeschlossenheit für ernste Gespräche in allen Schichten und Gruppen der Bevölkerung anzutreffen ist. Was dabei beachtet werden muß, ist dreierlei:

1. Man darf ein Gespräch nicht mit dem Ziel der Überredung führen. Man darf keine Programmsätze als absolut gültig predigen, sondern muß den Gesprächspartner als gleichberechtigt anerkennen.
2. Das Gespräch muß ehrlich geführt werden mit der Absicht, zur besseren Erkenntnis vorzustoßen.
3. Das Gespräch muß von den Interessen — auch persönlichen — des Partners der Parteien ausgehen. Seine Erfahrung muß anerkannt werden, sein persönliches Urteil, seine Meinung muß gesucht werden. Der einzelne darf nicht den Eindruck haben, daß die politische Willensbildung der Parteien in jeder Hinsicht fertig ist, so daß es sinnlos ist, dazu noch etwas zu sagen.

IX.

Die Parteien würden auch nicht ehrlich wirken, versuchten sie, Gespräche in einem parteipolitisch luftleeren Raum zu führen. Gespräche stehen nicht außerhalb des natürlichen Wettbewerbs der Parteien um die Gunst der Wähler. Jedoch darf man umgekehrt Gespräche nicht nur unter dem Aspekt einer bevorstehenden Wahl führen. Die Hinwendung der Parteien zum Volk mit dem Ziele der gegenseitigen meinungsmäßigen Durchdringung darf vom Standpunkt der Partei aus keine Wahlpropaganda sein, sondern ein langfristiges Bemühen um Vertrauen, Verständnis und eine Erkundung des Urteils und des politischen Willens von Menschen, die in der Wirklichkeit des Lebens stehen. Auf Grund ihrer Wähler- und Mitgliederstruktur, auf Grund ihrer Tradition als breitangelegte Mitgliederpartei der arbeitenden Menschen fällt der SPD diese Aufgabe besonders zu. Eine Partei des Volkes sein zu wollen, das verpflichtet.

Das ist eine schwierige, eine mühevollere Aufgabe, für die die geeigneten Methoden über die ersten positiven Erfahrungen hinaus empirisch weiterentwickelt werden müssen. Das kann der Sozialdemokratie niemand abnehmen. Sie wird sich an dieser Aufgabe bewähren müssen, wenn sie neue Wege zur politischen Willensbildung finden will. Ist sie erfolgreich, so leistet sie damit auch einen bedeutenden Beitrag zur politischen Bildung in unserem Volke.

X.

Die Sozialdemokratie in Bayern hat aus diesen Einsichten ein „Gespräch mit jedermann“ begonnen. Sie will einen neuen Weg zur politischen Willensbildung gehen. Als Gesprächsgrundlage dient der Entwurf eines „Bayernprogramms“, in dem die aktuellen Fragen der bayerischen Landespolitik behandelt werden. Es ist kein Programm im üblichen Sinne. Es ist ein Gang durch die gesellschaftliche Situation aus der Sicht des einzelnen. Mit dem Leitwort MEHR GERECHTIGKEIT ist dem Programmentwurf das kritische Maß gegeben, mit dem das öffentliche Leben, das Handeln der Politik, die Verantwortung aller Bürger, gemessen wird. MEHR GERECHTIGKEIT ist der moralische Appell, der jeden, auch den unpolitischen Menschen, anspricht und der von jedem verstanden wird. MEHR GERECHTIGKEIT gibt dem Entwurf seine formale und inhaltliche Geschlossenheit. Die Idee der Gerechtigkeit ist kein willkürlich konstruiertes, dem Menschen auflegbares Prinzip; sie hat vielmehr ihren Ursprung im einzelnen Menschen selbst. Die Gerechtigkeit ist das notwendige Ergebnis der sittlichen Anlage und des logischen Denkens des Menschen. Sie ist Teil des natürlichen Wissens des Menschen um seine Würde, sein Gewissen, seine Willensfreiheit. Mag das Gerechtigkeitsempfinden bei den einzelnen Menschen unterschiedlich klar ausgebildet sein: das Gefühl für Gerechtigkeit gehört zum Wesen des Menschen. Abgeleitet aus den Denkvorgängen bei vielen einzelnen Menschen, verdichtet sie sich durch Vereinheitlichung des Mannigfaltigen zu gesellschaftlichen Maßstäben.

Für die Fortentwicklung unserer Demokratie ist es lebensnotwendig, daß der Gesetzgeber, wie jeder Träger eines öffentlichen Amtes, die Gerechtigkeit im Auge behält. Einen vollständig gerechten Staat wird es nie geben. Das Gerechte ist immer eine Idealvorstellung, der sich die Wirklichkeit nähern kann, die sie aber nie erreichen wird. Ohne das Streben der Staatsführung nach mehr Gerechtigkeit als Richtschnur für die Politik kann sich kein Gemeinwesen erhalten. Wird also auch niemals „das Gerechte“ zu verwirklichen sein, so hängt doch aller Fortschritt der Menschheit von weiteren Siegen der Gerechtigkeit ab.

Der Entwurf eines Programms ist dem „Gespräch mit jedermann“ offen. Wer auch nur im geringsten sein persönliches Sein mit der gesellschaftlichen Umwelt in Beziehung setzen kann, wird in den 21 Kapiteln und 210 Forderungen ein Stück seines Interesses und seiner Erfahrung finden. Der Entwurf wendet sich an den sachkundigen Bürger und fordert ihn auf, mit Hinweisen und Vorschlägen aus seinem eigenem Arbeits- und Lebensbereich an der Verbesserung des Entwurfes mitzuarbeiten und so zur Bildung des politischen Willens einer großen Partei beizutragen. Ein Jahr lang soll über den Entwurf in den 101 Stimmkreisen Bayerns in Einzel- und Gruppengesprächen mit allen diskutiert werden, die guten Willens sind.

Wir sind dabei, mit Zehntausenden von Menschen, die nicht der Sozialdemokratie angehören, Gespräche über praktische Fragen der Politik in Bayern zu führen. Die Erfahrungen aus diesen Gesprächen, auch aus den uns zugehenden schriftlichen Urteilen, wer-

den die Grundlage für die Erstellung eines bayerischen Volksprogramms durch die Sozialdemokratische Partei sein. Wir werden danach streben, auch mit dem politischen Gegner ins Gespräch zu kommen. Wir wollen ihn herausfordern zum Wettstreit: Welche Partei tut mehr für mehr Gerechtigkeit? Seitdem wir begonnen haben, unsere Vorstellung von einer gerechteren Ordnung unseres Gemeinwesens mit dem Bürger zu diskutieren, mußten wir immer wieder erfahren, wie sehr Parteien und Bürger des Austausches der Argumente entwöhnt sind. Das ist oft erschreckend, aber auch verständlich, sobald man bedenkt, wieviel bequemer es ist, dem zur Konsumentenhaltung tendierenden Bürger die oftmals recht komplizierten Sachverhalte des öffentlichen Lebens in Form eingängiger Parolen und nichtssagender Symbole schmackhaft zu machen. Aber nur in dem Maße, in dem alle Parteien sich bemühen, die „Verkäuferhaltung“ zu überwinden, kann es gelingen, den der politischen Sachdiskussion entwöhnten Bürger für die Teilnahme am politischen Geschehen wiederzugewinnen.

Der Prozeß der politischen Willensbildung liegt heute weitgehend in den Händen der Parteien. Er wird nur in dem Grade und nur so lange „demokratisch“ genannt werden dürfen, als diese den ihnen von der Verfassung zugewiesenen Auftrag ernst nehmen und von sich aus die unmittelbare Beziehung des Individuums zur Politik wiederherstellen. Das ist nur möglich, wenn unser Volk ehrlich und wahrhaftig ist. Wir müssen neue Wege zum Menschen gehen. Die Sozialdemokratie hat den Mut dazu.

ENTFREMUNG UND SOZIALISMUS

I.

Die soziale und ökonomische Entwicklung des letzten Jahrzehnts mit einem sich in Europa und Nordamerika ungeahnt rasch entwickelnden allgemeinen Wohlstand hat ein Problem des klassischen Sozialismus, das während langer Jahre durch den Kampf um das Lebensnotwendige überdeckt wurde, wieder ins Bewußtsein aller jener gerückt, die sich bemühen, Antworten auf die Fragen zu finden, welche uns die Gegenwart stellt: die Entfremdung des Menschen.

Es ist ein Gemeinplatz geworden, wenn man feststellt, daß die geistige Entwicklung der Individuen mit ihrer materiellen in keiner Weise Schritt gehalten hat, ja, daß darüber hinaus bei vielen Menschen eine progressive seelische und geistige Verarmung festzustellen ist. Ebenso wiederholt man nur eine Selbstverständlichkeit, wenn man sagt, daß es die vornehmste Aufgabe des Sozialismus sei, diesen Zustand zu bekämpfen, daß es seit jeher sein Ziel gewesen ist, nicht nur das materielle Niveau, sondern auch das geistige zu heben, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, welche den Individuen die Möglichkeit gibt, auf der Grundlage der Egalität alle in ihnen schlummernden menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln.

Den Begriff der Entfremdung hat Karl Marx für die sozialistische Bewegung formuliert und gerade darauf sein Gedankengebäude errichtet. Leider ist aus der Marx'schen Analyse für die Gegenwart gar nichts zu gewinnen, so daß — wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Problemen auch — der zeitgenössische Sozialismus gezwungen ist, die neuen Situationen erneut durchzudenken.

Nun begegnet man bei einem solchen Versuch nicht nur der Schwierigkeit, daß die Marx'sche Umschreibung des Entfremdungsbegriffes unbrauchbar ist, sondern daß es der Definitionen ebenso viele gibt wie Autoren, die über dieses Thema geschrieben haben. Nur sollte man sich dadurch nicht allzu sehr schrecken lassen, weil sich nahezu alle auf jenen gemeinsamen Nenner bringen lassen, der ausreicht, um dem Problem analytisch zu Leibe zu rücken. Dieser allgemeine Entfremdungsbegriff läßt sich dahin formulieren, daß der Mensch dann sich selbst entfremdet sei, wenn sein Verhalten im wesentlichen nicht von ihm selbst, sondern von außer ihm stehenden Kräften bestimmt werde.

Von diesem Begriff ausgehend, soll nun untersucht werden, ob in der Gegenwart das Problem der Entfremdung aktuell ist und welche Aufgaben dem zeitgenössischen Sozialismus aus dessen Existenz erwachsen.

II.

Man wird mit der Untersuchung beginnen müssen, wie sich der Mensch im und zum Betrieb verhält; dies deshalb, weil nicht nur Marx dieses Problem analysierte, sondern fast alle Soziallehren, die Sozialreform durch gesellschaftliche Umgestaltung realisieren wollten — seien sie die Lassalles oder die katholische —, auf das Problem fixiert sind. Viele zeitgenössische Sozialpolitiker erwarten, daß die „soziale Frage“ in diesem Bereich zu lösen wäre. Alle diese Theorien gehen von der Tatsache aus, daß die Verfügung über die Arbeitskraft und die Produktionsmittel auseinanderfallen. Da alle Lehren diese Tatsache als die

schwerwiegendste der sozialen Entwicklung werten, liegt der Schluß nahe, sämtliche Probleme dadurch zu lösen, daß irgendwie wieder die Einheit von Produktionsmitteleigentum und Arbeitskraft herbeigeführt wird. Dabei geht man — meist uneingestanden — von dem Modell der mittelalterlichen Handwerksproduktion als Idealtyp aus. Doch auch weniger weitgehende Theorien sehen eine wichtige Aufgabe zeitgenössischer Sozialpolitik darin, der industriellen Arbeit wieder „Sinn“ und „Inhalt“ zu geben.

Zur Klärung dieses Problems liefert M a r x einen ausgezeichneten Ansatzpunkt. Wenn er den Unterschied zwischen der mittelalterlichen und der neuzeitlichen Produktion analysiert, dann wird diese Untersuchung auch heute noch von den meisten Soziologen akzeptiert. Trotz der Umwälzungen, die sich auf sozialem und politischem Gebiet vollzogen haben und die dem Arbeiter eine völlig neue Position verliehen, hat sich an dessen Beziehungen zum Produktionsinstrument wenig geändert.

Nun war die M a r x sche Prophezeiung vom amorphen, unter dem Diktat der Maschine stehenden grauen Arbeiterheer sicherlich falsch. Die neuere soziologische Forschung hat nachgewiesen, daß die menschlichen Beziehungen im Betrieb nicht allein unter dem Aspekt der „seelenlosen“ Maschinerie betrachtet werden können. Der Betrieb stellt eine lebendige soziale Einheit dar. Er ist formal organisiert in einem hierarchischen System von Über- und Unterordnung, in dem soziale Rollen, Statusprobleme sowie Verhaltensnormen entstehen. Diese soziale formale Organisation darf nicht mit der technisch-organisatorischen Struktur verwechselt werden, die zwar die Basis darstellt, aber noch keine Kooperation und soziale Integration ermöglicht. Zu der formalen Organisation tritt die Vielfalt der informellen, spontan entstandenen, sozialen Gruppen, die für das betriebliche Leben, aber auch für dessen Funktionieren bedeutend sind. Überdies greifen natürlich von außen kommende Faktoren in die Verhältnisse des Betriebs wesentlich ein — die örtlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Sozialgesetzgebung, Aktionen des Klassenkampfes, die außerhalb des Betriebes begonnen werden und viele andere, die beweisen, daß die Betriebsstruktur sehr wesentlich von ihrer Umwelt beeinflusst wird.

Daraus ergibt sich, daß man die Beziehung des Arbeiters zum Betrieb nicht nur auf sein Verhältnis zur Maschine reduzieren kann und daß das soziale Gebilde, der Betrieb, sehr wohl auch von der Seite der Arbeiter her geformt wurde. Außerdem übt jede Arbeit und damit auch die industrielle einen gewissen positiven Effekt auf den Menschen aus. Die psychischen Störungen bei Arbeitslosigkeit sind bekannt.

Dennoch bleibt der M a r x sche Ansatzpunkt für die Analyse der Entfremdung unverändert gültig. Alle diese Entwicklungen und Tatsachen ändern nichts an der Kluft, welche die handwerkliche Produktion von der industriellen trennt. Grundsätzlich bleibt der Mensch den ökonomischen Bedürfnissen der Produktion im Betrieb unterworfen, und es ist unmöglich, daß die industrielle Arbeit dem heutigen Menschen jene Erfüllung bieten könnte, die sie allgemein dem mittelalterlichen Handwerker sein konnte.

Immerhin zeichnen sich Bemühungen ab, einen menschlichen Kontakt zwischen Arbeitnehmer und Betrieb herzustellen, etwa indem der Arbeiter emotionell an diesen gebunden oder — und das entspricht wieder stärker sozialistischen Auffassungen — daß ein gewisses Mitbestimmungsrecht etabliert werden soll.

So fordert Fritz S t e r n b e r g, die technischen Möglichkeiten einzusetzen, damit die Arbeit wieder „vermenschlicht“ werde,¹⁾ da das Problem der Armut zumindest

¹⁾ Fritz Sternberg: „Die militärische und die industrielle Revolution“, Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin und Frankfurt a. M. 1957, S. 311 ff.

im Westen in absehbarer Zeit nicht mehr bestehen werde. Man werde daher darauf verzichten können, rational nach dem wirtschaftlichen Prinzip zu produzieren; man könne darangehen, die Produktion derart zu organisieren, daß der „Arbeitsprozeß selbst für den arbeitenden Menschen wieder sinnvoll“ gemacht werde. Dieser Prozeß könne auch gefördert werden, indem die Arbeiter eines Betriebes häufig an verschiedenen Arbeitsplätzen eingesetzt und umfassend ausgebildet würden.

Es führte zu weit, die nicht einmal durch den Versuch eines Beweises gestützte Behauptung Sternbergs zu diskutieren, eine weitere Steigerung der Produktion werde in absehbarer Zeit nicht mehr notwendig sein. Schließlich kann man weder das Problem sozialer Konflikte und sozialer Gerechtigkeit noch des „gesellschaftlichen Bedarfs“ unter dem Aspekt der Armut sehen. Auch hätte man wohl einiges über die Konsumneigung in der künftigen Gesellschaft zu sagen — aber das sind nur einige Faktoren, die analysiert werden müßten, bevor man Hypothesen aufstellen könnte.

Man darf sich jedenfalls nicht vorstellen, die dominierende Arbeitsart werde in Zukunft die industrielle sein und somit immer weniger Arbeitskräfte benötigen. Dieser Produktionssektor wird immer weitgehender automatisiert, hingegen steigt der Arbeitskräftebedarf des tertiären Produktionssektors ständig. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Typ des künftigen Arbeitenden der im Dienstleistungsgewerbe Tätige sein wird. Und damit sind schon dem Arbeitsplatzwechsel gewisse Grenzen gesetzt. Aber Sternbergs Auffassung steht ja nur für zahllose andere, die versuchen, die Beziehungen des Arbeiters zu seinem Produktionsmittel inniger zu gestalten, indem dieser größere Einsicht in den Produktionsprozeß, in die wirtschaftliche Position des Betriebes und in seine Funktion im Arbeitsablauf erhält. Dazu soll dann jener emotionale Kitt kommen, der etwa durch freiwillige Sozialleistungen herzustellen versucht wird: durch eine Wohnung, gesellige und kulturelle Veranstaltungen, Schwimmbäder, Fußballmannschaften usw. oder durch Gewinnbeteiligungen und Belegschaftsaktien.

In beschränktem Ausmaß gehört auch das Problem der Mitbestimmung in diesen Bereich, sofern sie nämlich auch dazu dient, die Beziehungen des Arbeiters zu seinem Produktionsinstrument zu „vermenschlichen“. Ihre weit bedeutendere Aufgabe — die noch erläutert werden soll — liegt jenseits dieses Gebietes.

Alle diese Maßnahmen sind natürlich zu begrüßen, weil sie dem Arbeitnehmer und darüber hinaus allen im Produktionsprozeß Beteiligten nützen. Doch wäre es eine Illusion, zu glauben, sie könnten dessen Situation derart verändern, daß auch nur annähernd der Kontakt mit der Arbeit und die Befriedigung erreicht würden, die das mittelalterliche Handwerk vermittelte.

Nun ist zwar evident, daß die Entwicklung vom Handwerk zur Industrie eine gewaltige menschliche Verarmung verursachte, aber ebenso offenkundig ist es, daß sie weder rückgängig zu machen ist noch so gelenkt werden kann, daß eine der mittelalterlichen ähnliche Situation zu erreichen wäre.

Nach Marx erreicht die Entfremdung im Lauf der historischen Entwicklung einen ihrer Höhepunkte darin, daß im Kapitalismus der Mensch, der Arbeiter, zur in Geld ablösbaren Ware wird. Auch dieser Zustand ist durch die ökonomische Struktur der Gegenwart bestimmt und wird sich, gleich in welcher Wirtschaftsordnung, nicht ändern. Selbst in der den ökonomischen Realitäten noch einigermaßen gerecht werdenden Übergangsgesellschaft Marxens läge der Unterschied zum kapitalistischen Zustand nur darin, daß die Arbeiter nicht mehr den Ersatz der Reproduktionskosten, also das Unterhaltsminimum erhalten, sondern den — mit Einschränkungen — vollen Arbeitsertrag. Aber das ändert nichts daran,

daß im wesentlichen der Arbeitnehmer vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Und es ist auch nicht einzusehen, warum er das nicht tun sollte. M a r x selbst hat dargelegt, daß die industrielle Revolution überhaupt erst ermöglicht wurde, weil eine Masse von Arbeitssuchenden auf das anlagebereite Kapital stieß. Daß sich dieser Prozeß unter furchtbaren Umständen vollzog, hat mit Recht jene Empörung hervorgerufen, die eine der Hauptursachen für das Entstehen sozialistischer Bewegungen war. Aber wenn man von diesen historischen Ereignissen absieht, muß man sich doch darüber im klaren sein, daß die moderne Wirtschaft nur existieren kann, weil eine große Zahl Unselbständiger bereit ist, ihre Arbeitskraft anzubieten, wobei es für diese Tatsache gleichgültig ist, ob sie diese einem Kapitalisten, der Gemeinde, dem Staat oder einer Genossenschaft verkaufen.

Auch hier begegnen wir der — durchaus verständlichen — Neigung, die industrielle Gesellschaft mit dem Maßstab der mittelalterlichen zu messen. Die Leute, denen als Lösung der sozialen Frage ein „Volk von Eigentümern“ vorschwebt, beweisen nur wie stets ihren rückwärts gerichteten Blick — abgesehen davon, daß sie ökonomischen Unsinn behaupten.

Noch einmal: Ohne Arbeit gibt es keine Produktion. Sollte in 150 Jahren eine Volksaktienepidemie ausbrechen und die Menschen sich das Geld für diese Papiere so lange vom Mund absparen, bis sie genügend hätten, um von den Dividenden ein Rentierdasein führen zu können, müßten die Unternehmen immer höhere Löhne bieten, damit die Produktion aufrecht erhalten werde — denn jede Rationalisierung findet einmal jenes Ende, an dem doch ein Mensch gebraucht wird.

Gegen den Zwang zur Arbeit schlechthin hat schließlich außer M a r x noch niemand etwas eingewandt. Gegen den Zwang zur unselbständigen Arbeit wäre dann nichts einzuwenden — wobei es uns aus den dargelegten ökonomischen Gründen nichts helfen würde, wollten wir das tun —, wenn die soziale und persönliche Integrität dabei ebenso gewahrt wird wie bei einer selbständigen, und wenn nicht nachzuweisen ist, daß jene die Ursache der Entfremdung wäre.

III.

Bevor die Frage der Entfremdung weiter geprüft werden kann, ist es zunächst notwendig, zu klären, was das Verhalten des Menschen tatsächlich bestimmt und wie weit es von außer ihm stehenden Kräften abhängt.

Es herrscht allenthalben, besonders in Kreisen konservativer Publizisten, die Auffassung vor, der Mensch fliege gleich einem freien Vogel dahin und bestimme sein Verhalten selbst. Von dort ausgehend, pflegt man dann schwermütige Betrachtungen über die Beengtheit eines durch die Krankenkasse regulierten Daseins anzustellen.

In der Realität erweist sich, daß das menschliche Verhalten — abgesehen von den durch physiologischen Bedarf und Reflexe bedingten Verhaltensweisen — zum überwiegenden Teil sehr präzise durch gesellschaftliche Normen bestimmt ist, die je nach der Kultur, in der der Mensch lebt, grundverschieden sein können. Eine Gesellschaft wird eben dadurch gekennzeichnet, daß sie ein System von Selbstverständlichkeiten gemeinsam verwendet²⁾. Beispielsweise kann die Ehe „selbstverständlich“ nur mit einem Partner eingegangen werden und unauflöslich sein, in einer anderen Gesellschaft das Gegenteil meinen; oder es ist „selbstverständlich“, das individuelle Einkommen, soweit wie möglich, ständig zu steigern, während viele Einwohner der Entwicklungsländer — sehr zum Kummer der Wirtschaftsexperten — die Arbeit beenden, sobald sie das gewohnte Minimum er-

²⁾ Vgl. Peter R. Hofstätter: „Einführung in die Sozialpsychologie“, Kröner Verlag, Stuttgart 1959.

reicht haben. Weniger zwingend, aber ebenfalls für die individuelle Freizügigkeit maßgebend sind die konventionellen Sitten und Gebräuche sowie die Moden. Der im Stile der Jahrhundertwende gekleidete Beamte stellt eine häufig verwendete Schablone origineller Karikaturisten dar. Das tabuierte Verhalten repräsentiert sich lediglich als das Gegenteil des den Selbstverständlichkeiten gemäßen und wird von der Gesellschaft häufig als kriminell oder krankhaft eingeschätzt. Die individuelle Freizügigkeit erfaßt nur einen verhältnismäßig kleinen Ausschnitt des Verhaltensspektrums, was aber die Menschen kaum bemerken, weil sie viele soziale Normen nicht als solche, sondern eben als „selbstverständlich“ empfinden.

Von Geburt an wird der Mensch im Sozialisierungs- oder Enkulturationsprozeß mit den gesellschaftlichen Verhaltensregeln vertraut gemacht. Er „lernt“, sich so zu verhalten, daß seine biologischen, viel mehr aber seine sozialen Bedürfnisse befriedigt werden.

Erst nach einer Erziehung, die in unserer Kultur fast zwei Jahrzehnte umfaßt, wird der Heranwachsende überhaupt als gleichwertiges Glied der Gesellschaft anerkannt.

Die das Verhalten des Individuums bestimmenden Normen bleiben natürlich nicht gleich. Sie ändern sich ständig, aber mehr oder minder geringfügig. Sie bleiben im jeweiligen System der Verhaltenssteuerung oder der „Kultur“. Die europäische Entwicklung kennt drei große Steuerungssysteme: die Traditions-, die Innen- und die Außenlenkung³⁾.

Die mittelalterliche Gesellschaft ist durch die kleine Gemeinschaft, die kleine Gruppe, charakterisiert. Naturgemäß sind die durch die gegebenen ökonomischen Verhältnisse bedingten, kleinen dörflichen, auf enger familiärer Beziehung ruhenden Gemeinschaften ebenso wie das städtische Nachbarschaftsverhältnis aus einem Maximum personaler und emotioneller Beteiligung und Identifikation aufgebaut. In diesem System wird der Mensch durch seine gesellschaftliche Umgebung sozusagen voll absorbiert. In dem starren und engen gesellschaftlichen Verhältnis sind auch die sozialen Normen eng und das menschliche Verhalten durch einen ebenso starren, vielfach rituellen Verhaltenskodex geregelt — durch die „Traditionslenkung“.

Mit der Renaissance, der Reformation und dem Frühkapitalismus wurde die Gesellschaft, bedingt durch die ursprüngliche Kapitalsakkumulation, die ökonomische Expansion, die Forschung, Kolonisierung und Weltmachtspolitik, mobil. Die Konsequenz dieses Umbruches mußte die Auflösung der für die charakterliche Lenkung maßgebenden Traditionen sein. Außerdem zwang die Situation die Menschen, sich in nicht vorgezeichneten Bahnen zu bewegen und mit ständig neu auftauchenden Problemen fertig zu werden. Diese Periode entwickelte die Innenlenkung. R i e s m a n definiert sie folgendermaßen: „Die Kraft, die das Verhalten des Individuums steuert, wird verinnerlicht, d. h., sie wird frühzeitig durch die Eltern in das Kind eingepflanzt und auf prinzipiellere, aber dennoch unausweichliche Ziele gerichtet⁴⁾“.

Die Traditionslenkung drängt den Menschen zu einer äußerlichen Verhaltenskonformität, einer Beachtung mehr oder minder äußerlicher Riten und Regeln. Hingegen befähigt die Innenlenkung den Menschen, sich durch die Verinnerlichung der Lenkungssignale in einer sehr dynamischen Umwelt richtig zu verhalten. Die menschliche Emanzipation drückt sich aber auch darin aus, daß sie den Menschen der äußerlichen Richtungsweiser beraubt und die Verantwortung für sein Verhalten sozusagen seinem Inneren anlastet. Das Individuum wird in seiner Jugend

³⁾ David Riesman: „Die einsame Masse“, Rowohlt Verlag, Hamburg 1959.

⁴⁾ Riesman, a. a. O., S. 31.

vor allem von den Eltern geformt, es erhält einen inneren „Kreiselkompaß“ — wie R i e s m a n sagt —, der sein Verhalten im großen und ganzen für sein Leben bestimmt. Diese Menschen sind Umwelteinflüssen verhältnismäßig schwer zugänglich.

Die neuere Zeit läßt auf ökonomischem und sozialem Gebiet Tendenzen zur Stabilisierung erkennen. Die statische mittelalterliche Wirtschaft ist nach chaotischem Übergang durch die dynamische moderne ersetzt worden, die Bevölkerungsbewegung im europäischen Raum sowohl qualitativ als auch quantitativ stehen geblieben. Traditionen sind in einer Gesellschaftsform, die immer stärker durch große Gruppen gekennzeichnet ist, kaum mehr vorhanden.

In dieser Periode wird das Verhalten der Menschen durch seine Umwelt bestimmt. „Das gemeinsame Merkmal der außergeleiteten Menschen besteht darin, daß das Verhalten des einzelnen durch die Zeitgenossen gesteuert wird; entweder von denjenigen, die er persönlich kennt, oder durch jene anderen, mit denen er indirekt durch Freunde oder durch die Massenunterhaltungsmittel bekannt ist. Diese Steuerungsquelle ist selbstverständlich auch hier verinnerlicht, und zwar insofern, als das Abhängigkeitsgefühl von dieser dem Kind frühzeitig eingepflanzt wird. Die von dem außergeleiteten Menschen angestrebten Ziele verändern sich jeweils mit der sich verändernden Steuerung, durch die von außen empfangenen Signale. Unverändert bleibt lediglich die Einstellung selbst und die genaue Beachtung, die den von den anderen abgegebenen Signalen gezollt wird⁵⁾.“

Wir erleben hier sozusagen eine Rückkehr zur Unselbständigkeit der Traditionslenkung, nur daß — eine Parallele zum Wirtschaftssystem — anstelle des festen Gerüsts von Regeln bewegliche und sich ständig ändernde Signale getreten sind. Wobei diese Signale aus historischen Gründen in den Vereinigten Staaten stärker vom Kreis der Freunde, der Nachbarschaft und den Kollegen ausgehen, während in Europa der Einfluß der Massenkommunikationsmittel überwiegt.

R i e s m a n begründet die Entwicklung der Lenkungsform mit der ökonomisch-sozialen Notwendigkeit. Wenn also seit der Renaissance innerlich gefestigte Pioniertypen notwendig waren, so verlange die gegenwärtige den lenkbaren Konsumenten. Diese Argumentation ist problematisch. Sich mit ihr zu befassen, ist nicht nur deshalb notwendig, weil R i e s m a n sich hier dem kausalen Monismus M a r x s zu nähern scheint, sondern weil diese Frage geklärt werden muß, bevor man darangeht, die Entfremdung zu analysieren.

IV.

Der Umstand, daß R i e s m a n seine sozialen Charaktertypen zunächst aus den Notwendigkeiten der jeweils gegebenen ökonomischen, politischen und demographischen Bedingungen ableitet, erschwert es ihm, die Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen zu ziehen. Bejaht man nämlich diesen Kausalzusammenhang, dann läßt sich schwer begründen, wie man einen Typ des sozialen Charakters schaffen will — unter der Voraussetzung, daß man den gegebenen negativ beurteilt —, der den erwähnten Bedingungen nicht entspräche.

R i e s m a n umgeht diese Schwierigkeit nicht konsequent. Während er nämlich zunächst den außergeleiteten Typ aus den Bedingungen der Gegenwart ableitet, erklärt er in der Einleitung zu den Kapiteln, in denen er seine Lösung des Problems entwickelt, er glaube nicht, „daß der soziale Charakter, den die heutige Gesellschaftsstruktur heraufbeschwört, ein getreues Abbild dieser Gesellschaftsstruktur ist und durch ihre Forderungen hervorgebracht wird⁶⁾.“

⁵⁾ Riesman, a. a. O., S. 38.

⁶⁾ Riesman, a. a. O., S. 232.

Diese Behauptung begründet er, indem er drei Persönlichkeitstypen entwickelt. Die „Angepaßten“, „... die ihrer charakterlichen Struktur nach den Forderungen der Gesellschaft oder Klasse in den jeweiligen Stadien der Bevölkerungsbewegung entsprechen⁷⁾“, die „Anomalen“, das sind die Schlecht- oder Fehlangepaßten, und schließlich die „Autonomen“, „... jene, die im großen und ganzen fähig sind, sich entsprechend den Verhaltensnormen ihrer Gesellschaft zu benehmen — eine Fähigkeit, die den Anomalen meist fehlt —, die aber zwischen Konformität und Nonkonformität frei entscheiden können⁸⁾“.

Das gesellschaftliche Idealbild sieht R i e s m a n nun darin, das autonome Element zum beherrschenden zu machen. Dies ist dem Inhalt nach sicherlich erstrebenswert, aber die gedankliche Entwicklung ist unbefriedigend.

Die Kategorie des Autonomen — eine sehr willkürlich geschaffene — kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Autonomie nichts anderes bedeutet als partielle, wenn auch bewußte und freiwillige Anomalie. Also ein Verhalten, das den Normen, die aus den realen Grundlagen der Gesellschaftsstruktur entstehen, widerspricht — was das Funktionieren der gegebenen Gesellschaftsordnung in Frage stellen müßte. R i e s m a n s Appell an die Autonomie wäre daher ein Aufruf gegen das Zeitalter.

Doch gegen Ende seines Werkes hat er seine Auffassung total geändert, was dem folgenden zu entnehmen ist: „Der Leser, der sich unsere Anfänge mit den großen blinden Bewegungen des Bevölkerungswachstums und des wirtschaftlichen und technischen Wandels ins Gedächtnis ruft, wird jetzt fragen, ob wir ernsthaft erwarten, daß utopisches Denken, gleichgültig welche geistigen Kräfte dahinterstehen, jene Lebensschicksale wenden kann, die in diesen Bewegungen für den Menschen bereitliegen. Allerdings glaube ich, daß unter gegebenen sozialökonomischen Bedingungen nur gewisse Ideen hervorgebracht werden und zum Tragen kommen. Und in welcher Weise diese Ideen aufgenommen werden, hängt weitgehend von dem Charakter mit all seinen Unwägbarkeiten ab. Aber trotz der vielen und gewaltigen Hindernisse für den Wandel, die der Struktur der Gesellschaft und des Charakters innewohnen, glaube ich, daß Ideen entscheidend in die Geschichte eingreifen können. Marx hat zwar die Bedeutung der Ideen bestritten und die utopischen Spekulationen seiner Vorgänger abgelehnt, aber er selbst liefert doch ein unanfechtbares Beispiel für die Macht der Ideen in der Geschichte⁹⁾.“

Dazu wäre nichts als das Bedauern darüber auszusprechen, daß diese Erkenntnis nicht schon am Beginn des R i e s m a n schen Buches steht, da sich dann die Lösung des gestellten Problems klarer ergeben hätte.

Die geistige Umformung, die mit der Renaissance einsetzte, war zwar mit den ökonomischen Verhältnissen eng verknüpft, stellte aber nicht nur das Spiegelbild der Produktionsverhältnisse dar, sondern muß als Prozeß vielfacher und wechselseitig wirkender Kausalitäten, verstanden werden. Ähnlich dürfte die Situation bei der Entwicklung vom innen- zum außengelenkten Typ aussehen. Sicherlich verlangt die Gegenwart nicht in dem Maß Pioniernaturen wie die Periode des frühen Kapitalismus. Allerdings gibt die Dynamik der ökonomischen und sozialen Entwicklung solchen Typen auch heute noch einen derart großen Spielraum, daß die These R i e s m a n s nicht befriedigt. Man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man eben auch die Einwirkung des „Überbaues“ auf den „Unterbau“ bedenkt. Wenn, wie R i e s m a n feststellt, das Streben nach Sicherheit jenes nach Erfolg weitgehend abgelöst hat, dann ist das gewiß auch die Konsequenz einer Ent-

7) Riesman, a. a. O., S. 253.

8) Riesman, a. a. O., S. 254.

9) Riesman, a. a. O., S. 317.

wicklung, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der staatlichen Sozialpolitik einsetzte und immer weitere Kreise erfaßte. Die Idee der sozialen Sicherung wurde schließlich die dominierende unserer Gesellschaft und löste die Ideologie der Konkurrenz ab. Sie ergriff allmählich auch jene Personenkreise, deren Existenz durch die Konkurrenz eigentlich erst gerechtfertigt erscheint, die Unternehmer. Diese Entwicklung brachte einerseits die Domestizierung des menschlichen Egoismus, des uneingeschränkten Profitstrebens, aber auch jene gesellschaftlichen Zustände, welche eben durch die größere Sicherheit, rationale Organisationsformen und den erhöhten Wohlstand den Menschen passiver und äußeren Einflüssen gegenüber offener machten.

Darin dürfte die eine Ursache der Außenlenkung liegen, und damit wäre auch der Faktor dargelegt, der die Menschen der Botschaft der Massenkommunikationsmittel stärker aufschließt, als dies in der Periode der Innenlenkung der Fall gewesen war. Allerdings wäre die Entwicklung nicht vollständig erfaßt, wollte man nur die Faktoren berücksichtigen, die R i e s m a n im Auge hatte und die sich auch nach dem Versuch einer Korrektur als strukturelle Elemente des gesellschaftlichen Wandels darbieten. Man muß bedenken, daß auch die Massenkommunikationsmittel ihrerseits mithalfen, den außengeleiteten Typ zu schaffen und sich als die andere Ursache dieser Entwicklung darbieten. Erfolgte in der Periode der Traditionslenkung die Verhaltenssteuerung des Menschen von außen, so ist die Innenlenkung eben dadurch gekennzeichnet, daß das Individuum selbst — oder sein „Kreiselkompaß“ — sein Verhalten steuert und darauf sieht, daß die gesellschaftlichen Normen beachtet werden. Diese inneren Richtlinien genügten in zwar sehr bewegten, aber doch solchen Perioden, die keine oder erst wenig entwickelte Massenkommunikationsmittel kannten. Man darf nicht übersehen, daß diese Instrumente der Meinungsbildung ihre Botschaft mit einer nie dagewesenen Intensität präsentieren. Hier entstand ein neuer Faktor, der für die Steuerung menschlichen Willens und Verhaltens von überragender Bedeutung wurde.

Nun traten zwar die ersten Massenkommunikationsmittel schon zu Zeiten auf, da die Innenlenkung auf ihrem Höhepunkt stand. Daß sie damals wirkungslos blieben, lag auf der Hand, denn sie steckten noch in ihren Anfängen. Außerdem funktionierte die innere Steuerung noch störungslos. Überdies konnten sich nur jene Zeitungen — welche damals das einzige und psychologisch am wenigsten intensive Massenkommunikationsmittel darstellten — durchsetzen, die Niveau und Bildung zumindest prätendierten.

Gewiß sind sowohl die Gesellschaft der Innen- als auch die der Außenlenkung wesentlich elastischer und formbarer als die der Traditionslenkung; das allerdings weniger als direkte Folge der Lenkungsprinzipien, sondern wegen des im allgemeinen höheren Bildungsniveaus, der geistigen Beweglichkeit und des am ökonomischen Prozeß geschulten zweckgerichteten Denkens. Verbunden mit der relativ leichten Lenkbarkeit des heutigen Menschen wird es möglich, die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht nur durch die Ergebnisse der industriellen Massenproduktion zu befriedigen, sondern mit deren Prinzipien die Gesellschaft oder bestimmte ihrer Gruppen derart zu organisieren, daß die größte Wohlfahrt erreicht wird. Man wendet ökonomische, betriebswirtschaftliche Grundsätze auf gesellschaftliche Belange an.

Bestand beispielsweise im Mittelalter die Sicherung gegen Krankheit im wesentlichen darin, daß die Familie, die Nachbarschaft oder vielleicht noch die karitativen Institutionen der Kirche den Kranken betreuten, so hat die moderne Gesellschaft ein System von Krankenversicherung, Fürsorge, Spitälern und Ambulatorien mit mehr oder minder genormten Leistungen geschaffen, das unvergleichlich mehr vollbringt als die Vorsorgen der früheren Gesellschaft — wobei

es vorkommen mag, daß sich Grenzprobleme ergeben, die heute unzulänglich gelöst werden, die zu regeln aber möglich ist.

Die heutige Gesellschaft ist also nicht wie die mittelalterliche an ein mehr oder minder vorgegebenes Organisationsschema gebunden, sondern in der Lage, ihre Organisationsformen im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten so zu ändern, wie es ihr zweckmäßig erscheint. Sie wird also in ihrem Organisationsbereich geplant.

Der tatsächliche Raum individueller und freier Entscheidung wird also sehr begrenzt. Freilich bedienen sich nicht nur jene Kreise dieser Möglichkeiten, die nur das Wohl der Gesellschaft im Auge haben, sondern auch Einzelwirtschaften, die ihre Produkte absetzen wollen. Sie gehen weit über die Aktivität gesellschaftlicher Organisationen hinaus, welche sich prinzipiell nach den menschlichen Bedürfnissen richten und das Individuum nur mit seinen wahrscheinlichen Reaktionen einsetzen und kalkulieren. Die Unternehmen hingegen versuchen, die menschlichen Reaktionen zu beeinflussen, ja diese herbeizuführen, zu verhindern oder deren Qualität zu bestimmen.

Während also die Konservativen in feindseligem Mißtrauen den Staat anstarren, von dem sie alles Übel der Zukunft erwarten, vollziehen sich die von ihnen befürchteten Prozesse längst auf dem Gebiet der Wirtschaft.

V.

Es ist also zu fragen, ob die Verfügbarkeit des heutigen Menschen nicht im Bereich des Konsums und der Freizeit zu suchen ist, ob die Entfremdung in der Gegenwart sich nicht darin äußert, daß dort die individuelle Entscheidungsmöglichkeit des Menschen begrenzt und die Wirtschaft in der Form der Werbung sowie die Massenkommunikation zur Steuerungsquelle des menschlichen Verhaltens wird.

Nun muß man sich darüber klar sein, daß diese — Zeitungen, Film, Radio und Fernsehen — für die moderne Massengesellschaft als Mittel ihrer Integration notwendig sind. Sie könnten also an sich ein neutrales Instrument sein. Häufig aber (zumeist unter der Bedingung privaten Eigentums, manchmal auch bei öffentlichem) zeigen sie eine Tendenz, eigene Verhaltensnormen zu schaffen und dabei die geistigen Fähigkeiten ihrer Konsumenten zu mindern.

Das geschieht beispielsweise bei Zeitungen — in der unaufhaltsam vordringenden Boulevardpresse — schon durch die Auswahl der Berichte. Wer ausschließlich oder vorwiegend über die Liebesaffären von Schauspielerinnen oder Prinzessinnen liest, wird allmählich von der Bedeutung dieser Geschehnisse überzeugt. Auf diese Weise entsteht eine neue Wertskala, in der die öffentlichen Angelegenheiten als unwichtig, gar nicht existent oder an unterster Stelle rangieren, und man das eigene Handeln danach abstimmt. Dadurch werden wieder neue Verhaltensnormen geboren, aber solche, die eine Gefahr für den Bestand einer demokratischen Gesellschaft darstellen.

Darüber hinaus arbeiten diese Blätter auch daran, das geistige Niveau ihrer Konsumenten allgemein zu senken. Sie verwenden an Stelle normaler Berichte und Darstellungen Bilder, Riesenlettern und den „schmissigen“ Kurztext, welche dem Menschen das Lesen, aber vor allem das Denken erleichtern. Es wurde dargelegt, daß das intellektuelle Training ein wesentlicher Bestandteil des Enkulturationsprozesses in unserem Kulturkreis darstellt. Ein einmal erreichtes geistiges Niveau läßt sich aber nicht halten, wenn die intellektuellen Werkzeuge nicht benutzt werden. Es kommt zu der Erscheinung, daß die heutigen Menschen abstumpfen.

Diese Entwicklung wird dadurch vorangetrieben, daß die Massenkommunikationsmittel wie alle wirtschaftlichen Güter industriell produziert werden müssen. Ihre Produzenten werden sich daher bemühen, die Herstellung rentabel zu gestalten und den Umsatz zu vergrößern. Dieses Streben wird im Bereich der Presseerzeugnisse besonders wirkungsvoll, weil deren Produktion mit sehr hohen fixen Kosten belastet ist, aber minimale variable verursacht. Man versucht daher, mit immer neuen Reizmitteln an den Kunden heranzukommen. Diese Mittel sind natürlich selten von der Art, daß sie das geistige Niveau erhöhen. Daher der Einbruch der Sexualität in unsere Gesellschaft.

Was für die Zeitungen gilt, läßt sich auch vom Film sagen. Dessen Versuche, dem durch das Fernsehen verursachten Besucherschwund entgegenzuwirken, unterscheiden sich in nichts von den Ambitionen der Boulevardpresse.

Sofern die Rundfunk- und besonders die Fernsehorganisationen in privater Hand sind, verwenden auch sie die beschriebenen Methoden, um ihren Absatz zu steigern. Sind sie öffentliches Eigentum, dann wirken sie zumeist neutral, weil einerseits die Auswahl der Sendungen doch der bisher geltenden sozialen Werteskala entspricht, andererseits aber die geistige Gesamtkonstitution der Hörer und Zuschauer durch Übertragung primitiver Schlager und Lustspiele gefährdet wird.

Jedenfalls läßt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte den Schluß zu, die Aufmerksamkeit des Konsumenten lasse sich dadurch gewinnen, daß Reize an ihn herangetragen werden, die sein unterstes geistiges Niveau treffen. Reagiert er konstant darauf, dann paßt er sich allmählich dieser Stufe von Kommunikationsmitteln an und wird für die nächstniedrigeren Reize anfällig. Die Drehungen dieser „Schraube“ konnte jedermann während der letzten Jahrzehnte beobachten.

Die Werbung versucht, den Konsumenten ebenfalls mit Reizmitteln zu beeinflussen, aber nur in dem Stadium, da sie seine Aufmerksamkeit erregen will. Danach muß er dazu gebracht werden, sein Leben auf eine Weise einzurichten, daß der abzusetzende Artikel darin eine entscheidende Rolle spielt. Es geht der modernen Werbung also vielfach nicht mehr einfach darum, dem Konsumenten die notwendige Marktübersicht zu verschaffen, auch nicht den objektiven Nutzen des Artikels zu schildern, sondern die Lebensweise umzuformen, damit der Bedarf steige. Der Einsatz von Instrumenten der Meinungsbeeinflussung moderner Prägung sowie die durch Massenkommunikationsmittel vorbereitete Atmosphäre lassen das Unternehmen zumeist gelingen.

Die Werbung bemächtigt sich, wie auch die Massenkommunikation, vor allem jenes Gebietes, das durch die in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegene Kaufkraft ökonomisch besonders interessant geworden ist: der Freizeit. Damit wurde aber ein Bereich erfaßt, der nicht nur bisher einen großen Teil der in unserer Gesellschaft dem Individuum gewährten Freizügigkeit umfaßte, sondern auch die Möglichkeit zu ihrer weiteren Ausdehnung in sich bergen würde.

Brachte es also die Außenlenkung mit sich, daß der Mensch sein Verhalten nach häufig wechselnden äußeren Signalen orientiert, dann wird diese Situation durch die Tatsache verschärft, daß Verhaltensnormen im wirtschaftlichen Interesse von privaten Unternehmen geschaffen werden. Der Bereich der freien Entscheidung im menschlichen Verhaltensspektrum wird in einem Maß eingeengt, das bald über jenes der Traditionslenkung hinausgehen wird.

Die Gestalt des seit der Renaissance als Ideal angestrebten, weitgehend frei entscheidenden Individuums ist zugunsten einer vorwiegend im Interesse des Gewinns von exogenen Faktoren gelenkten zurückgetreten. Idealtypisch gesehen,

lebt der heutige Mensch nicht mehr sein, sondern das ihm vorgeschriebene Leben — er ist sich selbst entfremdet.

VI.

Es wurde darzulegen versucht, daß man in der Gegenwart sehr wohl von einem Phänomen sprechen kann, das sich mit dem Wort „Entfremdung“ begrifflich erfassen läßt. Dieses Phänomen tritt außerhalb der betrieblichen Sphäre auf. Überdies ist eine Entwicklung deutlich erkennbar, die den Raum der Arbeit im menschlichen Leben immer mehr einengt. So enthüllt sich die Problematik aller Bemühungen — die Frage der Mitbestimmung wird dadurch nicht berührt —, das Individuum von der Arbeit her seelisch „aufzuladen“. Es fragt sich sogar, ob solche Bestrebungen es nicht erschweren, die Entfremdung zu überwinden.

Diese Auffassung vertritt beispielsweise R i e s m a n. Er meint, daß diese Bemühungen den Menschen auf dem Weg zur Autonomie — wie er den Zustand der individuellen Emanzipation bezeichnet — behindern. Man sei immer stärker dazu übergegangen, den Menschen auch in seinen „zwischenmenschlichen Beziehungen“ im Betrieb zu organisieren. Man versuche, die Atmosphäre des Betriebes emotionell zu laden, treibe den Begriff des „Arbeitsteams“ auf die Spitze und gelange schließlich dahin, daß die im Betrieb Beschäftigten sich gegenseitig stärker als Problem empfinden als ihre Arbeit. Das Gefährliche an dieser Entwicklung sieht R i e s m a n darin, daß unechte und gezwungene menschliche Kontakte entstehen, daß die betriebliche Sphäre viel zu stark in den Mittelpunkt des individuellen Daseins gerückt werde.

Er sieht die Lösung darin, der Arbeit den Raum zuzuweisen, der ihr zukommt. Dieser Raum ist in der Gegenwart weitaus anders geartet als früher. Wenn man noch vor 50 Jahren davon sprechen konnte, daß die Arbeit den überwiegenden Teil des menschlichen Lebens okkupierte, dann verschiebt sich in der Gegenwart das Schwergewicht immer stärker zur Freizeit hin. Diese Relation sollte nicht künstlich verkehrt werden.

Damit soll gewiß nichts gegen gute menschliche Beziehungen im Betrieb gesagt sein. Sie sind in jeder menschlichen Gemeinschaft, sei sie enger oder loser, erstrebenswert. Auch ist nichts dagegen einzuwenden, wenn der Betrieb Wohnungen und Schwimmbäder für seine Angehörigen errichtet. Wogegen man sich aber wenden muß, ist der Versuch, den Betrieb zu einer „Familie“ umzugestalten, wobei der Betrieb auch durch ein umfangreiches Freizeitprogramm die meisten Lebensäußerungen des Arbeiters zu absorbieren trachtet. Diese Experimente sind, da sie von den echten Problemen ablenken und sogar soweit gehen, den Raum, der dem Individuum zumindest potentiell zu seiner freien Verfügung bleibt, in der Weise einzuengen, daß sie wieder versuchen, den Menschen auf den Betrieb zu fixieren, im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär. Glücklicherweise haben die Arbeiter bis jetzt solchen Bestrebungen gegenüber einen gesunden Instinkt bewiesen und verhielten sich sehr reserviert — wohl auch aus der Erkenntnis, daß viele Unternehmen mit solchen Aktionen die gewerkschaftliche Solidarität zu untergraben versuchen.

Ein anderes Problem ist die betriebliche Mitbestimmung. Sie ist allein durch die Tatsache legitimiert, daß sie die Beziehungen der Klassen dort regelt, wo ihre widerstreitenden Interessen am unmittelbarsten aufeinandertreffen. Sie hilft also, jenes soziale Grundproblem zu lösen, welches eben dadurch entstand, daß der eine Vertragspartner im Arbeitsvertrag die weitaus schwächere Position innehatte und keine Möglichkeit besaß, auf die für ihn ebenfalls relevante Betriebsführung und -organisation einzuwirken. Freilich ist das für die Frage der

Entfremdung nur insofern interessant, als eine ausgedehntere Mitbestimmung möglicherweise dazu beiträgt, das geistige Niveau zu heben und die Selbständigkeit des Arbeitnehmers zu stärken. Allerdings könnte es sich eben nur um einen Beitrag handeln, der den Effekt vieler anderer, in dieselbe Richtung wirkender, verstärkt. Würde sich die Entfremdung wie bis jetzt weiterentwickeln, wäre die Mitbestimmung nicht nur als ein Mittel zur Überwindung der Entfremdung wirkungslos, sondern auch für ihren eigentlichen Zweck: Der primitive, passive, also entfremdete Arbeitnehmer wäre an der Mitbestimmung ebensowenig interessiert wie an der Politik.

Die Erfüllung durch die Arbeit mochte dem traditionsgeleiteten Menschentyp genügen, der, zumindest was Bildung anbelangt, einen sehr engen Horizont besaß. Mit der Renaissance, besonders aber mit der Aufklärung setzte gerade auf diesem Sektor eine explosive Aufwärtsentwicklung ein, die ja — wenn auch weniger dynamisch — bis heute anhält. Der emanzipierte und — quantitativ — wesentlich gebildete Mensch der Gegenwart könnte seine Erfüllung, sein geistiges Genügen in seiner Arbeit gar nicht finden, und wäre sie auch von der Art des mittelalterlichen Handwerks. Man sollte sich durch den Neoprimitivismus nicht darüber täuschen lassen, daß der heutige Mensch nicht nur potentiell zu weit größerem befähigt wäre als der traditionsgeleitete, sondern daß es auch qualifizierterer Instrumente bedarf, um seine seelische Gesundheit zu sichern. Man kann sich also ruhig damit abfinden, daß die Arbeit ein — glücklicherweise schrumpfendes — notwendiges Übel darstellt, und muß die Entfremdung dort bekämpfen, wo sie heute besteht und wo die Kräfte wirken, die sie verursachen — auf dem Gebiet der Freizeit.

„Da die mechanisierten Arbeitsformen immer eine hohe Arbeitsdisziplin und -intensität und eine gewisse Eintönigkeit und Angespanntheit des Verhaltens erfordern werden, stellt sich in ihnen das Problem der Arbeits- und Lebensfreude vor allem in Form eines zu fordernden Ausgleichs zur Arbeit, der die gemäß der alle industrielle Produktionsweise konstituierenden Trennung von Arbeits- und Lebensraum, mit Recht vor allem außerhalb der Arbeit gesucht wird. Die Vergrößerung der Freizeit durch ständige Kürzung der Arbeitszeiten, die durch die Massenproduktion aller Art gerade für die arbeitenden Schichten erweiterten und erstrebten Konsummöglichkeiten aller Art, die Verlagerung des sozialen Selbstbewußtseins und Prestiges oder der innerlichen Lebenserfüllung in Tätigkeiten außerhalb des Berufes und der Arbeit, ja schließlich die hohe Bedeutung des Lohnes überhaupt, sind die sozialen Kompensationen für den menschlich und sozial unergiebigem Charakter vieler technisierter Arbeitsformen¹⁰⁾“.

Es gilt, diesen Bereich von den Faktoren der Außenlenkung zu befreien. Das heißt nun nicht, etwa zu versuchen, ein System eng- und festgesetzter Werte aufzubauen, wie dies in der Traditionslenkung geschah und wie das der Kommunismus heute versucht. Man müßte einen Menschentyp anstreben, der etwa in der Richtung des „innengeleiteten“ oder des von R i e s m a n als „autonom“ bezeichneten Typs liegt, des selbstverantwortlichen, emanzipierten, souveränen und kultivierten Individuums. Die Steuerungsquelle des individuellen Verhaltens wäre dazu wieder mehr nach innen zu verlegen, aber gleichzeitig anzustreben, daß der Mensch stärker rationalen Urteilen folge, die ja wieder auf gewissen gesellschaftlichen Normen beruhen, welche aber doch eher die Rolle des Rohmaterials der Verhaltensbestimmung spielen und nicht die der bearbeitenden Maschine, die ihrerseits den Menschen formt.

¹⁰⁾ Helmut Schelsky: „Industrie und Betriebssoziologie“, in „Soziologie“, Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf und Köln 1953, S. 180.

Diesem einen Faktor der heutigen Entfremdung wird man am besten durch eine intensivierete Erziehung beikommen. Die familiäre Erziehung kann ja die Gesellschaft kaum beeinflussen, aber vor allem die in der Schule gewährte wird weit über das jetzige Maß hinaus ausgedehnt werden und vor allem den Bereich der Kultur stärker umfassen müssen.

Die Forderung nach dem 10. Schuljahr sollte unter diesen Aspekten eine Selbstverständlichkeit sein, um so mehr, als es dazu beitrüge, die Probleme zu lösen, die durch die Akzeleration unserer Jugend entstanden sind und sie bewahrt, in unreifem Alter mit einer formidablen Kaufkraft den skrupellosen Instrumenten der Massenkommunikation gegenüberzustehen. Die Erziehung in der Schule muß unterstützt werden, indem man die Jugendorganisationen stärkt und Gelegenheiten für die kulturelle Betätigung der Jugend schafft. Da die Religion nicht nur einen der stärksten verinnerlichten Richtungsweiser darstellt, sondern darüber hinaus für die seelische Gesundheit des Menschen, für die Erfülltheit seines Lebens von erstrangiger Bedeutung ist, wird man dem Religionsunterricht besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Selbstverständlich bestehen auch gewisse Querverbindungen zwischen Geist und Moral — zumindest in der Gegenwart. Denn viele amoralische und asoziale Positionen entspringen einerseits der Bereitschaft, primitive Leitbilder zu akzeptieren, andererseits der Unfähigkeit, Handlungen und Haltungen abzuschätzen, die über den unmittelbaren engen Erfahrungsbereich hinausgehen. Von einer pessimistisch-konservativen Basis ausgehend, arbeitet Arnold Gehlen diesen Aspekt im Zusammenhang mit dem Problem der moralischen Anpassung an die industrielle Kultur heraus:

„Ein anderer Komplex von Gründen zu der Vermutung, daß eine moralische Anpassung an die industrielle Kultur überhaupt unmöglich sein könnte, ist jetzt darzustellen. Die natürlichen Grenzen der Zielsetzung, die man nach außen hin nicht mehr anerkennt, könnten im Inneren liegen, nämlich in der Tatsache, daß unsere zuverlässigen moralischen Integrationen nicht viel weiter reichen als unsere Sinne. Beide sind auf Naheliegendes gerichtet . . . Was über die anschauliche und übersehbare Nähe, in die damit der geistige und moralische ‚Realkontrakt‘ gebunden wären, hinausgeht, wird zwar noch von der Berechnung und der begrifflichen Konstruktion ergriffen, von der ‚Gesinnung‘ auch bereitwillig noch vertreten, ist aber bald und buchstäblich nicht mehr vorstellbar und tritt dann weder als Regulativ noch als Kontrolle oder als Hemmung und Gegenmotiv auf¹¹⁾“.

Diese geistige Unfähigkeit, weitere Bereiche moralisch zu erfassen, ist uns durch die Tatsache geläufig, daß die meisten Deutschen das Bewußtsein, es seien 6 Millionen Juden ermordet worden, nicht allzu stark berührte, daß aber eine Woge der Entrüstung durch das Land ging, als das Schicksal der Anne Frank der Öffentlichkeit vermittelt wurde, also das Leben und Sterben eines einzelnen Menschen.

Darüber hinaus gibt die höhere Bildung dem Menschen geistig und gesellschaftlich eine feste Position: „Der ‚Gebildete‘ liest gewisse Blätter und Bücher, er besucht gewisse Veranstaltungen, und er steht mit seinesgleichen im Gedankenaustausch. Es scheint, daß diese Informationsquellen weitgehend aufeinander abgestimmt sind. Indem sich der ‚Gebildete‘ gewissen Informationsquellen in relativ einheitlicher Weise aussetzt, gibt er seinem Denken und Urteilen einen

¹¹⁾ Arnold Gehlen: „Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft“, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1949, S. 13.

„Stil“, der ihn vor vielen Konflikten bewahrt. Es handelt sich um einen Sicherungsmechanismus von allergrößter Bedeutung¹²⁾“.

Schließlich bewirkt die höhere Bildung, besonders in ihren kulturellen Bereichen, daß sich der Raum freier, von gesellschaftlichen Normen nicht beeinflusster Entscheidungen erweitert. Je intensiver sich das Individuum mit der Kunst beschäftigt, desto mehr Gelegenheiten hat es — mit allen Einschränkungen, die aber bei dieser prinzipiellen Überlegung doch unwesentlich erscheinen —, frei seine Einstellung, seine Reaktion zu dem Kunstwerk zu bestimmen, nicht zu reden von der Situation, die sich aus schöpferischer Gestaltung oder Nachgestaltung ergibt. Dazu kommt, daß sich das Individuum in seinem Verhältnis zur Kunst seiner Identität bewußt wird. Echte Auseinandersetzung mit künstlerischen Werten verlangt individuelle und persönliche Stellungnahme, erfordert, daß die eigene Position gegenüber dem Werk fixiert wird.

Aus all dem ergibt sich, daß ein rationaler Menschentyp das Charakteristikum einer Gesellschaft sein muß, welche die Entfremdung überwunden hat. Es ist an der Zeit, die hochmütige Herablassung, mit der man die „Illusionen“ der Aufklärer heute zu beurteilen pflegt, fallen zu lassen.

Die Frage nach der Entfremdung ist eine zutiefst sozialistische. Sie geht von sozialistischer Wertsetzung aus. Das Ziel dieser Bewegung, in welchen Formen und mit welcher theoretischen Basis sie immer auftrat, ist es gewesen, den Menschen zu bilden, der politisch, wirtschaftlich und kulturell frei ist, ein Individuum, das seine Fähigkeiten entfalten kann und das imstande ist, aus den Ergebnissen vieltausendjähriger kultureller Entwicklung für sein Dasein das meiste und Beste zu gewinnen. Nur wenn das zumindest annäherungsweise erreicht ist, wird man davon sprechen können, daß die Entfremdung überwunden ist und der Sozialismus sein Ziel erreicht hat.

¹²⁾ Hofstätter: „Sozialpsychologie“, S. 153.

POLITISCHE ERZIEHUNG ALS DEMOKRATISCHE FORDERUNG

Eine Zeichnung in „The New Yorker“ zeigte mal einen Mann, der unverkennbar auf einem Fest an die Luft gesetzt worden war und im Garten lag, wo seine Frau vorwurfsvoll zu ihm sagte: „Ich hoffe, daß du es künftig Vance Packard überläßt, den Menschen zu sagen, wie sie sind.“

Diese Warnung, nicht über mein eigenes Gebiet hinauszugehen, habe ich mir leider nicht zu Herzen genommen. Das Thema, das mir gestellt ist, erfordert einen Politiker oder einen Pädagogen. Die Tatsache, daß ich beides nicht bin, gibt mir die Gelegenheit, mich freimütig damit zu befassen.

Ich möchte das Thema in vier Punkte gliedern: Politische Erziehung als gesellschaftliche Forderung; politische Erziehung als politische Notwendigkeit; was können wir in der Praxis tun?; ist es für Sozialisten möglich, einer eigenen „Philosophy of education“ nachzustreben?

Politische Erziehung als gesellschaftliche Forderung

Der erste wichtige Faktor, dem wir hier begegnen, ist die Verschiebung in der Bedeutung von Produktion und Konsum in unserer Gesellschaft. Colin Clark hat hingewiesen auf die zunehmende Bedeutung der Industrie im Verhältnis zur Landwirtschaft und auf die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen im Verhältnis zur Industrie und zur Landwirtschaft. Der Anteil des sogenannten tertiären Sektors in den Vereinigten Staaten stieg von 15 v. H. 1820 auf 52 v. H. 1950. Fourastié hat den Eindruck, daß die Produktion, woran Menschen beteiligt sind, sich in Zukunft fast ganz im Sektor der Dienstleistungen abspielen wird. Eine entsprechende Verschiebung beim Konsum ist wahrscheinlich und zeigt sich schon.

Es ist klar, daß diese Verschiebungen einen weitgehenden Einfluß haben auf die Fähigkeiten, die von der Bevölkerung gefordert werden. Aus einer Statistik über die Anzahl der Kopfarbeiter ergibt sich pro tausend Berufstätigen: Es werden gebraucht: in der Landwirtschaft 10; in der Industrie 100; in den wirtschaftlichen Diensten 300 (Handel, Bankgeschäfte, Versicherung); in den nichtwirtschaftlichen Diensten 600 (Behörde, Unterricht, sozialer Sektor).

Die Akzente für Ausbildung, Erziehung und Unterricht ergeben sich daraus. Aber auch die Art der Arbeit ändert sich. Es scheint so zu sein, daß die eigentliche Handarbeit in der künftigen Gesellschaft weit zurückgedrängt werden wird. Im Prozeß der Automatisierung, in Betrieb und Büro, gibt die Maschine Takt und Tempo an. Die menschliche Handfertigkeit wird in diesem Prozeß von weniger Bedeutung sein als die Aufmerksamkeit, die Einsicht in den Betriebsprozeß, der Esprit de corps. Man scheint nicht mehr so sehr davon überzeugt zu sein, daß die Automatisierung die Arbeit geistig dränieri; gerade durch die Automatisierung verschwindet die menschenunwürdige, die schmutzige und die geisttötende Arbeit.

Wenn dies zutrifft, dann ist klar, daß für den zukünftigen arbeitenden Menschen Ausbildung und Erziehung und nicht nur berufliche, sondern auch allgemeine

Ausbildung unentbehrlich sind. Und nicht ausschließlich aus diesem Grund. Viele fürchten, daß die günstige Auswirkung der Automatisierung auf die Arbeit begleitet sein wird von unerwünschten Wirkungen für die Freizeit. Die Zeit, der der Mensch in bedeutendem Maße seinen eigenen Stempel aufdrücken sollte, wird bedroht durch Mechanisierung, Verallgemeinerung und Verflachung, um so mehr, als mit der erreichbaren 30stündigen Arbeitswoche diese freie Zeit noch weiter zunimmt. Es gibt schon gedruckte Karten mit Entschuldigungen, wenn man jemand mit (nach Belieben 1, 2, 3 bis 8 Tagen) Verspätung einen Glückwunsch zu seinem Geburtstag schickt; ein persönlicher Brief ist nicht mehr nötig! Neulich hat man eine Maschine erfunden, die die Angaben der Geliebten verarbeitet (Alter, Beruf, Haarfarbe usw.) und eine Karte auswirft mit dem idealen Geburtstagsgeschenk. Der Beerdigungsunternehmer hatte einen voraussehenden Blick, der vor einigen Jahren auf einem Schild an einem amerikanischen Highway angab „You only die, we do the rest“ (Sie brauchen nur zu sterben, wir besorgen das weitere). Wenn man dagegen nicht einen Damm aufrichtet durch Entwicklung der Persönlichkeit, so hört man, dann werde die große Hoffnung, von der Fourastié sprach, die große Enttäuschung des 20. Jahrhunderts sein.

Ausbildung ist somit eine gesellschaftliche Notwendigkeit, mehr als je zuvor. Ausbildung von allen Kindern mit Fähigkeiten (die gegenwärtige Struktur unserer Gesellschaft vernachlässigt noch immer ihr wertvollstes Gut), aber vor allem Bildung von Menschen. Unser Unterricht ist immer noch konservativ. Die Schule ist ein Schulbeispiel des kulturellen Zurückbleibens. Es handelt sich in der Schule meistens noch um die Menge der Kenntnisse, nicht um das Maß, in dem die Kinder die Kenntnisse wirklich erfaßt haben. Es handelt sich noch immer vor allem um Berufsausbildung, um Einprägung, um verbale Fähigkeit. Es geht dabei zuwenig um das, was Gesellschaft, Arbeit und freie Zeit in Zukunft erfordern werden: menschliche Verbundenheit, musisches Können, gesellschaftliche Einsicht (und das heißt: politische Erziehung!), Dynamik, Internationalität, um — nach dem Worte Aristoteles — zu lernen, zu gleicher Zeit zu regieren und zu gehorchen. Wir befassen uns heutzutage mit der Verkopfung von jungen Leuten; wir bilden nur ihr Gehirn aus, obwohl die Welt der Zukunft auch ein Herz, eine Seele und Emotion verlangt.

Politische Erziehung als politische Notwendigkeit

Über die Bedeutung der Einsicht in die Kompliziertheit der heutigen gesellschaftlichen Ordnung ist wenig zu sagen nach dem, was Burham und später andere darüber geschrieben haben. Es wäre leicht, eine Liste von 50 Abkürzungen aufzustellen, mit denen der unglückliche Zeitungsleser fast täglich konfrontiert wird. In dem Labyrinth von Organen, Institutionen, Ausschüssen, Komitees, kollektiven Arbeitsverträgen, Krankenkassenmaßnahmen, Parteien und Vereinen verliert er leicht die Spur. Daß man „eine“ Ausbildung gehabt hat, ist in dieser Hinsicht keinerlei Garantie. Das zeigen die oft unsinnigen Äußerungen über Politik von Ärzten und Ingenieuren. Das alles bringt mit sich, daß die demokratischen Organe, wo die Beschlüsse zustande kommen (Parlamente, Parteien, Gewerkschaften, öffentlich-rechtliche Organe usw.), mehr und mehr zu Domänen der politisch-gesellschaftlichen Spezialisten werden, mit ihrem eigenen Kauderwelsch, mit „inside informations“, mit informellen Relationen und „pressure groups“. Daher politische Apathie, daher Niedergang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, daher die geringe gesellschaftliche Anteilnahme vieler Wissenschaftler, daher auch oft politische Extremismen von links und rechts.

Demokratie heißt Anteil haben, und Partizipation bedingt Kenntnisse, Einsicht und Interesse für das gesellschaftliche Geschehen.

Es ist schon sehr bedauerlich (und für Sozialisten unakzeptabel), daß die Managerialrevolution sich vollzieht auf dem Gebiet des Betriebslebens, wo die Macht sich mehr und mehr zu konzentrieren droht. Es wäre eine Katastrophe, wenn diese Entwicklung sich auch auf dem Gebiet der Politik vollziehen sollte. Natürlich ist es beinahe übermenschlich, von politischen und gesellschaftlichen Führern, die als Demokraten angefangen und jahrelang eine unangreifbare Position als Experten eingenommen haben, zu verlangen, daß sie nach langer Zeit nicht mehr meinen sollten, ihr Urteil sei das beste. So werden Kongresse zu Demonstrationen, Diskussionen zu Monologen, Dissidenten zu lästigen Leuten. Es handelt sich hier nicht um einen Vorwurf, sondern mehr um die Tragik unserer politischen Führer und aller, denen die Demokratie am Herzen liegt; eine Tragik, die nur zu vermeiden ist durch eine fundamentale demokratisch-politische Erziehung auf allen Gebieten.

Weiterhin: In dieser Welt ist für Millionen Menschen die Lebensunsicherheit eine fundamentale Sache. Wir denken dabei nicht ausschließlich, aber wohl an erster Stelle an junge Menschen. Die Zivilisation sei eine Wildnis, hat Bednarik gesagt. Leben mit der Bombe, das bekommen wir als Auftrag. „The fear of freedom“ (die Furcht der Freiheit), so stellt Erich Fromm es dar. Und so können wir weitergehen mit Titeln von Büchern und Filmen: „The lonely crowd“, „The misfits“, „Draußen vor der Tür“. Es ist ein Bild der Verwirrung, der Machtlosigkeit, der Unsicherheit, das sich bietet. Mir geht es seit Jahren so, daß ich hin und her geworfen werde zwischen dem Gedanken, daß wir dies nicht übertreiben sollten und einander nicht einreden sollten, es gebe so viele unglückliche Menschen, und der erschütternden Tatsache, daß es wahrscheinlich noch viel schlimmer ist, als wir wissen. Die Untersuchungen eines sozialmedizinischen Wissenschaftlers in den Niederlanden haben gezeigt, wie dünn die Wand ist, die uns „normale“ Leute trennt von den „misfits“ (den Unangepaßten), und wie leicht „normale“ Menschen zu frustrierten, vereinsamten, traurigen und lebensunsicheren Mitbürgern werden können.

Deutlicher noch drückt diese Lebensunsicherheit ihren Stempel dem Geschick der jungen Generation auf. Es ist eine Generation, die offenbar schweigend, ohne weiteres, sich daran gewöhnt hat, „mit der Bombe zu leben“, aber für die die Bombe zugleich einer der Faktoren ist in der Schablone der fundamentalen Lebensunsicherheit: Sie erfahren die Gesellschaft als eine Wildnis; sie werden mißverstanden; sie sind nicht imstande, die Erwartungen der älteren Generation zu erfüllen, die von ihnen die Wiederholung ihrer eigenen Jugend erwartet; sie kämpfen gegen veraltete Schablonen und Patrone in Unterricht und Jugendbewegung.

Selbstverständlich ist die Erziehung kein Allheilmittel gegen solche Tatbestände. In der Gesellschaft hat viel mehr zu geschehen, um zu erreichen, daß Menschen in menschenwürdiger Art leben können; aber es ist doch wohl so, daß alle anderen Mittel mißlingen, solange sie scheitern müssen oder teilweise fehlschlagen an Unverständnis, Mangel an Durchsicht und zuwenig Affinität. Das ist eine Frage der Demokratie, denn die UNESCO-Untersuchung „Citizen participation in political life“ (Anteilnahme des Bürgers am politischen Leben) lehrt uns, daß größere gesellschaftliche Beteiligung auch größeres politisches Interesse bedeutet.

Und dies alles wird noch schlimmer durch die Tatsache, daß in der Politik deutliche Alternativen zu fehlen beginnen.

Deutliche politische Alternativen machen das Bild der Gesellschaft, in der wir leben, durchsichtiger; sie bringen zum Ausdruck, was wohl und was nicht von wesentlicher Bedeutung ist, sie sind eine Anregung, sich zu etwas zu bekennen und dafür zu kämpfen, sie steigern das politische Interesse und bilden dadurch einen wichtigen demokratischen Faktor.

Uns interessiert dabei vor allem die Tatsache, daß und warum deutliche sozialistische Alternativen zu fehlen scheinen. Es ist klar, daß die Unergründlichkeit der Gesellschaft, wovon die Rede war, hier von Bedeutung ist. Der Sozialismus war immer eine Widerstandsbewegung; er hat immer eine Antwort gegeben auf die gesellschaftliche Not, auf Unrecht und Ausbeutung, er hat sich immer eingesetzt für den Underdog, auf jedem Gebiet.

Nun, in der Blüteperiode des Kapitalismus waren die Underdogs leicht zu erkennen in der unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiterklasse, und die Antwort war eindeutig: Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen, Rechtssicherheit und politische Rechte. Es war sichtbar, wo der Feind stand und welche Waffen man zu benutzen hatte, um ihn zu besiegen.

Dasselbe trifft auch zu für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Dreißig Millionen Arbeitslose in der Welt machten deutlich, daß der erste große Feind die chaotische Produktionsweise des Kapitalismus war und daß die Antwort deshalb sein mußte: Ordnung der produktiven Kräfte, Bekämpfung der Konjunkturschwankungen, Arbeitsbeschaffungspolitik und Entwicklung der sozialen Maßnahmen.

Dann aber bringt der zweite Weltkrieg, mit ungekannter Heftigkeit geführt, mit neuen Vernichtungswaffen, mit gesteigerter psychologischer Kriegsführung, mit dem Kampf gegen die Heimatfronten und mit einer Bestialität, die uns jetzt noch erschüttert, eine „Umwertung aller Werte“. Mehr als je zuvor wird der Mensch zum Opfer der Angst, des Hungers, der Einsamkeit und der Erschütterung, er wird zurückgeworfen auf die primären Grundlagen seiner Existenz. Wer hat sich nicht gefragt, was der Sinn des Lebens sei in einer derartigen, sinnlos erscheinenden Welt? Es ist meine Überzeugung, daß auch für den Sozialismus die Jahre von 1939 bis 1945 eine Zäsur waren, wie es wahrscheinlich in keiner Periode zuvor der Fall war.

Wir fanden uns nach dem Kriege als Menschen wieder, die vieles, was wertvoll und unangreifbar schien, hatten abschreiben müssen. Darf ich ein Beispiel als Illustration erwähnen? In der sozialistischen Bewegung vor dem Kriege hat die individuelle Wohlfahrtsarbeit nie große Aufmerksamkeit gefunden. Einige Sozialisten haben bedeutende Arbeit auf diesem Gebiet geleistet, aber die Bewegung als solche befaßte sich damit nur wenig. Sie lebte aus der stolzen Überzeugung, daß — wenn die Gesellschaft erst nach sozialistischen Normen eingerichtet sein werde — die individuelle Not nicht mehr vorhanden sein würde. Aber der zweite Weltkrieg hat uns davon überzeugt, daß die Instrumente, die wir benutzten — Lohnpolitik, Fachunterricht, Konjunkturbeherrschung, soziale Fürsorge —, nicht mehr ausreichen, um das Wohl der Menschen zu garantieren — insoweit eine Garantie zu geben möglich ist. Wir haben gelernt, daß mit der Pension, dem Badezimmer und dem Fernsehapparat das menschliche Glück nicht zu kaufen ist. Es bleibt natürlich wahr, daß eine Anzahl materieller Maßnahmen Bedingung ist für eine menschenwürdige Existenz. Aber damit ist nur noch eine halbe Wahrheit gesagt. Denn der elende Mensch nach 1945, obwohl wieder gekleidet und genährt und mit einem Dach über dem Kopf, behielt das Gefühl, daß ein Kurzschluß im Leben bestehen blieb. Die Untersuchung des „normalen“ Menschen, die ich erwähnte, hat gezeigt, daß dieser Mensch Probleme hat in bezug auf die Beziehung zu seinen Kindern; zu der Frage, ob seine Arbeit sinnvoll ist; im Hinblick auf den Umgang mit anderen, auf die Trübseligkeit seiner Umgebung, seine Vereinsamung in der großen Stadt oder in einer schnell zur Entwicklung kommenden Gesellschaft auf dem Lande. Es ist die Disharmonie zwischen dem zur Perfektion gesteigerten technischen Können und Organisations-talent des Menschen und seiner Unfähigkeit, eine menschliche Gemeinschaft zustande zu bringen. Vielleicht ist es diese Disharmonie, die zum Ausdruck kommt

in der Spannung zwischen zwei Generationen, die sich nicht bekämpfen, sondern aneinander vorbeigehen; ist es diese Disharmonie, die in Wort und Bild Gestalt findet in der modernen Dichtkunst, in der modernen Malerei und in der Musik, die scheinbar disharmonisch und unmelodisch ist?

Wenn die Politik in unserer Welt noch etwas Wesentliches bedeuten soll, wenn sie ihre Funktion in der Demokratie erfüllen will, muß sie auf diese Fragen eine Antwort geben. Sie darf den Menschen in dieser Hinsicht nicht im Stich lassen, vor allem der Sozialismus darf das nicht. Zum zweitenmal muß die Gefahr der „Verdinglichung des Menschen“ bekämpft werden, damit nicht erneut der Drang nach Macht und Gewinn in dieser Gesellschaft den Menschen zum Spieleinsatz macht. Der Sozialismus sollte sich also z. B. richten gegen die kommerzielle Beeinflussung der Kultur, etwa beim Fernsehen.

Was können wir tun?

Ein Programm des modernen Sozialismus muß sich befassen mit der Arbeitsfreude, der Sorge um die Jugend, mit der Wohlfahrtsarbeit, der Kulturpolitik, dem Sport — und mit Ausbildung und Unterricht. Es ist nicht leicht, dieses Programm zu entwickeln, weil man dabei vielen neuen Problemen begegnet: der Relation zwischen Sozialismus und Lebensanschauung, den Grenzen der Aufgaben der Politik, dem Umfang und der Begrenzung der Verantwortlichkeit der Autorität (Behörden), dem Verhältnis zwischen Freiheit und Ordnung, besser gesagt: planning for freedom (Planung für Freiheit).

Und solange wir noch keine angemessenen Antworten gefunden haben, müssen wir es hinnehmen, daß das Bild vom Sozialismus unpräziser ist als in vergangenen Jahrzehnten. Vor allem aber müssen wir uns darüber klar sein — und das ist noch zu selten der Fall —, daß das Finden dieser Antwort, die von uns gefordert wird, eine Lebensbedingung für den Sozialismus darstellt. Vor einiger Zeit hat ein niederländischer Politiker gesagt, wenn die Wohlfahrt in den Niederlanden abermals um 20 v. H. sich erhöhe, dann gebe es zwischen Liberalismus und Sozialismus keinen Unterschied mehr. Es ist aber Aufgabe der Sozialisten, bei der Lösung der Fragen, die ungeachtet des Wohlstandes und durch den Wohlstand entstehen, voranzugehen. Gesellschaftliche und politische Bildung innerhalb und außerhalb der sozialistischen Bewegung ist dazu an erster Stelle erforderlich; um so mehr, als die wachsende Macht und Größe der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, die sie zu wichtigen Faktoren machen bei der Verwaltung des Landes und sie zur Regierungsverantwortlichkeit befähigen, einerseits gute Anzeichen für das Hineinwachsen besonders der Arbeiterklasse in die Gesellschaft sind, andererseits jedoch die Gefahr anzeigen, daß der Sozialismus sich dem „establishment“ (der hergebrachten Autorität) der heutigen Gesellschaft anpaßt, wobei Elan und Vision und wesentlicher Erneuerungsdrang entkräftet werden könnten. Wir müssen uns vor dieser Gefahr dadurch schützen, daß wir fortwährend die gesellschaftliche Wirklichkeit konfrontieren mit unseren gesellschaftlichen Forderungen.

Eine „Philosophy education“?

Man kann daran zweifeln, ob es dem Sozialismus möglich ist — besonders international gesehen —, ein Menschenbild zu gestalten. In einer früheren Entwicklungsperiode des Sozialismus, vor dem Kriege, lebte vielleicht ein solches Bild, bewußt oder unbewußt, ausgesprochen oder implizite in den Vorstellungen der Sozialisten. Es ist fraglich, ob die heutige Relation zwischen Sozialismus und Weltanschauung (und wer wollte sie ändern?) das noch erlaubt. Es ist ja unser

Stolz, daß der Sozialismus heute verschiedene Lebens- und Weltanschauungen als Grundlage sieht und zu politischer Arbeit zusammenführt. Dennoch müssen wir über eine eigene Konzeption verfügen, denn noch immer herrscht in dieser Gesellschaft die kapitalistische Konzeption. In seinem Buche „The British Constitution“ sagt Greaves: „The educational system itself reflects the social ideas of those who rule society“ (Das Erziehungssystem spiegelt die sozialen Auffassungen der herrschenden Klasse wider). Ich habe nicht die Kompetenz und bin auch nicht imstande, eine sozialistische Konzeption eines Ausbildungssystems zu geben, das eine Lösung bietet gegenüber der Macht der Organisationsbosse, für die Unsicherheit der skeptischen Generation, für die Fragen, die die „normalen“ Menschen an das Leben richten. Aber ich meine, eine derartige Konzeption sollte folgendes umfassen: den Gedanken, daß das Individuum die Gelegenheit haben sollte, sich zu entwickeln, in Übereinstimmung mit den Gruppen und Verbänden, worin der Mensch lebt; die Überzeugung, daß die Menschen nicht dumm sind, sondern dazu berechtigt und imstande, Einsicht in das gesellschaftliche Geschehen zu gewinnen; das Wissen, daß in dieser Welt ein Mensch nicht nur zur Individualität, sondern zur Selbständigkeit ausgebildet werden sollte; die Idee, daß die Obrigkeit nicht ein Organ ist, das prinzipiell der Gesellschaft feindselig gegenüber-, sondern dieser Gesellschaft zu Diensten steht; die Überzeugung, daß Toleranz eine wertvolle Sache ist, eine freie Diskussion und aufbauende Kritik nicht einschränkend — auch innerhalb der sozialistischen Parteien nicht; die Einsicht, daß Dissidenten, Rebellen und lästige Menschen eine wichtige Funktion haben; die Überzeugung, daß alle — buchstäblich alle — sozialen Hindernisse für Unterricht und Ausbildung verschwinden sollen. Und vor allem: den Willen, in einer Gesellschaft von zunehmender Wohlfahrt, von großem organisatorischem Können, von erstaunlichen technischen Fähigkeiten dafür zu sorgen, daß der Mensch nicht zum Opfer eines Kultes um Produktion und Materie wird. Es geht um den Lebensstil der Gesellschaft.

EINHEIT UND VIELFALT

Bemerkungen über die politische Bildungsarbeit

An unseren Hochschulen und Universitäten studieren seit einigen Jahren wieder Studenten, deren Schulzeit erst nach 1945 begann. Über ihre politische Bildung wird oft geklagt. Man entdeckt an ihnen wenig Bereitschaft zum politischen Engagement und wirft ihnen häufig Unkenntnis politischer Tatsachen und Zusammenhänge vor. Die Vorwürfe fallen auf die Schule zurück. Das Unbehagen, wie es in Zusammenhang mit der politischen Bildung herrscht, ist zugleich ein Unbehagen gegenüber der Schule. Von ihr weiß man, daß sie bis 1918 eine vorzügliche staatsbürgerliche Erziehung betrieben hat und daß sie auch nach 1933 einiges zu leisten imstande war. Nationalsozialistische Schulung und vaterländische Erziehung früherer Zeiten sind zwar nicht auf einen Nenner zu bringen, einige Gemeinsamkeiten hatten sie jedoch. Eine von ihnen war der fraglos gültige Anspruch des Gemeinwesens auf Zuneigung und Gehorsam der „Untertanen“. Demgegenüber erscheint die Erziehung von Bürgern offenkundig weniger fraglos, jeder Blick auf die umfangreiche Diskussion dieser Fragen seit 1945 beweist das. Auch die Zusammenarbeit mit unseren Studenten liefert solche Beweise. Der Mangel an politischer Bildung, der sich so eindeutig nicht feststellen läßt, fällt dabei weniger ins Gewicht als anderes. Da ist z. B. die Neigung, politische Bildung isoliert zu sehen. Angehende Lehrer sind erstaunt angesichts der Überlegung, daß politische Fragen auch in Zusammenhang mit dem Deutschunterricht auftauchen könnten. Verbreitet ist auch die Vorstellung, daß die Schule nicht das Recht habe, den Schüler zur Demokratie zu führen. Angehende Lehrer meinen, die Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie müsse frei bleiben. Geht man solchen Vorstellungen nach, dann wird regelmäßig dies sichtbar: Politische Bildung gilt als „neu“, weil der Sonderfall der politischen Bildung in der Demokratie mit politischer Bildung schlechthin identifiziert wird, während alles übrige mehr oder minder verächtlich unter Begriffe wie „Schulung“ subsumiert wird. Politische Bildung wird außerdem mit einem Akzent versehen, der „Bildung“ betont und damit oft den Anschluß an einen idealistischen oder auch an einen individualistischen Bildungsbegriff herstellt. Auf diese Weise erklärt sich, daß man hierzulande kaum über Teilfragen der politischen Bildungsarbeit sprechen kann, ohne zuerst einen Bildungsbegriff zu zelebrieren, die Besonderheiten der deutschen Geschichte anzusprechen und die Notwendigkeit politischer Bildung zu rechtfertigen. Der Hinweis auf eine Verfassung, in der doch steht, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus, genügt dabei merkwürdigerweise nicht.

Geht man dem Problem des deutschen Bildungsbegriffes dennoch aus dem Wege, kann man sich hinsichtlich dessen, was gemeint ist, mit der Feststellung begnügen, daß politische Bildung dem Bürger eines Gemeinwesens ein vernünftiges Verhältnis zu dessen politischer Ordnung ermöglichen soll. Dabei muß deutlich sein, daß politische Bildung unter allen Umständen zeit- und ordnungsbedingt ist. Dem wird zwar oft dadurch ausgewichen, daß man idealistisch von Bildung redet und harmonistisch eine natürliche Übereinstimmung von demokratischer Grundordnung und dem behauptet, was sich dem einzelnen von selbst vernünftigerweise zu einer „Bildung“ fügt. Aber eine solche harmonistische Übereinstimmung von „Persönlichkeit“ und „Staatsbürger“ kann auch in der Demokratie nicht ver-

decken, daß es ein anderes ist, ob nach politischer Bildung vom Bürger oder vom Gemeinwesen her gefragt wird. Das Gemeinwesen ist an politischer Bildungsarbeit interessiert, weil es auf diesem Wege einen Beitrag zu seiner eigenen Existenzsicherung leistet. Gesichert wird dabei nicht das Gemeinwesen an sich, sondern seine derzeitige Ordnung, die stets auch eine Herrschaftsordnung ist. Eine Herrschaftsordnung wird im großen und ganzen nicht zur Disposition des Bürgers gestellt, deshalb hat politische Bildung — auch in der Demokratie — etwas Missionarisches, Werbendes, Überredendes an sich, sofern nicht einfach durch Zwang und Gewöhnung erreicht wird, was angestrebt ist. Ob man, was hier geschieht, als Bildungsarbeit bezeichnet oder nicht, ist dabei gleichgültig. Ganz anders liegen die Dinge vom Bürger aus gesehen. Dieser bringt sein Freiheitsstreben, seinen wirtschaftlichen Egoismus, seine Bequemlichkeit, seine Überzeugungen, kurz: eine Fülle von Tugenden und Untugenden ins Spiel. Sie können zu geschickter Anpassung und zu reibungslosem Einfügen drängen und führen, sie können aber auch die freie und kritische Auseinandersetzung mit dem gegebenen Ordnungsbefund heraufbeschwören, wobei die Ordnung eben nicht schlechthin als unänderlich gilt.

Da Einzelner und Gemeinwesen sich nicht unvermittelt gegenüberstehen, muß die Situation noch differenzierter gesehen werden. Neben dem individuellen Bildungsanspruch und dem Erziehungsgebot des Gemeinwesens steht das Drängen der Gruppen, die um Einfluß auf die politische Bildung ringen. Sie sind die eigentlichen Kontrahenten des Gemeinwesens, weil der individuelle Bildungsanspruch nicht wirksam repräsentiert werden kann. Tatsächlich hat die Diskussion in den letzten Jahren mehr das Thema berührt, was denn an der politischen Bildung gemeinsam sein könne oder sein müsse und was nach Gruppen getrennt zu sein habe. Der Bereich politischer Bildungsarbeit steht dabei in einer Auseinandersetzung, die es ähnlich auch hinsichtlich der Schule und der Erwachsenenbildung gibt. Dennoch ist ein anderer Akzent spürbar: Wird das Volksschulwesen in einzelnen Ländern konfessionell getrennt, dann ist davon nicht ernsthaft das Lesen, Schreiben und Rechnen betroffen. Die politische Erziehungsarbeit ist es. Sie spielt in der Frage nach konfessioneller und gemeinsamer Schule eine erhebliche Rolle; die meisten Argumente für die Gemeinschaftsschule beziehen sich auf Fragen, die mehr oder minder in den Bereich politischer Bildung, die immer auch soziale Bildung einschließt, gehören. Ob politische Bildung vorwiegend als etwas Gemeinsames angesehen wird oder ob sie bezogen ist auf die Pluralität der Wertbindungen, ist demnach eine entscheidende Frage.

II.

Gehen wir von denkbaren Alternativen aus: 1955 legte in Bayern die sogenannte Viererkoalition unter Führung der SPD einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Akademie für politische Bildung vor, der später auch angenommen worden ist. Die CSU, damals in der Opposition, bekämpfte diesen Entwurf mit der These, es gäbe „so viele ‚politische Bildungen‘, als es Wertauffassungen“ gäbe. Sie erklärte (CSU-Korrespondenz vom 17. 4. 1956): „Der Erfolg aller Bemühungen um die politische Bildung hängt davon ab, daß sich die Bürger frei für die Aufnahme des Politischen in ihr Wertbewußtsein entscheiden. Dies wird nur geschehen, wenn der neue Wert in innerem Zusammenhang mit dem in jedem normalen Menschen vorhandenen Wertsystem steht, d. h. politische Bildung kann mit Erfolg nur von den als Wertträgern anerkannten Gemeinschaften vermittelt werden, z. B. von den Weltanschauungsgemeinschaften, den Bildungsvereinigungen, den Parteien, bis zu einem gewissen Grad auch vom Staat, den Berufsverbänden, Gewerkschaften usw.“

Dementsprechend wurde am 9. Mai 1956 von der CSU im Bayerischen Landtag ein Gesetzentwurf eingebracht, in dem zwischen Grundlagenforschung und Bildungsarbeit unterschieden wurde. Erstere sollte an der Universität stattfinden, wobei die CSU über alle bisherigen Vorschläge hinausgehen wollte. Sie verlangte in ihrem Entwurf, daß jeder Studierende unabhängig von seinem Studiengang während zweier Semester mindestens eine Vorlesung und eine Übung aus dem Gebiet der politischen Wissenschaften besuchen sollte. Künftige Lehrer sollten „ein Studium der politischen Wissenschaften von 4 Semestern mit mindestens je einer ordentlichen Vorlesung und je einer Übung (Seminar)“ nachweisen und in diesem Gebiet auch geprüft werden. In den Schulen sollte politische Bildung „Gegenstand des Unterrichts“ sein. § 6 des Entwurfs lautete: „Die politische Bildung im außerschulischen Bereich wird den freien Bildungsträgern (z. B. den Bildungseinrichtungen der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Parteien, Hochschulen für politische Wissenschaften, Bildungsvereinen, Jugendverbänden, Gewerkschaften, Bauernverbänden, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Heimatvereinen, Sportverbänden, Frauenorganisationen) überlassen, die zur Durchführung dieser Aufgabe bereit sind. Sie haben Anspruch auf staatliche Förderung nach Maßgabe ihrer Leistungen . . .“

Es war die Konsequenz dieses Entwurfs also, daß zwar in der Schule politische Bildung gemeinsam betrieben werden muß, soweit die Schule nicht konfessionell getrennt ist, daß im übrigen aber politische Bildung „auf die verschiedenen, im Volk vorhandenen Grundauffassungen vom Menschen, seiner Bestimmung und von der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens bezogen“ sein und möglichst auf diesen selbst aufbauen sollte. Das ist nicht organisatorisch, wohl aber in der Begründung revolutionär, sofern man berücksichtigt, daß lange Zeit politische Bildung sehr stark auf das Gemeinwesen bezogen und insofern auch einheitlich verstanden war. Organisatorisch entsprechen jene Vorschläge hingegen durchaus dem heutigen Status außerhalb der Schule. Die Jugend- und Erwachsenenbildung liegt in Händen der verschiedensten „Bildungsträger“, auf die mehr oder minder vollständig die staatlichen Mittel aufgeteilt werden. Staatliche, also „gemeinsame“ Einrichtungen und Versuche gibt es demgegenüber relativ wenige.

Auf der anderen Seite steht der Ruf nach „Gemeinsamkeit“. So wurde 1961 der „Arbeitsausschuß für politische Bildung“ gegründet, der sich mit zwei Rundschreiben an eine breitere, interessierte Öffentlichkeit wandte. Er betonte dabei, daß er von Angehörigen verschiedener Parteien, Konfessionen und Berufsgruppen getragen sei, er beklagte, daß das „Mindestmaß einer gemeinsamen Konzeption für die weltweite Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus“ fehle, und er forderte: „Über die gemeinsamen Wertvorstellungen in der Erziehung zu freier Demokratie . . . muß zwischen den Einsichtigen der verschiedenen Richtungen Einverständnis hergestellt werden.“

In der pädagogischen Diskussion wird man immer wieder betont finden, daß politische Bildungsarbeit ohne Parteinahme erfolgen müsse und nicht mit parteipolitischer Indoktrination zu verwechseln sei. Die verschiedenen Wertvorstellungen sollten zwar im Unterricht anklingen, so aber, daß die eigene Entscheidung des Schülers dadurch nicht präjudiziert werde. Dabei wird gern auf ein Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen verwiesen, in dem es u. a. heißt: „Die Bedeutung weltanschaulicher Gegensätze für die politische Auseinandersetzung wird in Deutschland seit alters überschätzt. Die Unterschiede in der Deutung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens, die Gegensätze in den Auffassungen vom Wesen und von den Grenzen des Staates und die daraus entspringende Verschiedenheit der an ihn geknüpften Erwartungen sind in Wahrheit nicht Hindernisse, sondern die eigentlichen Gegenstände der politischen Verständigung. Rechtes politisches Handeln ist gebunden an den

Ausgleich dieser Gegensätze von Fall zu Fall. So wird es in unserer Verfassung verstanden und geregelt.“ Ganz ähnliches meint das Bundesverfassungsgericht, das im KPD-Urteil ausführte: „In der freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert. Sie ist unantastbar, vom Staate zu achten und zu schützen. Der Mensch ist danach eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte ‚Persönlichkeit‘. Sein Verhalten und sein Denken können daher durch seine Klassenlage nicht eindeutig determiniert sein. Er wird vielmehr als fähig angesehen, und es wird ihm demgemäß abgefordert, seine Interessen und Ideen mit denen der anderen auszugleichen.“

Sobald auf unangebrachte Harmonisierung verzichtet wird, enthüllt sich also, daß politische Bildung auch im demokratischen Rechtsstaat unter verschiedenen Gesichtspunkten gesehen werden kann. Nur anzudeuten ist etwa dies: Gleichgültig, ob vom Gemeinwesen her oder von einer Gruppe innerhalb der Gesellschaft politische Bildungsarbeit „betrieben“ wird oder ob sich ein einzelner selbst politisch „bildet“, gibt es zunächst einmal ein mehr oder minder umfassendes fundamentales Wissen, das nicht weiter problematisch ist. Wesentliche Teile der Verfassung, das Vorhandensein der Parteien, der Gerichtsaufbau und ähnliches sind Gegenstände, über die man sich „neutral“ Wissen erwerben kann. Würde es voraussetzungs- und zielfreien Wissenserwerb geben, bestünden hier also keine Schwierigkeiten. Sie beginnen erst, wenn das Wissen auch auf eine Haltung bezogen ist und diese Haltung weniger im Sinne einer Grundeinstellung und mehr in dem praktischen Verhaltens gesehen wird. Hier muß es verschiedene Aspekte geben. Der Bürger möchte seine Verhaltensmöglichkeiten kennenlernen; seine Einstellung zum Gemeinwesen ist weithin davon abhängig, ob er sich nicht nur passiv als eingegliedert, sondern auch in seinen verschiedenen Möglichkeiten, aktiv mitzuwirken, sieht. Das Gemeinwesen, repräsentiert durch die, welche als Personen die bestehende Herrschaftsordnung verkörpern, ist primär daran interessiert, daß der Bürger die bestehende Ordnung annimmt, gut heißt, ggf. verteidigt und sich ihr insoweit unterwirft. Die Gruppen wiederum sind an ihrer eigenen Stärke interessiert. Soweit diese von dem Grad der Bindung des einzelnen Gruppenangehörigen bestimmt ist, werden sie der Gemeinsamkeit und Solidarität in der Gruppe das Wort reden, sich von anderen Gruppen absondern und besonders das betonen, was Wirkungsfeld der Gruppe im Gemeinwesen ist. Dabei stuft sich die Gruppenarbeit auf dem Gebiet der politischen Bildung ganz von selbst entsprechend dem Anspruch auf, der gegenüber der zu gestaltenden Ordnung des Gemeinwesens erhoben wird.

Nüchtern betrachtet, können sich diese Aspekte ausschließen. In der Schule sieht das dann so aus: Für den Schüler wäre es ungemein nützlich, sehr genau zu erlernen, welche Verteidigungsmöglichkeiten er gegenüber der Verwaltung hat. Das Kultusministerium ist aber schwer vorstellbar, das in die Richtlinien für die politische Bildung den Punkt aufnimmt: Möglichkeiten und Formen der Beschwerde. Für den Schüler wäre es weiter äußerst hilfreich, angesichts einer künftigen Gewerkschaftszugehörigkeit zu erlernen, wie man einen Funktionär abwählen kann. Die Schule wird aber ungern so „praktisch“ sein. Und außerhalb der Schule: Gewerkschaftliche politische Bildungsarbeit wird zumeist einen wirtschaftspolitischen Akzent haben und dagegen das Gebiet der unerlaubten Verbandseinflüsse auf die Politik — im Gegensatz zu den erlaubten — links liegen lassen. Eine Partei wird ungemein fruchtbare politische Bildungsarbeit leisten können, sie wird aber nicht gerade versuchen, die Mitglieder zu unwälzenden Ansprüchen gegenüber der Parteiführung zu bringen. Ein kirchlicher Verband wird sorgfältig über den Wert der Grundrechte unterrichten, er wird aber ganz zweifellos nicht gerade kritisch die Beziehungen zwischen Christentum und Politik in der Bundesrepublik untersuchen. — Dies alles gilt nicht absolut und ausschließlich. Aber es versteht sich

von selbst: Wer an der Solidarität der Gruppe interessiert ist und deren Forderungen vertritt, wird in seiner politischen Bildungsarbeit das Gemeinwesen nicht lobpreisen, wenn in ihm jene Forderungen nicht verwirklicht sind — und das sind sie nie. Wer für den Bestand des Gemeinwesens etwas tun will, wird weder die Forderungen der Gruppen noch die Möglichkeiten des einzelnen übermäßig betonen. Wem die Freiheit des einzelnen das wichtigste Ziel ist, der wird dem einzelnen sorgfältig seine Möglichkeiten vorrechnen und wird versuchen, ihn zu einer Aktivität zu führen, die ggf. weder im Verband noch gegenüber der Verwaltung, noch gegenüber den Parteien so sympathisch wirkt, wie das mit demokratischem Pathos gerne dargestellt wird. Es ist ausschließlich eine terminologische Frage, ob man unter solchen Umständen von „politischen Bildungen“ spricht oder von den verschiedenen Aspekten, unter denen politische Bildungsarbeit gesehen werden kann.

III.

Hat es unter diesen Umständen einen Sinn, die notwendige Gemeinsamkeit politischer Bildung zu betonen? Ist es unsere Aufgabe, uns um die „gemeinsamen Wertvorstellungen“ zu bemühen? Können wir uns darauf verlassen, daß sich bei verschiedenen Wertvorstellungen ein tragfähiges gemeinsames Fundament von selbst ergibt, wie das offenbar z. B. die Auffassung jenes Gesetzentwurfes der CSU ist?

Und weiter: Ist anzunehmen, daß sinnvolle politische Bildungsarbeit auch von den Gruppen geleistet wird, die vorwiegend durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen miteinander verbunden sind? Muß nicht befürchtet werden, daß politische Bildung hier zu einer Art Lehre davon degradiert werden kann, wie man derartige Interessen im Gemeinwesen durchsetzt? — Derartige Fragen lassen sich stellen, jedoch naturgemäß nicht verbindlich beantworten. Wesentlicher erscheint es, sie in ihren richtigen Grenzen zu sehen. Solche Grenzen ergeben sich gegenüber den verschiedenen Interessen aus dem unerläßlichen Gebot der Sachlichkeit. In der Bundesrepublik spielen zwar in Bildungsfragen die weltanschaulichen Auseinandersetzungen eine erhebliche Rolle, aber es wächst doch auch die Einsicht darin, daß Wertvorstellungen nicht verabsolutiert werden dürfen und daß von ihnen aus verbindliche Systeme und Lebensanweisungen abzuleiten sind. Ohne Frage taucht hier das besondere Problem des Katholizismus auf, der phänomenologisch gelegentlich zu einer gewissen Ausschließlichkeit neigt und politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht nur Wege empfiehlt, sondern für sie auch „Verbände“ bereitstellt, an die sich der einzelne Katholik anschließen soll, um seine Anliegen „richtig“ zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne gibt es zweifellos so etwas wie eine katholische politische Bildung oder doch eine enge Beziehung zwischen katholischen Wertvorstellungen und der politischen Bildung eines Katholiken. Der sachliche Kern der politischen Bildung läßt sich aber auch hier nicht aus den Wertvorstellungen ableiten, ja es ist nicht einmal möglich, von den Wertvorstellungen aus allein die Auswahl der wesentlichen, in der Bildungsarbeit zu berührenden Themen der Politik zu bestimmen, wenn immer die aus der Arbeit resultierende politische Bildung für den einzelnen Katholiken hilfreich sein soll.

In viel stärkerem, wenn auch ganz anderem Maße ist die Grenze der Sachlichkeit gegenüber der politischen Bildungsarbeit solcher Gruppen deutlich, denen es primär nicht um gemeinsame Wertvorstellungen, sondern um Interessen, soziale Aufgaben, wirtschaftliche Vorstellungen geht. Keine Handwerkskammer, die nach den Vorstellungen der CSU ja auch Träger politischer Bildungsarbeit sein kann und soll, hat gemeinsame Wertvorstellungen zu vertreten. Ihre Frage-

stellung lautet anders, ihre politische Bildungsarbeit muß einen anderen Akzent haben. Auch er aber steht unter dem Gebot der Sachlichkeit.

Politische Bildungsarbeit steht demnach in der Dialektik zwischen dem Sachlichkeitsgebot, das letztlich an den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung oder ganz schlicht an dem, was richtig — nicht: wahr — ist, orientiert sein muß, und den unterschiedlichen Wertvorstellungen. Sie kann deshalb nie gänzlich verschieden sein! Politische Bildungsarbeit steht weiterhin unter Maßstäben, die nicht hinwegzudiskutieren sind. Das Grundgesetz läßt das Parteienverbot zu und bekennt sich damit zur „streitbaren Demokratie“. In der Bundesrepublik muß deshalb politische Bildungsarbeit stets loyal gegenüber der Grundordnung des Gemeinwesens sein. Sie muß weiter, wenn sie von den verschiedenen Gruppen geleistet wird, zweckmäßig in deren Sinne sein. Sie muß endlich, wenn sie erfolgreich sein will, auch für den einzelnen nützlich und hilfreich sein, weshalb sie nicht nur in Deutung bestehen darf, sondern auch in praktischer Anleitung zu dem, was getan werden kann. Im Rahmen oder in der Spannweite der zuerst genannten Dialektik und unter diesen Maßstäben ergeben sich dann ganz von selbst einige Richtlinien. Sie werden je nach Voraussetzung mehr am Sachlichkeitsgebot oder mehr an den Wertvorstellungen orientiert sein, wobei sich dazwischen ein weites Feld auftut. Auf ihm findet funktional so etwas wie eine Arbeitsteilung statt: Jeder Bürger unseres Landes hat die Chance, mit der politischen Bildungsarbeit sehr verschiedener Institutionen und Gruppen in Berührung zu kommen. Das beginnt in der Schule, die sich in stärkstem Maße um Gemeinsamkeit bemühen und sich damit an das Sachlichkeitsgebot halten muß, was in vieler Hinsicht einfach Ausklammern der Fragen bedeutet, die nur schwer oder überhaupt nicht sachlich zu behandeln sind. (Das sind allerdings in Wahrheit viel weniger Fragen als oft behauptet wird.) In der Schule wird dabei berücksichtigt, daß der Schüler in der Regel annehmen muß, was ihm geboten wird. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn sie auch nie soweit gehen kann, daß dem Schüler Entscheidungen gegen die Grundordnung freigestellt werden. Nach der Schulzeit wird es methodisch einfacher und schwieriger zugleich: Einfacher, weil der Konsument bis zu einem gewissen Grade einschätzen kann, welches der Standort des „Bildungsträgers“ ist, und weil dieser beim Konsumenten größeres kritisches Vermögen voraussetzen kann und darf. Schwieriger wird die Arbeit, weil die Einwände gegen sie im einzelnen gewichtiger werden, weil mehr Erfahrungen mitspielen und in der Regel das Vergleichswissen größer ist.

IV.

Trotz jener Maßstäbe und offen zutage liegenden Richtlinien bleibt fraglich, ob sich die gruppengebundene politische Bildungsarbeit in der Bundesrepublik schon bewährt hat. Es ist dieser Arbeit kein Vorwurf zu machen, wenn sie von dem methodischen Prinzip ausgeht, daß gemeinsame Interessen der beste Ausgangspunkt sind. Das Sachlichkeitsgebot wird aber verletzt, wenn man dabei stehen bleibt. Politische Bildungsarbeit in der Gewerkschaft, die sich vorwiegend oder ausschließlich mit dem Tarifrecht, arbeitsrechtlichen Fragen, der Sozialversicherung und dem Vermögenszuwachs der Arbeitgeber beschäftigt, verbleibt im Rahmen gewerkschaftlicher Aufklärungstätigkeit: Sie hat weder das Gemeinwesen im Auge noch den einzelnen, der seine politische Bildung ja nicht nur als Arbeiter im Betrieb bewahren soll und muß. Politische Bildungsarbeit in der SPD, die sich vorwiegend mit der parteieigenen Interpretation des Godesberger Grundsatprogrammes begnügt, mag Wesentliches zum Selbstverständnis der Partei beitragen und mag auch das einzelne Parteimitglied von der Richtigkeit der „Parteilinie“ überzeugen, aber sie verhilft nicht zu der politischen Bildung, deren das

einzelne Mitglied bedarf, das ja sein Leben nicht nur als Mitglied zu bewältigen hat. Wenn Parteien, Verbände oder Kirchen nur so begrenzt arbeiten, dann leisten sie bestenfalls Beiträge zur politischen Bildung, begeben sich aber des Anspruches darauf, ihren Mitgliedern ernstlich zu helfen. Das Sachlichkeitsgebot ist nicht schon erfüllt, wenn das Mitgeteilte richtig ist, es muß auch in einem Gesamtrahmen stehen. Sachlichkeit erfordert auch eine gewisse Weite des Blickfeldes, um das Wort Vollständigkeit ganz bewußt zu vermeiden.

Man müßte unter solchen Gesichtspunkten einmal untersuchen, was z. B. die Gewerkschaften in diesem Bereich geleistet haben. Das Verdienst der Gewerkschaften um den Arbeitnehmer würde dabei nicht geschmälert, wenn festzustellen wäre, daß die Gewerkschaften sich nur wenig darum bemüht haben, das kurzfristige soziale Denken des Arbeiters zu überwinden. Das Streben nach sozialer Sicherheit ist nicht dadurch allein in sinnvolle Kanäle gelenkt, daß neben dem Kündigungsschutz ein umfassendes Sozialversicherungsrecht besteht; soziale Sicherheit im weiteren Sinne beruht auch auf eigenem Beitrag, auf gegründetem Verhältnis z. B. zum Gemeinwesen. Wenn bis heute nur ganz wenige Kinder von Arbeitern studieren, dann erweist sich darin neben anderem Mißtrauen gegenüber den bestehenden Verhältnissen ein Mangel an Fähigkeit zu langfristiger Planung. Das Mißtrauen ist gesund, solange es dem Gebote folgt, daß man keinem Menschen, der Macht hat, über ein gewisses Maß hinaus Vertrauen gewähren soll, es ist aber problematisch, wenn es die grundlegenden Ordnungen erfaßt. Die Unfähigkeit zu langfristiger Planung ist aus langer, erbarmungsloser Geschichte erklärbar, muß aber überwunden werden. Ist das Aufgabe der Gewerkschaft? Ihr Dilemma ist offenkundig: Als Kampfverband mit Kampfzielen muß sie und darf sie „zielgerecht“ auch ihre Mitglieder aufklären; je wirksamer sie das tut, desto schwerer wird sie es aber wieder den Mitgliedern machen, das Gesamtgefüge der Ordnung zu begreifen, in dem der Arbeitnehmer seinen Platz hat. In der gleichen Lage wie die Gewerkschaft befindet sich jede größere organisierte Gruppe, die einigermäßen umfassende Ordnungsansprüche haben kann und muß und sich als Ordnungsfaktor begreifen darf. Wir sehen das besonders deutlich an der Aufklärungsarbeit der katholischen Kirche, die einerseits sich rühmen kann, unendlich viel in der Bundesrepublik „erreicht“ zu haben, die aber andererseits, um der organisatorischen Schlagkraft willen, ein ganz erhebliches Mißtrauen gegenüber dem Staat hat und immer wieder um eine „staatsfreie“ Sphäre kämpft; setzen wir nun statt Staat Gemeinwesen: Wie kann im einzelnen gläubigen Katholiken ein ausgeglichenes Verhältnis zum Gemeinwesen entstehen, wenn er zugleich mitvollziehen soll das Streben um wachsenden Einfluß im Gemeinwesen, das Absentieren der eigenen Gruppe vom Gemeinwesen und das prinzipielle Mißtrauen gegenüber dem Gemeinwesen? Mißtrauen spricht aber daraus, wenn stets die Freiheit für bedroht erklärt wird, falls etwas gemeinschaftlich gemacht wird, was sich theoretisch auch nach Konfessionen trennen ließe.

Nehmen wir bei all dem die Einrichtungen einmal aus, deren alleiniger Zweck eben Bildungsarbeit ist, dann ergibt sich daraus die Schwierigkeit gerade der politischen Bildungsarbeit von solchen Bildungsträgern, die primär andere Zwecke verfolgen. Aus solchen Schwierigkeiten wird der Ruf nach partei- und verbandsunabhängiger Bildungsarbeit motiviert und dabei nicht selten vergessen, welchen ganz wesentlichen Beitrag die „abhängigen“ Träger solcher Bildungsarbeit leisten. Denn umgekehrt gilt ja, daß von denen, die überhaupt derart angesprochen werden, die meisten gewissermaßen nebenbei erreicht werden und daß Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen manche Zeit opfern, um einer Aufgabe zu dienen, die für sie nicht primär sein kann. Wie es also abwegig wäre, das ausschließliche Leitbild einer überparteilichen, neutralen politischen Bil-

dungsarbeit zu fordern, so wäre es absurd, die vorhandenen und sich bemühen- den Kräfte ausschalten zu wollen. Davon ist aber auch erstlich nicht die Rede, weil es praktisch nicht möglich wäre. Im Gegenteil: Außerhalb der Schule wird planmäßige politische Bildungsarbeit immer mehr von den organisierten Kräften erwartet werden. Je mehr diese allerdings den Auftrag annehmen, desto mehr müssen sie sich auch unter das Gesetz der Sache stellen.

V.

Für die Schule, die Erwachsenenbildung und z. T. für die Jugendarbeit gibt es einigermaßen umfassende inhaltliche und methodische Grundsätze, die als Fundament politischer Bildungsarbeit gelten können. Auch hier ist allerdings die prinzipielle Vorarbeit noch nicht beendet. Hinsichtlich der Arbeit in den Gruppen ist fraglich, ob sie überhaupt schon ernsthaft begonnen hat. Natürlich gibt es auch hier stoffliche und methodische Handreichungen und sorgfältig gesammelte Erfahrungen. Im gewerkschaftlichen Bereich hat sich z. B. „Arbeit und Leben“ darum verdient gemacht. Dennoch gilt, daß einige wesentliche Vorfragen noch nicht geklärt sind. (Im übrigen gilt das noch mehr für die Parteien, die noch dazu erhebliche Mittel „verbrauchen“ müssen, weil die staatliche Parteienfinanzierung unter dem Titel der politischen Bildung begonnen wurde.) Zu klären ist z. B., in welcher Weise sich der jeweilige Verband, um diesen Sammelbegriff zu verwenden, als Teil des Ganzen versteht, welche Freiheit in ihm die in der Bildungsarbeit Stehenden haben, welche natürlichen Auflagen sich aus dem primären Verbandszweck ergeben und wo ihre Grenzen liegen müssen, wie das Verhältnis zwischen Mitglied und Verband ist oder auch wieweit die jeweilige Taktik eines Verbandes mit geplanter Bildungsarbeit zu vereinbaren ist. Nur wenn diese Vorfragen im Einzelfall geklärt sind, läßt sich ermitteln, ob politische Bildungsarbeit mit ihrer Sachgesetzlichkeit zum Zuge kommen kann oder ob sie faktisch nur betrieben wird, um auch auf diesem Wege ebenfalls primäre Verbandsziele zu erreichen.

Es wäre Utopie, z. B. von den Gewerkschaften zu verlangen, daß sie politische Bildungsarbeit ausschließlich um der politischen Bildung ihrer Mitglieder willen leisten. Zu verlangen ist aber, daß mehr als bisher neben den Zielen der Gewerkschaften selbst die Bedürfnisse des einzelnen Mitgliedes bedacht werden. Soweit eine Gewerkschaft besonders ihren jungen Mitgliedern dabei helfen kann, den eigenen Ort in der Gesellschaft zu bestimmen und ein nicht bloß passives Verhältnis zu der uns umgebenden Gesamtsituation zu gewinnen, muß sie es tun. Es kommt dabei nicht auf die Motive an, wohl aber darauf, daß die Existenz auch der Gewerkschaft von einem möglichst breiten selbständigen Mitgliederstamm abhängig ist. Selbständigkeit äußert sich keineswegs nur in der Kenntnis des Weges der Gewerkschaft und in der Einsicht in dessen Notwendigkeit; selbständig ist nicht, wer sich gegenüber anderen — Arbeitspartnern, Nichtorganisierten und wem auch immer — nur apologetisch verhalten kann; selbständig ist erst, wer selbst vernünftig begründbare oder sonst glaubhafte Entscheidungen fällen kann und wer zu den Entscheidungen z. B. seines Verbandes ein eigenes Verhältnis zu gewinnen vermag. Daraus ergeben sich unmittelbar einige Anhaltspunkte für die praktische Arbeit. Für das Gewerkschaftsmitglied, das um seiner Selbständigkeit willen politisch gebildet sein muß, ist es z. B. notwendig, ein Verhältnis zum Sparen und damit zur schleichenden Inflation, aber auch zur Möglichkeit individueller Sicherung zu gewinnen; es muß vernünftig auswählend Zeitung lesen können, seine Mitgliedsrechte in der Partei und im Verband genau kennen, etwas von den Möglichkeiten der Einflußnahme wissen, Einsicht in den Prozeß der Willensbildung gewinnen, ein Verständnis für die unserem Gemein-

wesen gestellten Aufgaben erwerben und dabei zwischen den zwangsläufigen Aufgaben und denen unterscheiden können, die Mehrheits- oder Gruppenwünschen entspringen. Dies alles steht neben dem mehr Wirtschaftlichen und deutet etwa den Rahmen an, in dem der einzelne noch handfeste Möglichkeiten hat. Keine einschlägige Verbandsarbeit kann so planmäßig erfolgen wie der Schulunterricht oder die Kursarbeit etwa der Volkshochschulen. Das führt aber mehr zu methodischen Besonderheiten, weil stärker von gegebenen Anlässen und der Interessenlage ausgegangen werden muß und die Bildungs- mit der allgemeinen Verbandsarbeit verbunden sein muß. Die hier vergleichbaren Verbände müssen damit auch eine Antwort auf ihre soziologische Umstrukturierung geben: Sie sind heute weder enge Kampfgemeinschaft noch ausschließliche „Heimat“ ihrer Mitglieder, also gilt es vorsichtig, die Verbandsarbeit über den unmittelbaren Verbandszweck hinaus zu erweitern, ohne daß damit neue Ausschließlichkeitsansprüche verbunden werden. Ohne Frage eignet sich das Feld der politischen Bildung dafür besonders gut; für die Parteien vermag es sogar zentrale Bedeutung zu erlangen.

Methodisch muß dabei allmählich eine Abkehr vom Versammlungsstil erfolgen. Angemessener ist die Arbeitsgemeinschaft, die von vornherein nur einen kleineren Kreis anspricht, von diesem aber ein größeres Maß von Mitarbeit verlangt. Sofern diese Arbeit nicht unter dem Gesetz der großen Zahl steht, sondern unter dem intensiveren Bemühens, bleibt nach allen Erfahrungen der Erfolg nicht aus. Der kleinere Kreis gibt auch eine viel größere Gewähr dafür, daß die Sachbezogenheit Vorrang hat, während in der Versammlung das Deklamatorische naturgemäß überwiegt. Das Deklamatorische aber hat ein eigenes Gefälle zum Propagandistischen, und Propaganda und Sachlichkeit stehen sich nicht immer, aber oft feindlich gegenüber. Umgekehrt ist die Zeit der Arbeiterbildungsvereine vorbei. Bildungsbemühungen in den Verbänden wie in der Gewerkschaft sind Grenzen gesetzt. Das gilt auch für die politische Bildungsarbeit. Sie kann nur die gesamte Arbeit einer Gewerkschaft bereichern und einen kleineren Kreis von Mitgliedern enger zusammenfassen und ihm helfen. Mit Hilfe dieses Kreises lassen sich aber auch eher sinnvolle größere Veranstaltungen durchführen, die an besondere Anreize angeknüpft werden wie z. B. an Filmvorführungen oder an wirklich gute Vorträge. In sie läßt sich das einbringen, was in den Arbeitsgemeinschaften erarbeitet worden ist. Je mehr es auch hier gelingt, die Nützlichkeit jener Arbeit zu demonstrieren, desto eher lassen sich auch neue Mitglieder zur Mitarbeit gewinnen.

So wie die Dinge heute liegen, haben nur einige Jugendverbände, einige kirchliche Gruppen, die Parteien und vor allem die Gewerkschaften die Chance, ein gewisses Gewicht auf die politische Bildungsarbeit legen zu können. Ihre Wirksamkeit wird dabei niemand überschätzen. Sie ist ebenso durch die Verbandsmüdigkeit begrenzt wie dadurch, daß kaum jemand nur an einer Stelle „organisiert“ und damit dieser Organisation in besonderer Weise verbunden ist. So bleibt überall nur vergleichsweise wenig Zeit, die für die engeren Verbandszwecke benötigt wird. Politische Bildungsarbeit ist daher unter allen Umständen nur Randerscheinung, kann nur Beitrag zu dem sein, was insgesamt auf diesem Gebiet geleistet wird. Dieser Beitrag könnte aber gewichtiger sein als er ist, wenn sich die Beteiligten auf ihre besonderen Möglichkeiten besinnen und doch zugleich die Arbeit nicht durch den „Verbandshorizont“ begrenzen. Ohne Frage spielt hier auch der sinnvolle Einsatz staatlicher Mittel mit, und es muß bedacht werden, ob die bisherigen Bewilligungsrichtlinien ausreichen, die zwar z. B. eine Tagung einbeziehen, kaum aber eine zumeist viel sinnvollere Arbeitsgemeinschaft. Daß für eine Arbeitsgemeinschaft kein Verband auf seine unmittelbaren Mitglieder angewiesen ist, sondern als Leiter jederzeit auch anderswoher jeman-

den bitten kann, braucht nicht gesagt zu werden. Überhaupt gilt, daß sinnvolle, sachgesetzlich betriebene politische Bildungsarbeit jedenfalls so viele Gemeinsamkeiten in sich birgt, daß Erfahrungsaustausch, Materialhilfe, Sonderlehrgänge usw. nicht auf einen personell begrenzten Bereich beschränkt zu sein brauchen und Austausch sich geradezu anbietet.

Unter solchen Gesichtspunkten findet sich dann auch eine Antwort auf die eingangs gestellten Fragen: Jede vernünftige politische Bildungsarbeit hat ihren Wert, von wem auch immer sie veranstaltet wird, wenn nur die grundlegenden Gebote der Sachlichkeit beachtet werden. Von ihnen aus lassen sich zwar keine gemeinsamen Weltvorstellungen entwickeln, und die vielschichtige Gliederung der Gesellschaft läßt sich nicht durch die Arbeit in den Gliedern durch einen „gemeinsamen Überbau“ aufheben oder verwischen; wohl aber wird das Aufeinanderangewiesensein deutlich werden. Dazu gehört, daß wir in der Gegenwart über die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ hinaus nicht gemeinsame „Werte“ brauchen, sondern das Wissen darum, daß je unsere Wertvorstellungen vom anderen respektiert werden. Wäre dies der Fall, würde uns das schon grundlegend vom Totalitarismus unterscheiden.

Brigitta Mennemeier

DIE JUGEND UND DIE WIEDER- VEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

I.

Im vergangenen Jahre besuchte ich das Berliner Auffanglager Marienfelde. Ich war überrascht, eine durchorganisierte Stätte vorzufinden, die einer chaotischen Welt, wie sie durch den innerdeutschen Flüchtlingsstrom sinnbildlich repräsentiert wurde, den Willen zur Bewältigung in Form von Holz und Stein entgegenhielt. Die Überraschung erklärt sich aus der nichterfüllten, dem Besucher selbst vielleicht unbewußten Erwartung, ein Flüchtlingslager müsse den Charakter des Provisoriums, des Übergangs, überall provozierend deutlich an sich tragen. Aber die Notwendigkeit der stündlichen Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Alltags hatte dazu geführt, dem Provisorium viel von seinem Schrecken zu nehmen. Es gab da Räume, besonders für die Kinder, in denen alles so hygienisch einwandfrei und sauber, ja sogar beinahe behaglich erschien, daß man sich sozusagen darin auf die Dauer einrichten zu können meinte. So froh man sein durfte für diejenigen, die in dieser Umgebung ihre erste Berührung mit dem neuen Leben erfahren sollten und denen ein Minimum an solider und ästhetisch tragbarer Umgebung wohl zu wünschen war, so befremdlich und erschreckend war auch wieder der Gedanke, daß hier das aus der Not entstandene Provisorium schon das Gesicht der Dauer annehmen wollte, daß man sich hier bereits realistisch darauf einzustellen schien, die Früchte der Ungerechtigkeit noch lange ernten zu müssen, daß man an dieser Stelle darauf verzichtet hatte, die Teilung Deutschlands durch brüchige Potemkinsche Dörfer als irrealen Wahn zu

demonstrieren, es vielmehr vorzog, in vernünftiger Bruderliebe auf die Fakten einzugehen.

In den Notaufnahmeverhandlungen am selben Orte wurde die Problematik eines Gespräches deutlich, in dem sich Deutsche gezwungen sahen, vor Deutschen zu motivieren und zu rechtfertigen, was doch der Entscheidung ihrer Freiheit überlassen sein sollte. Niemand von denen, die Aufnahme suchten, wurde abgewiesen: Dennoch gab es fatale Augenblicke, in denen die politische Schranke sich bis in das Verhandlungszimmer fortzusetzen schien und man an die Anklageatmosphäre des Gerichtssaales erinnert wurde. Alles Gespräch geschah mit der gerechten Sachlichkeit des Notwendigen, aber es war ein Gespräch, in dem sich die verteidigen mußten, deren Schicksal ohnehin bereits dazu angetan wäre, die andere Seite, unsere Seite, zu beschämen.

In dieser Stätte der ersten Begegnung zwischen dem Westen und denjenigen, die seinetwegen ihre Heimat verlassen hatten, war das Elend trotz der übergroßen Flüchtlingszahlen nicht so offensichtlich, wie man es erwarten konnte. Aber es mochte einen im Anblick dieses durchorganisierten Gebäudekomplexes eine heimliche Angst davor befallen, daß hier die Trauer durch Routine ersetzt werden, daß man sich mit der Not doch vielleicht sogar einigermaßen wohnlich einrichten könnte: eine Gefahr, die in der Situation selbst begründet lag, der aber die Menschen zum Opfer fallen mußten. Es mußte für manchen ein schwerer Anfang sein, aus

der Diktatur gleich in die verwaltete Welt zu geraten.

Dieser Besuch fand vor anderthalb Jahren statt. Es war zu dem Zeitpunkt noch nicht vorauszusehen, wie bald den Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges ein viel schlimmeres Schicksal auferlegt werden sollte, wie Materialien, die in Marienfelde selbst noch an der Stätte des Elends der Menschenwürde zu dienen versucht hatten, nun dazu mißbraucht wurden, einen Zustand zu fixieren, der eben diese Menschenwürde verleugnet und daher dem Wesen aller wahren Dauer zutiefst widerspricht. Während man im Notaufnahmelager versucht hatte, den einzelnen noch im Augenblick fluktuierender Übergangsbewegungen allen Widerständen zum Trotz nicht völlig auszuklammern, umgab man nun an jener verhängnisvollen Berliner Scheidelinie eine vom Leben, vom Ganzen entfremdete Welt mit einer Mauer, die den einzelnen endgültig zum Gefangenen machte. Dieser Rückfall in wahn sinnigen politischen Primitivismus lag so wenig im Bereich des Vorstellbaren, daß ich, als ich in Frankreich durch

Presse und Rundfunk von der Errichtung der Mauer erfuhr, eine Zeitlang an eine makabre Metapher glaubte, die von der Imagination französischer Journalisten zur Umschreibung eines geistigen Bestandes ausgebeutet worden wäre. Aber die Mauer war und ist Realität.

Die Problematik der Notaufnahmegespräche erhielt, von diesem unmenschlichen Erstarrungspunkte aus betrachtet, den verklärenden Schein der sehnsüchtig erwarteten ersten Begegnung und Auseinandersetzung mit der Freiheit, die durch einige Worte der Selbstbesinnung und der Rechenschaft wahrlich nicht teuer bezahlt worden war. Selbst die Kategorien des Unglücks und der Not sind relativer Natur: Als Orte wie Marienfelde noch damit zu kämpfen hatten, der Menschenscharen Herr zu werden, konnten sie für jeden einzelnen unter siebzehn Millionen von Deutschen täglich zur Verheißung und zum Versprechen werden. Jetzt müssen sie sich wahrhaft wieder in Orte der Trauer zurückverwandelt haben. Die Dauer im Provisorium hat ein schrecklicheres Gesicht angenommen.

II.

Es könnte unter solchen Umständen leicht als Anmaßung und Überheblichkeit erscheinen, über ein Thema wie Jugend und Wiedervereinigung überhaupt noch sprechen zu wollen. Die allgemeine Ratlosigkeit, Unsicherheit und Bestürzung macht vor niemandem halt, und wer sich doch davon ausnehmen wollte, ist entweder ein Phantast oder einer jener gerade im politischen Bereich nicht seltenen Pädagogen, die einem an sich löblichen erzieherischen Eros die Aufrichtigkeit und das bessere Wissen unterordnen und damit gerade erst erweisen, daß sie sowohl den Prozeß der Erziehung als auch die Jugend oder das Volk unterschätzen. Wenn hier trotzdem über Fragen gesprochen werden soll, auf die im Augenblick niemand eine schlüssige Antwort geben kann, so deshalb, weil wir uns in hohem Maße der Gefahr bewußt sein müssen, daß die Gleichgültigkeit und der Überdruß des Westens im Quadrat mit der objektiven Verschlechterung

der Lage des geteilten Deutschlands wachsen könnte. Ich möchte nicht behaupten, daß überall schon das politische Bewußtsein der Deutschen in diesem Sinne getrübt sei, aber die weitgreifende Müdigkeit nicht sehen zu wollen, wäre ein billiger Illusionismus. Der Franzose Albert Camus war es, der den Menschen stärker durch das charakterisiert fand, was er verschweigt, als durch das, was er sagt, aber er bezog sich dabei auf die bequeme Klage des einzelnen über die eigene Situation zwischen Geburt und Tod; dagegen war er der erste, der jenes tapfere Schweigen brach, wenn es galt, auf die Ungerechtigkeit, auf die Verletzung der Menschenwürde irgendwo in der Welt hinzuweisen. Dann zu schweigen, wäre ihm als Verrat vorgekommen. Sicher gibt es ein berechtigtes Schweigen, ein Schweigen der Vorsicht und der Klugheit, aber es muß ein Teil des fortwährenden Gespräches sein und jenes stützen; wir

wollen versuchen, bei der Untersuchung über Jugend und Wiedervereinigung diesem Schweigen in der Form des Verzichts auf voreilige Prognosen und Empfehlungen Rechnung zu tragen. Das Schweigen der Lethargie aber muß immer wieder aufgebrochen werden, und zwar in erster Linie von uns Deutschen, nicht von der übrigen Welt. Sonst möchte jener Amerikaner endgültig recht bekommen, von dem Hans Fleig 1954 berichtete: „Im Jahre 1945, einige Wochen nach dem Waffenstillstand, sagte uns ein amerikanischer Offizier in Deutschland, die große Überraschung, von der er sich immer noch nicht erholt habe, sei die, wie gefügig und butterweich die Deutschen bei sich zu Hause seien, die er auf dem Schlachtfeld als so martialische, kantige Gestalten kennengelernt habe. Es sei, wie wenn man einen Kuchenteig in den Händen halte. Man könnte ihn mit dem Messer nach Belieben zerteilen, ihn zusammenknüllen, als Ballen aufs Brett schmeißen oder ihn aufessen. Immer geschehe das gleiche: nämlich gar nichts. Dieser Teil lasse alles mit sich geschehen, ohne zu explodieren, zu reagieren oder zu protestieren. Es sei ein Phänomen.“ Die Realität der Trennung und die Notwendigkeit der Wiedervereinigung aus der Diskussion ziehen, das heißt, das aufgezwungene Provisorium innerlich als eine dauernde Unvermeidbarkeit akzeptieren, das heißt, die Berliner Mauer durch eine Mauer von Schweigen verstärken. Da wir nicht gewillt sind, solche Mauern zementieren zu helfen, dürfen wir uns ohne weitere Vorbehalte dem eigentlichen Thema dieser Untersuchung zuwenden.

Jugend und Wiedervereinigung: Wodurch wird überhaupt eine solche Themastellung, die Verbindung zweier so verschiedenartiger Begriffe, gerechtfertigt? Man könnte zunächst befürchten, hier habe sich die Ohnmacht der gegenwärtig die Geschicke des Landes entscheidend bestimmenden Generation einen Ausweg gesucht, indem die Verantwortung schon jetzt an die nachkommende Generation abgetreten und damit Erfolg oder Versagen der Wiedervereinigungspolitik unter der Perspektive einer vagen Zukunft erblickt

würde. Die Gefahr, sich durch die Koppelung solcher Begriffe der eigenen Angst entledigen zu wollen, ist sicher vorhanden, und wenn man sie nicht sehen wollte, müßte man bei allen Untersuchungen unglaubwürdig werden. Aber politisches Denken und Handeln muß realistisch sein. Deshalb darf und muß zwar nicht nur in die Zukunft hinein, aber doch sowohl in der Gegenwart als auch für die Zukunft gearbeitet werden. Und deshalb ist es eine unerläßliche Notwendigkeit, die heranwachsende Generation vorzubereiten auf die Forderungen der Zeit. Das Problem der deutschen Wiedervereinigung ist kein Diskussionsgegenstand für Spezialisten; es geht objektiv auch den Jugendlichen an. Als Teil des deutschen Volkes ist die Jugend betroffen von der gegenwärtigen Spaltung; sie hat somit legitimen Anspruch auf Wiedervereinigung. Damit es ihr möglich ist, diesen Anspruch aufrechtzuerhalten, auch gegen eine scheinbar darüber hinwegrollende Realität, muß sie ihn in sich aufnehmen. Dazu bedarf es einer vorsichtigen Erziehung. Diese aber muß immer zweierlei im Auge haben: die Wirklichkeit, auf die hin erzogen werden soll, und den Jugendlichen mit seiner subjektiven Einstellung zu dem angestrebten Ziel. Ich möchte nun in erster Linie die eine Seite beleuchten, die Seite der Jugend und ihrer Einstellung zur Frage der deutschen Wiedervereinigung; die sich zum Teil aus allgemeineren psychologischen und soziologischen Strukturgesetzen erklären läßt. Da Jugend ein ungemein vager Begriff ist, der sowohl den gemeinschaftsfreudigen Jugendbündler als auch den unsozialen „Halbstarken“ einschließt, ist eine Eingrenzung auf die Jugendkreise notwendig, mit denen ich vor allem ins Gespräch gekommen bin; es handelt sich dabei um Schüler und Schülerinnen westdeutscher höherer Schulen; doch möchte ich von meiner Arbeit an der Universität her mit einer gebotenen Vorsicht die Vermutung äußern, daß die für die höheren Klassen der Gymnasien gültigen Untersuchungsergebnisse in vielen Punkten auch noch den jüngeren Studenten mit erfassen.

Die Psychologie bezeichnet mit dem Worte „Jugend“ eine Entwicklungszeit, an deren Beginn die Kindheit mit ihrer unbewußten Harmonie, an deren Ende das Erwachsenenalter mit seiner neu-erworbenen, mehr oder minder starken Anpassung an die Umgebung steht. In der Jugend entdeckt der Heranwachsende sein Ich und die ihm gegenüberstehende Welt als konträre Pole, mit denen er sich auseinandersetzen hat. Aber diese Auseinandersetzung geschieht innerhalb der einzelnen Phasen des Jugendalters auf verschiedene Weise. Die Pubertät, die frühere Phase des Jugendalters, ist eine Zeit der Introversion und der Abkehr von der Umwelt; in der Adoleszenz folgt darauf eine bewußte Auseinandersetzung mit der Umgebung und eine allmähliche Normalisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Nun besteht in unserer vielgestaltigen Welt, in der das Außen ohnehin immer mehr die Obermacht über das Innen zu erlangen bestrebt ist, die Gefahr, jener Phase der Introversion, die sich häufig versteckt unter aggressiver Ungebärdigkeit, nicht mehr genügend Raum zu geben. Es scheint mir daher unangemessen zu sein, an den Jugendlichen des Pubertätsalters, der heute sogar noch weit länger, als die biologische Entwicklung es erwarten ließe, im geistigen Sein typisch kindliche Symptome aufweist, die Frage nach einem politischen Problem zu stellen. Die Natur kümmert sich in dieser Zeit um die Entwicklung der Einzelseele, die sich noch nicht für die überindividuellen Lebenszusammenhänge mit ihrer strengen und fremden Gesetzmäßigkeit geöffnet hat. Aktuelle politische Situationen vermögen Jugendliche dieses Alters noch nicht zu begreifen. Das Geschichtsbild des Pubertätsalters trägt noch weitgehend Märchencharakter, die realistische Differenzierung der Vorstellungen fehlt noch. Die Situation des geteilten Deutschlands wird bestenfalls eben diesem Märchenschema untergeordnet: Da gibt es einen, der auf Erlösung wartet, und einen anderen, der ihm durch sein Opfer oder mittels magischer Kräfte dazu verhilft, im Hintergrunde herrscht ein Schrecklicher, der aber schließlich doch besiegt wird.

Selbstverständlich kennt man als Zwölf- oder Vierzehnjähriger im allgemeinen das Wort „Wiedervereinigung“ und mißversteht den besonders sprechenden Terminus nicht völlig, verbindet jedoch nur eine undeutliche, unpolitische, rational kaum konturierte Vorstellung damit, in der vor allem Gemütskräfte in Bewegung gesetzt werden, die mit gefährlicher Selbstverständlichkeit auch für andere Ziele beansprucht werden könnten. Gerade deshalb ist hier von seiten der Erwachsenen unbedingte Schonung geboten. Etwas anderes als die bewußte rationale Erörterung solcher Probleme ist die Einführung in ihre humanen Aspekte. Zweifellos kann man die natürliche Hilfsbereitschaft des jungen Menschen, sein Mitleid mit den vom Glück Benachteiligten wecken und fruchtbar machen. Doch wäre es falsch, sich der Illusion hinzugeben, hier setze sich Jugend bewußt für die Wiedervereinigung Deutschlands ein.

Die Jugendlichen des Adoleszenzalters, die Fünfzehn- bis Zwanzigjährigen, haben bereits ein sehr viel nuancierteres Verhältnis zu Begriff und Wirklichkeit der Wiedervereinigung. Allerdings muß man, besonders wenn man von der höheren Schule ausgeht, eigentlich noch wieder unterscheiden zwischen den Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen und den Siebzehn- bis Zwanzigjährigen. Die Jüngeren haben sich häufig noch nie selbst mit dieser Frage auseinandergesetzt, wenn ihnen auch der Name geläufig ist. Man sieht daran schon, daß es ohne Zweifel falsch wäre, etwa den Enthusiasmus der Jugend als sicheren Faktor in politische Kalkulationen einplanen zu wollen. Übrigens können solche Enttäuschungen für den Erwachsenen, auch für den Politiker, nur heilsam sein; sie erziehen zur Vorsicht und zur Bescheidenheit. Denn es wäre ja vielleicht geradezu gefährlich, auf einen Jugendenthusiasmus zu setzen: Wie leicht könnte es da innerhalb der Jugend wieder zu leeren oder verlogenen Verfrühungen kommen! Und wo die Äußerungen dieser Jugendlichen doch stark emotional gefärbt sind, da kommt gleichzeitig, ihnen selbst völlig unbewußt, die ganze Hilflosigkeit des Menschen vor der gegen-

wärtigen Situation zum Ausdruck. Ich denke z. B. an den Satz eines Mädchens: „Es darf einfach keine Oder-Neiße-Linie geben!“ Abgesehen davon, daß hier die faktische Problematik einer viel weiter greifenden Spaltung übersehen und die sachlichen Zusammenhänge völlig verkannt werden, ist dieser Satz beispielhaft wegen seiner ohnmächtig pathetischen Formulierung. Dieser bequeme Imperativ für das, was sein soll oder nicht sein soll, drückt die Ratlosigkeit aus, in der sich Menschen einer Situation gegenüberfinden, die zu ändern sie gegenwärtig keine Möglichkeiten sehen. Hier wird das handelnde Subjekt des Menschen, der sich die Wiedervereinigung als Objekt zum Ziel zu setzen hat, ausgeklammert und die Sache selbst mit magischen Kräften ausgestattet. Die Syntax verbirgt und enthüllt hier gleichzeitig die Armut des Gedankens. Machen wir nicht den Jugendlichen daraus einen Vorwurf. Wie häufig hören wir bei Erwachsenen ähnliche Formulierungen, Formulierungen wie: ‚Die Wiedervereinigung muß‘ oder, prophetischer, ‚wird kommen‘, oder in jüngster Zeit auch immer mehr: ‚Die Wiedervereinigung kommt ja doch nicht.‘ Sprache setzt hier nicht gedankliche Prozesse, Entscheidungen und Handlungen in Bewegung, sondern sie wird zu einem verzweifelten Spiel mit ihren eigenen Elementen, einem gefährlichen Nominalismus, wie ihn die Rede der Demagogen aufs vorzüglichste beherrscht. Nachdenklichere Jugendliche, die sich mit solchen ohnmächtigen Wortspielen nicht zufriedengeben, sehen keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage und resignieren leicht. Erst die Älteren, Primaner etwa, die sich der politischen Problematik in direkter und gleichzeitig differenzierterer Form nähern, geben Gründe für die innere Notwendigkeit der Wiedervereinigung an, schlagen vor, was der einzelne in der Privatsphäre tun könnte und wozu er als Staatsbürger bereit sein sollte. Der primitive Glaube der Jüngeren an eine Wiedervereinigung, die einfach kommen muß, sozusagen ohne jedes menschliche Zutun — in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß ich auf die Frage nach der Opferbereitschaft vereinzelt die Antwort erhielt: „Ich bin nicht bereit, Opfer zu bringen“ —, dieser primitive Glaube

ist nun ersetzt durch ein nachdenkliches Abtasten der realen geschichtlichen Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands. Dem abwartenden, in sich nicht unbedingt verwerflichen Pessimismus dieser Jugendphase und dieser Jugendgeneration kann man nicht durch Rhetorik imponieren. Das Pathos, das der Jugendliche sucht, soll in der Sache selbst liegen. Daher muß man dieser Jugend Tatsachen bieten, wenn sie nicht von vornherein desinteressiert bleiben soll; gleichzeitig aber müssen diese Tatsachen dem einzelnen Jugendlichen existentiell wichtig werden. Gerade in der wohlausbalancierten Verknüpfung dieser beiden Gesichtspunkte besteht die Schwierigkeit, aber auch der Reiz aller politischen Erziehung, die sich mit dem Jugendlichen befaßt. Hier liegt vor allem die Verantwortung des Erwachsenen der Sprache gegenüber, deren Bedeutung für die Interpretation des Daseins, auch der politischen Situation, gerade im Hinblick auf den jugendlichen Hörer gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Seine Vorstellung von der Gegenwart, besonders aber von der Geschichte, holt er ja weitgehend nicht aus der eigenen Erfahrung, sondern aus der Sprache der anderen, die sich vielleicht heute sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich, besonders in der politischen Sphäre, noch nicht genügend bemüht, den jugendlichen Hörer zu erfassen. Tote Statistiken appellieren nicht an die Begeisterungsfähigkeit der Jugendlichen, ganz und gar nicht mindestens an die der Mädchen, andererseits lassen sie sich auch nicht durch propagandistisch aufgeblähte Formeln blenden. Sie wollen im Grunde die Sprache einer innerlich erregten Strenge und Nüchternheit, die ihre eigene Lebensmitte zu treffen und im günstigsten Falle sogar ihre gemäßigte Anteilnahme zu wecken vermag. Darin liegt die für die Älteren oft so befremdliche Modernität der Jugend.

Wie nun sieht im einzelnen die Stellungnahme aus, die diese Altersgruppe zur Wiedervereinigungsthematik äußert? Das Geschichtsbild des Jugendlichen im Pubertätsalter hatte noch weitgehend Märchencharakter. Wenn man nun die Äußerungen älterer Jugendlicher zum Thema Wiedervereinigung auf die Motive hin untersucht,

deretwegen der Einsatz für dieses Ziel gefordert wird, so wird man im allgemeinen erstaunt sein über die geringe Bedeutung, die den geschichtlichen Voraussetzungen der gegenwärtigen Lage beigemessen wird. Die innerdeutsche Entwicklung, die zur Aufteilung in Zonengrenzen geführt und damit erst die Ausgangsebene für die nach dem Scheitern des Potsdamer Planes erfolgte Absonderung der russischen Zone geschaffen hatte, wird nicht als kontinuierliche Linie auf dem Wege zu der komplizierten Gegenwart des geteilten Deutschlands begriffen. Man kann nun mit Recht einwenden, daß auch dem Erwachsenen, der eine durchschnittliche politische Bildung besitzt, die Aufeinanderfolge der Viererkonferenzen, die Chronologie der Deutschlandpläne und ihrer Verwerfung nicht geläufig sei. Es soll aber hier gerade nicht auf die mangelnde Detailkenntnis hingewiesen werden — sie teilt der Jugendliche mit der überwiegenden Mehrzahl der Erwachsenen — als vielmehr auf eine grundsätzliche Haltung der Fremdheit gegenüber dem Gewesenen und Gewordenen.

Da der Jugendliche seine eigene „Geschichte“ eben erst zu leben beginnt, schneidet er auch in überpersonalen Zusammenhängen die Gegenwart vom Strom der vergangenen Zeit ab, vor der er noch kein Verantwortungs- und Schuldgefühl kennt. Das Jahr 1945 insbesondere ist für viele Jugendliche eine Art Zeitenwende, deren Stellenwert in ihrem Kausalitätszusammenhang für die gegenwärtige Lage nicht richtig gedeutet wird. Daß wir, von dort her gesehen, allen Grund nicht nur zur allgemeinen Trauer, sondern auch zur Kollektivscham über die Teilung Deutschlands hätten, wird im allgemeinen nicht geäußert. Weniger noch als die Motivierung einer notwendigen deutschen Wiedervereinigung aus dem gemeinsamen schuldhaften Schicksal des Dritten Reiches nehmen Jugendliche die Entwicklung des Deutschen Reiches seit Heinrich I. über Bismarck bis zum Versailler Vertrag für ihre Beweisführung in Anspruch. Es scheint ihnen im allgemeinen völlig fern zu liegen, die geographische und kulturelle Einheit Land oder die poli-

tische Fügung Staat zu einem Mythos zu verdichten. Die gegenwärtige Zersplitterung der Macht eines ehemals großen Staates beschäftigt sie wenig. Vorwürfe an die Adresse der Russen, denen die Schuld an der Teilung des Volkes gegeben wird, sind sehr häufig; daß aber auch das Machtpotential des deutschen Staates durch die Trennung geschwächt worden sein könnte, kümmert die Jugendlichen im allgemeinen nicht. Das möchte ich nicht als schlechtes Zeichen werten; es scheint mir vielmehr darauf hinzuweisen, daß der egoistische nationale Ehrgeiz durch andere Empfindungen und Strebungen abgelöst worden ist. Einige Male kann man sogar die Befürchtung lesen, im Gefolge der Wiedervereinigung möchte sich aufs neue ein „übertriebener Patriotismus“ entwickeln.

Auch der Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiedervereinigung auf Grund des Heimatverlustes ist selten. Die Jugendlichen von heute kennen die Heimat, von der die Eltern mit Sehnsucht sprechen, zum Teil nur als Rubrik in der Personalakte oder überhaupt nicht mehr. Da ihre Seele nicht unmittelbar davon geprägt worden ist — denn Heimat verstehen sie im allgemeinen nur als den engen Kreis, in dem das eigene Ich sich entwickelt —, stehen sie der Sehnsucht der Älteren mit Ungeduld oder gleichgültigem Gewährenlassen gegenüber. Ihnen muß Heimat als geistiger Raum, in dem sich die übergreifende Kultur eines Volkes entwickelt hat, aller Aufhebung räumlicher Distanzen und der damit gegebenen Verwischung der Konturen zum Trotz, zum ausgeprägten Bewußtseinsinhalt werden. Die Heimat des Fühlens und Denkens ist Deutschland für den Deutschen immer noch mehr, als er es aus begrifflichen Gründen heute manchmal wahrhaben will. Es liegt seiner Seele näher — auch wenn sie sich dessen nicht bewußt ist — als die weite Welt, die heute infolge der fluktuierenden Oberflächengestalt unserer Erde von Kindheit an in den Lebensraum des einzelnen einströmt.

Wird also verhältnismäßig wenig von der verlorenen Heimat gesprochen, so kehrt der Hinweis auf die ungerechte Trennung eines zusammengehörigen Volkes desto häufiger wieder. Mit dem

Gedanken an die Wiedervereinigung assoziiert die Jugend in erster Linie den Gedanken an die gefährdete und vergewaltigte Freiheit des Menschen. Hier ist der Punkt, an dem eine aktuelle politische Frage das Zentrum der jugendlichen Existenz anzurühren vermag. Aufgabe der Erzieher, der Erwachsenenwelt überhaupt ist es, diesen stark emotional gefärbten Rahmenbegriff Freiheit, der so häufig, gerade auch von Jugendlichen, mit Bindungslosigkeit und geistiger Indifferenz verwechselt wird, mit Inhalten zu füllen, die gleichzeitig die Freude über dieses großartige und, wie das Schicksal des getrennten Deutschlands zeigt, keineswegs selbstverständliche Geschenk mit der Verantwortung für die durch eine solche Freiheit ständig gestellten Anforderungen verbinden. Denn, und dafür haben Jugendliche bisweilen durchaus ein gesundes Gefühl, nur das, was Westdeutschland mit der ihm unverdienterweise zugefallenen Freiheit anzufangen versteht, kann heute seine Größe ausmachen, eine Größe, die unabhängig ist von der politischen Macht und als eine moralische Kategorie empfunden wird, deren Schwund die wahre Ehrlosigkeit bedeuten würde. Das bezieht sich auch auf die Frage der Wiedervereinigung. Ein Jugendlicher faßt das so zusammen: „Es wäre vor aller Welt eine Schande, wenn uns gleich wäre, ob es zwei deutsche Staaten gäbe oder einen.“ Ehrlosigkeit sieht der Jugendliche hier resultieren aus der Indifferenz, mit der sich weite Kreise des deutschen Volkes in die Teilung ergeben. Nicht der potentielle Stärkeverlust des ehemals großen Deutschlands beschäftigt hier die jugendliche Sorge, sondern die mögliche Lethargie des deutschen Menschen. Aus dem Anspruch des Menschen auf Freiheit und dem manchmal noch unscharf konturierten, immerhin aber vorhandenen Gefühl der Verantwortung für diese Freiheit motivieren die meisten Jugendlichen die Notwendigkeit der Wiedervereinigung, und wenn auch viele ihrer Äußerungen von den Parolen der Erwachsenenwelt mitgeprägt sind, so darf man doch gerade diesem Alter mindestens das natürliche Verlangen nach der Freiheit, der grundlegenden Voraussetzung aller wahrhaft menschlich gelebten Situation, nicht absprechen.

Die Schwierigkeit der Aufgabe, vor der sich hier der Erwachsene sieht, ist ungemain groß. Er muß den jugendlichen einerseits dazu führen, bei aller Freiheit das Notwendige sehen und begreifen zu lernen, und er muß ihn andererseits bewahren vor der frühzeitig resignierenden Pseudoerkenntnis, die Freiheit sei, besonders im politischen Raum, eine Art von blauer Blume, für die zu leben und zu sterben sich letztlich doch nicht lohne, weil sie entweder unerreichbar oder ohne Substanz sei. Wenn hier der natürliche Elan der Jugendlichen heute in vielen Fällen schnell verkümmert, so ist es unsinnig, die Schuld nur bei ihrer Verhärtung suchen zu wollen und das Versagen der Erwachsenen und unserer gesamten Gesellschaft heuchlerisch zu übergehen. Dasselbe gilt in erhöhtem Maße auch für die Frage einer grundsätzlichen Opferbereitschaft im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung. Gerade hier zeigt sich die Angst vor dem Risiko, die auch den Erwachsenen charakterisiert und die zweifellos ansteckend wirkt. Wahlen auf der unfreien Basis der augenblicklichen Zustände in Mitteleuropa möchte niemand durchgesetzt sehen; das Ergebnis würde die Freiheit Westdeutschlands mitgefährden; dieses Risiko einzugehen, ist kein Jugendlicher bereit. Man beruhigt sich leicht damit, daß dieses Opfer von unseren Brüdern auch nicht verlangt werde. Nun ist zweifellos der Ablehnung selbstmörderischer Experimente nur beizupflichten; andererseits ist es erstaunlich und doch vielleicht auch ein wenig beängstigend, wie wenig innere moralische und politische Sicherheit der westlichen Demokratie im freien Spiel des Kräftemessens mit einem potentiellen kommunistischen Einfluß zugebilligt wird. Die Jugend fürchtet den Kommunismus, weil sie sich selbst und ihrer eigenen Haltung letztlich nicht traut. Sie ist damit ein getreues Abbild vieler erwachsener Deutscher mit ihrem ständigen „schlechten Gewissen“, das nichts mit echter Reue oder verantwortungsbewußter Vorsicht zu tun hat.

Die Opfer selbst, die der Bundesrepublik von der Jugend als vertretbar zugemutet werden, reichen vom Verzicht auf Bündnispolitik bis zur Aufgabe der

Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Es erübrigt sich hier, ins Detail zu gehen, weil im allgemeinen die Vorschläge nicht genügend begründet werden und es an der ausreichenden Übersicht fehlt.

Dem Gesichtskreis der Jugend entspricht eher das, was sich auf die Hilfsbereitschaft und die Möglichkeiten des einzelnen bezieht. Auffällig erschien mir, als ich mich besonders mit dieser Frage beschäftigte, der Unterschied zwischen den Äußerungen der Jungen und denen der Mädchen. Bei den jungen Männern steht zum Teil die Furcht vor einem möglicherweise verlangten militärischen Opfer im Hintergrund, wozu ich in einem Falle folgende Äußerung erhielt: „Ich bin kein Opfer zu bringen bereit. Warum soll ich für die Dummheit, für das Verschulden und die Passivität der älteren Generation, die uns in diese Lage gebracht und uns dieses Problem wahrscheinlich zu lösen überläßt, bezahlen? Ich war in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes ein Säugling! Außerdem wäre ich auf keinen Fall zu einem militärischen Opfer bereit. Oder sollte ich für mein Vaterland ‚mit dem Deutschland auf den Lippen‘ sterben?! Nein!!! Dafür lebe ich zu gern! Ich arbeite lieber für mein Vaterland, ich verstehe darunter Europa, und sehe zu, wie ich ihm durch meine Arbeit helfen kann.“ Der Schluß dieser Äußerung widerlegt den anfänglichen Eindruck von einem überaus primitiven Egoismus. Hier scheint mir vielmehr etwas für die Jugend Typisches deutlich zu werden: Die Verbundenheit mit dem europäischen Ausland liegt vielen näher als die Bindung an die andere Hälfte Deutschlands. Man darf nicht vergessen, daß sie in diese Situation der Trennung hineingeboren sind und den Prozeß nicht selbst miterlebt haben. Von dem gleichen Umstand her versteht sich auch ihr häufig sehr strenges Urteil über die ältere Generation, für die sie nicht nachträglich die Kastanien aus dem selbstentfachten Feuer holen wollen. Die eben zitierten unkontrollierten Worte jenes Jugendlichen, der lieber für Europa als für Deutschland arbeiten möchte, verraten wenig Sachkenntnis und Verständnis, gleichzeitig aber zeugen sie in besonders deutlicher

Form von der Furcht vor einer Politik der Katastrophe, zu der man auf keinen Fall bereit ist. Aus diesem Grunde scheinen mir die Sätze von exemplarischer Bedeutung zu sein, denn sie verweisen mit dem Zeigefinger auf eine schwache Stelle, die auch bei den übrigen Jugendlichen, wenn auch in zivilisierterer Sprache, deutlich wird: die Angst vor einem unbekanntem Faktor, der einmal das Gesicht des Kommunismus annimmt, dann wieder das eines möglichen Krieges, schließlich auch das einer offiziellen Politik, der man nicht immer voll über den Weg traut. Spätestens an dieser Angst hat die Opferbereitschaft ihre Grenze. Im übrigen entwickeln die Mädchen, während die Jungen sich zurückhaltend zeigen, eine ziemlich große Findigkeit darin, Vorschläge für die Zeit vor und nach der Wiedervereinigung zu machen. Das reicht von der allgemeinen Senkung des Lebensstandards über Geldspenden für notwendige Anschaffungen, insbesondere zur geistigen Fortbildung, bis zur Aufnahme ideologisch beeinflusster Deutscher in die eigene Familie und schließlich sogar bis zu dem Entschluß, die westdeutsche Heimat für einige Jahre zu verlassen, um beim materiellen und geistigen Wiederaufbau des Vaterlandes zu helfen. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß der Unterschied zwischen den Äußerungen der Jungen und denen der Mädchen nicht überschätzt werden sollte. Es ist einfach eine Tatsache, daß Mädchen in diesem Alter konzilianter denken und vor allem in sozialer Hinsicht eher ansprechbar sind als Jungen. Aus meiner eigenen Erfahrung muß ich der Gerechtigkeit halber hinzufügen, daß es sich häufig eher um die Entwerfung eines Wunschbildes handelt, von dem die Wirklichkeit ziemlich weit entfernt ist. Immer wieder kann man auf diesen Zwiespalt zwischen den lobenswerten Absichten und dem andersartigen Tun stoßen. An einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Haltung der Jungen und Mädchen glaube ich nicht; im entscheidenden Augenblick der Bewährung wird es immer auf den einzelnen ankommen. Zunächst jedenfalls verlassen sich wohl alle darauf, in der als zukünftig (oder insgeheim wohl selbst als unreal) konzipierten Grenzsituation das Richtige tun zu können. Sie verstecken sich hin-

ter dem Konditional und sind deshalb viel einfallsreicher, wenn sie über mögliche Opfer nach dem Tage X Spekulationen anstellen. Sie übersehen dabei, daß menschliches Leben in jedem Augenblick in diesem Sinne eine Grenzsituation ist, ein dialektisches Spannungsverhältnis auf der Schneide zwischen dem Wagnis der Selbstentäußerung und der Bewahrung des Ichs. Sie haben, obwohl sie sich noch in den Vorhöfen fühlen, schon viel von der Müdigkeit derer, die sich im Leben eingerichtet haben. Sie tragen, das muß gesagt sein, vielfach die Apathie einer breiten Öffentlichkeit in sich. Und gerade die Klügeren unter ihnen wissen um diese Analogien. Gerade deshalb begegnen sie auch dem Anspruch, mit dem eben diese Öffentlichkeit in der Person irgendeines Lehrers oder Politikers an sie herantritt, mit der Skepsis derer, die sich nicht hereinlegen lassen wollen.

Besonders stark wirkt sich diese Skepsis aus, wenn Jugendliche auf die Gefahren hinweisen, die mit einer möglichen Wiedervereinigung verbunden sein könnten. Als eine mögliche Gefahr sieht die Jugend die Errichtung eines wiedervereinigten Deutschlands unter kommunistischer Herrschaft an. Ihr würde sie ein weiterhin geteiltes Deutschland vorziehen. Wenn diese indiskutable Alternative überhaupt aufgestellt werden kann, so scheint mir daraus ein Mißtrauen gegenüber der westdeutschen Politik zu sprechen. Wer die erste Möglichkeit überhaupt in Betracht zieht, zieht die Zuverlässigkeit des demokratischen Gewissens in Zweifel. Hier meldet sich Unsicherheit darüber, ob die von der gängigen Propaganda vorgegebenen Intentionen der Regierungskreise sich wohl überall mit der wirklichen Haltung decken mögen. Und wenn man bedenkt, daß viele unserer Politiker sich heute noch damit vergnügen, einander mauvaise foi vorzuwerfen, dann kann man diese Reaktion Jugendlicher wohl verstehen.

Das gleiche Mißtrauen, das zeigt sich leider verschiedentlich, erstreckt sich auch auf die wahre Haltung der Deutschen in der SBZ. Da heißt es z. B.: „Die Ostbewohner wollen sich auch gar nicht wiedervereinigen, glaub' ich. Sie sind im Haß gegen uns aufgewachsen

und von unserer Schlechtigkeit überzeugt. Es ist kein geteiltes Deutschland mehr, sondern zwei verschiedene Staaten. Die Sowjetunion hat erreicht, was sie erreichen wollte. Eine Vereinigung wäre sehr schwer, da die beiden Hälften doch immer gegeneinanderprallen würden.“ Äußerungen dieser Art entwerfen ein einseitig verzeichnetes Bild, das zum größten Teil auf die Reden der Erwachsenen zurückgeht, die ihre Gründe haben, wenn sie es sich so leicht machen. Es ist einfacher, ein angeblich „abtrünniges“ Deutschland seinem Schicksal zu überlassen, als sich auf die Verantwortung des vom Glück Begünstigten zu besinnen. Es bedarf keiner langen Diskussion darüber, daß es in der „DDR“ überzeugte Anhänger des Kommunismus gibt; im übrigen kann niemand erwarten, daß Millionen zu Märtyrern werden oder in jedem Augenblick die unerträgliche Spannung zwischen der von der Gesellschaft geforderten Maske und dem wahren Gesicht ihrer Existenz voll durchleben: Eine Flucht in die Resignation oder in den Kompromiß ist verständlich, besonders bei Menschen, die ohne Atempause von einer Diktatur in die andere getrieben wurden. Wie wertvoll unter solchen Umständen jede politische Opposition ist, und sei sie auch noch so geringfügig, muß Jugendlichen klargemacht werden, denn sie haben noch nie gespürt, was es heißt, mit jeder nicht opportunen Handlung die Existenz aufs Spiel zu setzen oder sich sogar freiwillig an den Rand des Todes zu manövrieren. Für die unbewußte Selbstinterpretation der Jugend scheint es mir sehr aufschlußreich zu sein, daß westdeutsche Jugendliche mit offensichtlicher Besorgnis auf die Gefährdung ihrer mitteldeutschen Altersgenossen hinweisen. Die Jugend, die sich so gern widerspenstig und unabhängig gebärdet, gibt hier für ihre gefährdeten Brüder etwas zu, was sie in ihrem eigenen Namen wohl kaum eingestehen würde: nämlich die unkritische Nachgiebigkeit vor einem starken Außendruck, die Neigung, sich mit dem Strome treiben zu lassen. Gerade von dieser in kommunistischer Atmosphäre aufgewachsenen, mit dialektischem Denken angefüllten Jugend erwarten westdeutsche Jugendliche nach der Wiedervereinigung eine hef-

tige geistige Stoßbewegung, denen unsere eigenen Lebensgewohnheiten und Überzeugungen weitgehend zum Opfer fallen könnten. Hier soll noch einmal eine authentische Stimme aus der Zahl der Befragten zu Worte kommen: „Auch auf geistigem Gebiet würde sich die Wiedervereinigung teils negativ auswirken. Die Menschen, die nun fast 15 Jahre unter dem Druck des Ostregimes leben, sind mehr oder weniger stark in ihrem Denken vom Kommunismus beeinflusst, besonders die Jugend. Beim Gebrauch der freien Meinungsäußerung würde der kommunistische Einfluß spürbar, und wir wären, wenn es uns weniger gut ginge, was nach der Wiedervereinigung der Fall wäre, auch empfänglicher für die Ideen und Versprechungen des Materialismus.“ Man ist einigermaßen erstaunt, welche Fülle von Risiken die Jugendlichen mit so unjugendlicher Pedanterie oder, wenn man es positiv ausdrücken will, mit kritischem Realismus aufzählen. Einen Augenblick verweilen möchte ich, da mir diese Frage besonders wichtig scheint, bei der Prognose einer möglichen marxistisch-leninistischen Infiltration nach der Wiedervereinigung. Es wäre nicht angemessen, Überlegungen dieser Art damit abzutun, dergleichen sei ja noch keineswegs akut. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb wir schon jetzt Vorbeugungsmaßnahmen treffen dürfen und müssen. Denn gerade bei der Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus handelt es sich nicht nur um das notwendige Rüstzeug für die Abwehr eines späteren Angriffes, sondern um den Nachweis des guten Willens für jedes Gespräch über die Grenze hinweg, soweit es sich in der Privatsphäre oder in der Öffentlichkeit noch führen läßt. Unsere Jugendlichen sollen nicht zu Agenten herangebildet werden, die mit den Funktionären der „DDR“ über Detailfragen zu diskutieren vermöchten, so als ob sich die Gesprächspartner grundsätzlich auf derselben Ebene befänden und es sich nur noch um Meinungsverschiedenheiten an untergeordneten Punkten handeln könnte. Aber sie müssen mindestens dieser grundlegenden Unterschiede sicher sein, und das nicht in schwarz-weiß vergrößerter Manier und nicht nur um der Selbstbewahrung willen, sondern aus echter Be-

reitschaft zum Gespräch, denn, um ein Wort Martin Bubers auf den politischen Bereich anzuwenden, „die Burg, in die sich die selbstbesessene Geistigkeit vor der Zumutung antwortenden Gegenüberlebens zurückzieht, ist eine herrlich bemalte Kulisse“.

Wer sich mit solchen Kulissen umgibt, kann eines Tages die böse Überraschung erleben, daß sie wie ein Kartenhaus ineinanderfallen und daß er, um nicht länger heimatlos zu bleiben, in das Haus, vor dem er sich zuvor ängstlich verschließen wollte, einzieht und die Tür hinter sich verriegelt. Denn es ist nicht nur die Frage mangelnder Information über andere Möglichkeiten, die den mitteldeutschen Jugendlichen in die Arme des dialektischen Materialismus treibt; es gibt vielmehr eine echte Affinität zwischen der Jugend und der in der „DDR“ sanktionierten Weltanschauung. Man kann bisweilen feststellen, daß auch auf den westdeutschen Jugendlichen der dialektische Materialismus als Ideologie und als Praxis eine starke Faszination ausübt, die nur durch profilierte geistige Gegenkräfte bekämpft werden kann. Wolfgang Leonhard, der als junger Funktionär selbst diese Faszination erfuhr, nennt in seinem autobiographischen Werk „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ einen der wichtigsten Gründe für diese Wirkung. Er schreibt: „Für uns war Freiheit die Einsicht in die historische Notwendigkeit. Da wir die einzigen waren, die auf Grund wissenschaftlicher Theorien diese Einsicht hatten, waren wir frei, während die Menschen im Westen, die diese wissenschaftliche Theorie nicht besaßen und damit der geschichtlichen Ideologie unwissend und hilflos gegenüberstanden, ja zum Spielball dieser Entwicklung wurden, unfrei waren.“

In einer solchen Sicht braucht sich der Jugendliche nicht länger göttlichen oder dämonischen Mächten verpflichtet oder ausgeliefert zu sehen; wenn er die geschichtliche Situation des Menschen begriffen hat, wird er selbst zum Herrn. Anstelle der vormaligen Ratlosigkeit tritt das Gefühl einer grundsätzlichen Geborgenheit und das Wissen um die Sinnerfülltheit allen Tuns. Da die Praxis zum Kriterium der Wahrheit wird, steht Erkenntnis jetzt nicht mehr abgelöst frei im Raum, sondern sie wird

vom Gesichtspunkt der Lebensbewältigung her begriffen, deren Prinzipien ihrerseits wieder ideologisch begründet sind. Es gibt somit ein geistiges Zentrum, aus dem man leben und schaffen kann, und da der zentrale Wert, die klassenlose Gesellschaft, mehr ist als das Wohlergehen des einzelnen, wird auch dem idealistischen Verlangen des Jugendlichen Rechnung getragen. Das Bewußtsein, für die Menschheit kämpfen zu dürfen, erfüllt den Jugendlichen mit Stolz und verleiht seinem Tun dynamische Kraft. Und da in aller Jugend auch ein Vorrat an irrationalem Enthusiasmus steckt, der sich generös einer Sache verschreibt, wird die Partei zur einzigen Karte, auf die man setzt. Wolfgang Leonhard schreibt dazu: „Die Bindung zur Partei ist — vor allem bei geschulten Funktionären — so stark, wie es für Menschen, die von Einzelchicksalen viel tiefer beeindruckt werden und sich mehr von persönlichen Erlebnissen beeinflussen lassen, kaum vorstellbar ist. Geschulte Funktionäre bleiben dagegen von persönlichen Erlebnissen häufig völlig unberührt.“ Eine solche Mischung aus Idealismus und Grausamkeit ist typisch jugendnahe. Mit Hilfe des dialektischen Prinzips lernt der Jugendliche zudem die Unbedingtheit des Wollens mit der Bedingtheit der konkreten Situation in Einklang zu bringen, Diese Andeutungen lassen bereits den Schluß zu, daß die Lehre, auf die sich die Politik des Kommunismus stützt, in manchen Elementen den natürlichen Anlagen des Jugendlichen entgegenkommt. Wir sind daher verpflichtet, die Jugend auf solche neuralgischen Punkte aufmerksam zu machen. Wir können ihr im Westen mit unserem bekanntlich pluralistischen Weltbild nicht die ganze Geschichte der Menschheit als ein geschlossenes System zu Füßen legen, denn die Freiheit der demokratischen Welt besteht gerade darin, daß in ihr die verschiedensten wissenschaftlichen, philosophischen und religiösen Haltungen nebeneinander existieren können. In dem Augenblick, wo eine dieser Lebenshaltungen und Daseinsinterpretationen den Anspruch auf universale Gültigkeit erheben würde, hätte unsere Welt Selbstmord verübt; deshalb ist es ja auch so lebenswichtig, jegliche Gesinnungsdiktatur im Keime zu er-

sticken. So beglückend es ist, sich die Fülle dieser Möglichkeiten zu vergegenwärtigen, so traurig macht aber der Gedanke an die existentielle Unsicherheit, die vielfach bis in die Einzelseele vorgedrungen ist und gerade die junge Generation ergriffen hat. Im Christentum finden längst nicht mehr so viele Jugendliche Antwort auf existentielle Fragen, wie es Schule und Elternhaus gern wahrhaben möchten. Der Religionsunterricht ist häufig eine Enttäuschung, weil er voraussetzt, was doch erst einmal gesucht und gefunden werden müßte: den Glauben nämlich an die metaphysisch verankerte Sinnerfülltheit des Daseins. Natürlich gibt es wirklich gläubige Jugendliche, aber viele entwickeln sich auch früh zu Opportunisten, indem sie einfach überkommene, heute wieder gern gesehene Formen übernehmen. Ein Leben am Rande des Zweifels und der Verzweiflung, das sich im bitteren Raume der Absurdität bewegen würde, ist ja auch nicht für die Jugend geschaffen. Da gleiten die einen bald ab in einen vordergründigen Materialismus, die übrigen sind ständig in Gefahr, sich unkritisch einer Pseudophilosophie zu verschreiben. Gerade für diese Jugend nehmen wir mit der Wiedervereinigung und mit jedem vorbereitenden Gespräch über die politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg ein schwerwiegendes Risiko auf uns. Wir können es nur vermindern, indem wir in das Bewußtsein der westdeutschen Jugendlichen zwar nicht eine lückenlose, notwendig einseitige Ideologie, wohl aber die Ideen und Normen, die den verschiedenartigsten menschenwürdigen Daseinskonzeptionen innerhalb unseres Kulturraumes zugrunde liegen, einpflanzen. Günther Gillesse n schreibt 1959: „Das politische Treiben von Tag zu Tag wird von vielen zusehends nur als bloßer Machtkampf rivalisierender Gruppen und Persönlichkeiten verstanden. Wo man also keinen höheren Sinn mehr erkennt, bleiben bloß noch milde oder bittere Formen des Zynismus übrig: Man sorgt sich dann nur um seine private Existenz; vielleicht erwarten viele Leute wirklich, daß ihnen die Gesellschaft wieder Werte „gibt“, die sie selbst nicht sehen. Aber gewiß wollen nur wenige der Gesellschaft Wertbegriffe einflößen. Das-

selbe ist mit dem treffenden Modewort der Konsumenten-Gesellschaft gemeint.“

„Konsument“ sein, das ist genau das falsche Verhältnis des einzelnen zur Gesellschaft, insofern nämlich, als er sich egoistisch und doch wiederum voll auf angepaßt der Diktatur der Gruppen unterwirft. Das gilt auch schon für den Jugendlichen, der sich häufig allzuleicht in die Gruppe der Altersgenossen, der Klasse, des Jugendverbandes einfügt, von ihr seine Signale empfängt und sich zu jenem außergeleiteten Typus entwickelt, den David Riesman in seiner Untersuchung über die Wandlungen des amerikanischen Charakters dem von innen her gelenkten Charakter einer vergangenen Epoche gegenüberstellt. Die weitgehende Ratlosigkeit und Skepsis Jugendlicher der Problematik der Wiedervereinigung gegenüber mag sich zu einem Teil auch daherleiten, daß die Gruppe der Gleichaltrigen auf solche Fragen keine Antworten zu signalisieren pflegt, weil Politik im allgemeinen noch nicht zum Konsumgut des jugendlichen Verbrauchers gehört. Der politischen Unsicherheit muß also von seiten der Erwachsenen durch breit angelegte Aufklärung entgegengewirkt werden. Der naturgegebene Raum, in dem diese geschehen sollte, ist zunächst einmal, auch im politischen Raum, das Elternhaus, dessen eigentliche erzieherliche Funktionen nicht durch andere Instanzen, auch nicht durch die Schule, übernommen werden können und dürfen. Leider muß man häufig ein Versagen der Eltern beobachten. Wie in Amerika sind auch bei uns viele nicht mehr imstande, in ihren Kindern ein gleichzeitig sensibles und gefestigtes Wertempfinden zu entwickeln. Viele Eltern geben ihre Unsicherheit in Geschmacksfragen offen zu: Sie lassen den Halbwüchsigen große Freiheiten in allem, was sie als zur Jugendwelt gehörig empfinden. Genannt seien nur Mode, Tanz, mitunter auch Lektüre und Freunde. Desto überlegener geben sie sich in Fragen, deren Erörterung und Beantwortung sie als ein Privileg der Erwachsenenwelt ansehen. Eine Mutter wird ihre Ratlosigkeit angesichts von Auswüchsen der Teenagermode, des Jazz, der Schlagermusik nicht zu verbergen suchen: Sie wird aber nicht mit derselben Selbstverständlich-

keit zugeben, daß sie keine feste politische Richtung hat und sich zur Berlinfrage oder zur Wiedervereinigung Deutschlands kaum ergiebiger und kompetenter zu äußern vermöchte als ihre fünfzehnjährige Tochter. Das Versagen der Eltern ist um so bedauerlicher und schwerwiegender, als das Elternhaus von den meisten Jugendlichen neben den Gruppen noch stark als natürliche Autorität empfunden wird. Selbst wo die persönliche Beziehung gelockert ist, bewahren junge Menschen in Westdeutschland im allgemeinen jene selbstverständliche Verbundenheit, die das Elternhaus gegen Angriffe von seiten der Außenwelt in Schutz nimmt. Der Jugendliche, dem die Eltern keine durchdachte politische Haltung vermitteln, verschließt sich doch gegenüber den Bemühungen anderer Autoritäten, weil er sich an die entgegengesetzten Äußerungen am Familientisch erinnert. An den Folgen hat natürlich häufig die Schule zu leiden. Sie sieht sich heute immer wieder vor eine schwierige Alternative gestellt. Einerseits liegt ihr alles daran, den schützenden Einfluß des Elternhauses möglichst lange zu erhalten. Andererseits kann sie sich nicht der Wahrheit verschließen, nur um einigen Schülern einen seelischen Konflikt zu ersparen. So muß sie z. B., wenn sie über die gegenwärtige Situation Deutschlands sprechen und den Willen zur Wiedervereinigung begründen, vor allem unsere innige Zusammengehörigkeit mit der „DDR“ darlegen will, auf Wesen und Entwicklung des Nationalsozialismus eingehen. Dafür gibt es gutes und unmittelbares Buch-, Film- und Hörspielmaterial. Doch mit dem starken Eindruck, den Lektüre und Gespräche auf den jugendlichen Hörer machen, mischt sich nicht selten der unheilvolle Einfluß des Elternhauses, das in vielen Fällen die wahren Verhältnisse zu verharmlosen, zu entschuldigen, zu verschleiern sucht. Als unwiderlegliches Argument wird ins Feld geführt: „Schließlich waren wir ja dabei!“ Der Jugendliche wird nun zu Entscheidungen gezwungen, die verfrüht sind und denen er nicht gewachsen ist. So greift die unbewältigte politische Vergangenheit der Erwachsenen in die Gegenwart der Jugend über und belastet sie mit einer verhängnisvollen Hypothek.

Richtig gelenkte politische Erziehung aber sollte dennoch im Elternhaus beginnen, und sie wird heute zunächst wieder bei den Eltern selbst ansetzen müssen. Die Öffentlichkeit hat also die Aufgabe, mit dafür Sorge zu tragen, der Familie auch im Hinblick auf die politische Bildung und die geistige Vorbereitung der Wiedervereinigung vor den ohnehin häufig versagenden Gruppen den Vorrang einzuräumen und das Elternhaus intellektuell und moralisch instand zu setzen, seine Funktionen angemessen wahrzunehmen.

Grundsätzlich aber ist weiterzufragen, ob der einzelne im übrigen wieder ganz auf sich selbst zurückgeworfen und aus der bergenden Umklammerung der Gruppe gelöst werden sollte. Man kann das Rad der Zeit nicht einfach um 180 Grad zurückdrehen. Immerhin scheint es mir aber von außerordentlicher Wichtigkeit, bei der Erziehung darauf zu achten, daß die natürliche Spannung zwischen Ich und Gemeinschaft nicht herabgemindert wird. Der einzelne Staatsbürger darf und soll sich zwar der Zeichen, die von den Gruppen und Massenmedien auf ihn zukommen, bedienen, aber als „Informationssammler“, wie Riesman im politischen Bereich den außengeleiteten Typus nennt, ist er noch kein in sich gefestigtes Wesen, das sich selbst gegen eine völlig depravierte Gesellschaft behaupten könnte. Denn es gibt nicht nur versagende Individuen, es gibt auch, wir haben diese bittere Einsicht teuer genug bezahlen müssen, den Irrweg ganzer Staaten. Die Männer des 20. Juli etwa haben der Jugend durch ihr Beispiel gezeigt, was es heißt, sich für die Idee der wahren Gemeinschaft die Freiheit der Distanz bis zum Tode zu bewahren. Sie waren sich ihrer Außenseiterposition bewußt und hielten dennoch an ihr fest. Einer von ihnen, Martin Gauger, schreibt 1939: „Im ganzen sind wir von den zuständigen staatlichen Stellen mit dem Prädikat versehen: Wir sind Staatsfeinde. Das kann uns persönlich kalt lassen, weil wir ein gutes Gewissen haben und uns als die eigentlichen Patrioten mit manchem guten Recht fühlen können.“ Sie konnten aus der Geschichte und aus dem Glauben ein Menschenbild holen, das sie den zeitgenössischen Entartungsformen entgegenhielten und

das ihre wahre Liebe, ihre echte Humanitas, ihren unbestechlichen Gemeinschaftssinn bezeugte. Das konziliante gesellschaftliche Miteinander dagegen, das man heute vielfach so laut preisen hört, ist eine ausgesprochene Verflachungsform des echten Bezuges zwischen dem Ich und der Gemeinschaft, in die jenes als zoon politikon von Natur aus eingestellt ist. Gerade nachdenkliche Jugendliche werden denn auch früh aller „Gemeinschaftsspiele“ überdrüssig, wenn sie ihnen auf allzu billige Weise demonstriert werden. Sie wollen die eigene Existenz als ständige Aufgabe erfahren und die Welt als einen Widerstand, der bewältigt werden muß in der freiwilligen dienenden Verpflichtung des einsamen und verantwortungsbewußten Ichs. Die Haltung des Jugendlichen zur Wiedervereinigung muß die Projektion dieser Spannung zwischen Ich und Gemeinschaft auf die politische Ebene sein. Dann wird er gleicherweise vor materialistischem Egoismus und vor leichtfertiger Selbstaufgabe bewahrt bleiben. Mitleid ist heute ein Wort, das bei den meisten nur noch ein Achselzucken hervorruft, obwohl schon Wolfram von Eschenbach wußte, wie hoch der Wert jener Wirklichkeit einzuschätzen sei; die Bedeutungsverflechtung des Begriffes erklärt sich wohl daraus, daß wir in unserer Welt zu häufig jene flüchtigen sentimentaligen Gesten und Aufwallungen erleben, mit denen man anläßlich eines publik gewordenen Unglücks den neidischen Göttern wieder einmal seinen Tribut zu zahlen glaubt. Das wahre Mitleiden aber ist eine verinnerlichte Kraft, die den Menschen prägt. Das Mitleiden im politischen Raum setzt ein ständig waches, informiertes und kritisches Bewußtsein und einen starken Willen voraus, es entzieht sich dem Handeln nicht, sondern sucht sich in Treue und Ausdauer zu verwirklichen. Wenn die jugendliche Fähigkeit zu solchem Mit-Leiden — unter Verzicht auf alle Wehleidigkeit in bezug auf das eigene Ich — das Resultat unserer politischen Erziehung sein könnte, dürften wir glücklich sein.

Falsch aber wäre es, von jungen Menschen jene realistischen Vorschläge für die Wiedervereinigung zu erwarten, die wir selbst nicht zu machen imstande sind. Auch wer die Glut der Be-

geisterung zu finden hofft, wird enttäuscht. Indifferenz oder Naivität und unkritischer Optimismus charakterisieren die Haltung der Jugendlichen in der Nachpubertät, Skepsis und Resignation sind das hervorstechende Merkmal, das in den darauffolgenden Jahren die Einstellung zur Wiedervereinigung Deutschlands kennzeichnet. Vielfach sind die Äußerungen der Jugendlichen ein Echo dessen, was sie durch die Massenmedien oder aus den Diskussionen der Erwachsenen erfahren. Für viele ist die Wiedervereinigung aber auch deshalb keine entscheidende Frage, weil sie nicht davon durchdrungen sind, daß sich durch politische Verschiebungen auch die Grundsituation des einzelnen ändern kann. Der großen Gruppe, die sich von den Kategorien des Nutzens und des Genusses leiten läßt, muß man zeigen, wieso der individuelle Nutzen und das persönliche Wohlbehagen unauflöslich verbunden sind mit der Entspannung der Weltlage. Mit den wenigen freilich, um die es sich vornehmlich lohnt, hat die politische Erziehung es schwerer. Da aber, wo sich die jugendliche Rede anspruchsvoll gebärdet und die Trennung Deutschlands als ein gewissermaßen logischer, durch die Sprache auflösbarer Widerspruch erlebt wird, muß man sich daran erinnern, daß eine solche magische Kraft nicht einmal die Ausführungen eines Politikers besitzen, viel weniger der unbedachte Ausspruch eines Halbwüchsigen. Durch Worte allein ist die Welt nun einmal nicht zu verändern.

Dennoch bleibt das Gespräch eines der wichtigsten Werkzeuge des Menschen. Ich meine das Gespräch über die geistigen und räumlichen Grenzen hinweg, ich meine aber auch das Gespräch zwischen den Generationen. Ein Verzicht auf dieses Gespräch wäre ein unverzeihlicher Frevel im Bereich der zwischenmenschlichen Relationen. „Kein anderer als der Geist selbst begeht, abgeschnürt, die Sünde am heiligen Geist“, schreibt Martin Buber. Die Selbstisolation der Älteren wäre zudem jedoch eine politische Unklugheit, die am Ende auch das Schicksal des getrennten Deutschland mit verschlechtern helfen würde, denn daß die Frage der Wiedervereinigung ebenso aktuell und lebenswichtig ist wie vor Jahren, kann sich, obwohl in der Sache außer

Zweifel stehend, überzeugend nur im Wort manifestieren, in der Sprache, deren Zeichensystem durch das Tun des Sprachbrauchers in Bewegung gesetzt werden muß, um funktionieren und Wirkungen auslösen zu können. Deshalb muß von der Sache gesprochen werden, wenn sie nicht vergessen werden soll.

Zum Schluß scheint es mir daher richtig, noch einmal auf die Bedeutsamkeit und Problematik aller politischen Erziehung hinzuweisen. Ich möchte dies tun mit den noch heute gültigen Worten des Soziologen Alfred Weber, der die schwierige Situation umschreibt, in die sich die ältere Generation hineinmanövriert sieht. Ich möchte hinzufügen, daß die Altersgruppe, der ich selbst angehöre, indem sie keiner der von Weber anvisierten Generationen einwandfrei zuzurechnen ist, sich in einer vielleicht besonders günstigen, vielleicht aber auch gerade sehr komplizierten Lage befindet, in der sie nämlich beiden nahestehen, beide zu verstehen glaubt. Alfred Weber schreibt im Jahre 1955:

„In jedem anderen Lande kann der Ältere, indem er zu Jüngeren spricht, auf sein eigenes Beispiel verweisen. Er mag dieses oder jenes verkehrt gemacht haben. Er kann im ganzen doch sagen, er hat den Jüngeren eine gemeinsame Lebensbasis geschaffen oder gerettet. Der Deutsche der älteren Generation gehört, geschichtlich gesehen, zu den Versagern. Unter den Händen seiner Generation oder einer ganzen Generationsreihe, der er angehört, ist das Dasein des eigenen Volkes zerbrochen, zerbrochen zudem mit einer Zwischenzeit vorher nie dagewesener Exzesse. Er mag in dem Gefühl, selber auf einer anständigen Linie verblieben zu sein, versuchen, noch so viel von dem Vorangegangenen auf den Einfluß übermächtiger Umstände zu schieben. An seiner Mitverantwortung kann er nicht vorbei, wenn er leben geblieben ist und wenn er nicht emigriert ist oder war. Und jedenfalls kann er als Älterer zu den Jüngeren nur sagen: Wir wollen zusammen versuchen, den Schutt wegzuräumen, und wenn es eine sogenannte wirtschaftliche Prosperität in einem der verbliebenen Fragmente gibt, so bildet euch nicht ein, das sei Deutschland.“

Die permanente Krise

Am 26. Juni 1962 ist im Moskauer Kreml eine neue Agrarkonferenz zusammengetreten, an der außer Chruschtschow einige führende Präsidiumsmitglieder und die Angehörigen des im März eingesetzten Landwirtschaftskomitees teilnahmen. Die Einberufung dieser neuen Konferenz einige Wochen nach der erst auf dem Märzplenum des ZK der KPdSU durchgeführten Debatte über die kritische Lage in der sowjetischen Landwirtschaft zeigt das Ausmaß der gegenwärtigen Zykluskrise, die durch die Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel einen verschärfenden Aspekt erhält. Mit den Konferenzen vom März und Juni setzte sich jene Reihe der Bemühungen fort, die nun bereits seit Jahren andauern, um endlich aus dem Teufelskreis der permanenten Krise herauszukommen, in der sich die sowjetische Landwirtschaft von jenem Zeitpunkt an befindet, wo Stalin in den Jahren 1929/30 zum Kollektivierungsschlag gegen den sowjetischen Bauern ausholte.

Für Chruschtschow ist die Überwindung der sowjetischen Agrarkrise zu einer Prestigefrage geworden. Chruschtschow gilt in der sowjetischen Machtgruppe als der Agrarexperte; mit diesem Ruf ist sein Weg zur Macht aufs engste verknüpft. Nur so erklärt sich die Tatsache, daß im Zeitraum von 1953 bis 1962 insgesamt 19 größere oder kleinere Landwirtschaftsreformen vorgenommen wurden, mit zum Teil einschneidenden Veränderungen, wie der Reorganisation der Maschinen-Traktoren-Stationen im Jahre 1958.

Alle Reformen, Pläne und Experimente haben jedoch nicht vermocht, die Stagnation in der sowjetischen Landwirtschaft zu überwinden. Die Erträge in der Getreidewirtschaft bleiben weiter hinter dem Plansoll zurück, und geradezu katastrophal entwickelte sich die Lage in der Viehwirtschaft. Im Gegensatz zu dieser tristen Wirklichkeit steht im neuen Programm der KPdSU der anspruchsvolle Satz:

„Die Sowjetunion wird im ersten Jahrzehnt bis 1970 die Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf die Pro-Kopf-Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse überholen.“

Wie sieht heute der Vergleich der sowjetischen Landwirtschaft mit den USA

aus? In den USA produziert eine in der Landwirtschaft tätige Person für 28 Menschen landwirtschaftliche Konsumgüter, in der Sowjetunion nur für 5 Menschen. Das bedeutet, daß die Sowjetunion auf landwirtschaftlichem Gebiet gegenwärtig den Stand der USA von 1870 erreicht hat. Die Vereinigten Staaten benötigen zur Versorgung ihrer Bevölkerung nur 8,4 v. H. aller Beschäftigten, während in der Sowjetunion 45 v. H. der gesamten Arbeiterschaft in der Landwirtschaft tätig sind.

Wie Chruschtschow angesichts dieser Situation sein Ziel erreichen will, bleibt sein Geheimnis. Solange die Dauermisere in der sowjetischen Landwirtschaft anhält, kann noch nicht einmal die Befriedigung des Ernährungsbedarfs als gesichert angesehen werden. Und solange die sowjetische Führung an ihren dogmatisch-mechanistischen Vorstellungen festhält, ist an eine günstigere Produktionslage der Agrarwirtschaft in der Sowjetunion nicht zu denken. Vielleicht kommt der Zeitpunkt, an dem Chruschtschow sich Gedanken machen muß über die Tatsache, daß überall dort, wo das kollektive Organisationsprinzip in der Landwirtschaft aufgegeben wurde, eine erhebliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität erreicht wurde und die Agrarkrise schließlich überwunden werden konnte, so in Jugoslawien und in Polen.

Chruschtschow muß an diese Erfahrung gedacht haben, als er sich in seiner Programmrede auf dem XXII. Parteitag mit den landwirtschaftlichen Erfahrungen der „Bruderländer“ befaßte. Er lobte „die Erfahrungen bei der sozialistischen Umgestaltung des flachen Landes ohne Nationalisierung von Grund und Boden und unter Berücksichtigung weit in die Vergangenheit zurückreichender Traditionen einer großen Anhänglichkeit der Bauernschaft an das private Eigentum an Grund und Boden.“

Vielleicht begreift der Pragmatiker Chruschtschow eines Tages die schöpferische Kraft „weit in die Vergangenheit zurückreichender Traditionen“ auch für den russischen, ukrainischen und weißrussischen Bauern, und vielleicht vermag er dann seine Kollegen im Präsidium der KPdSU von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Teufelskreis des stalinistischen Kollektivierungssystems so zu zerschlagen, wie er es

auf anderen Gebieten mit der Entstalinisierung des sowjetischen Lebens getan hat. Solange Chruschtschow und die sowjetische Führung sich zu dieser Erkenntnis nicht durchringen können und statt dessen nur mit neuen bürokratischen Maßnahmen experimentieren und an ihren

dogmatischen Vorstellungen vom kollektiven Administrieren des bäuerlichen Menschen festhalten, wird die Krise der sowjetischen Landwirtschaft andauern und der Wunsch, Amerika einzuholen, eine unerfüllbare kommunistische Utopie bleiben. S. T.

Zwei Versöhnungsreden

Als Willy Brandt im November 1960 in Hannover zum Kanzlerkandidaten nominiert wurde, rief er das deutsche Volk zur Versöhnung mit sich selbst und mit seiner Geschichte auf. Parteifreunden und Gegnern gleichermaßen hielt er vor Augen: „Das, was Deutschland ausmacht, stammt aus vielen Quellen.“ Brandt nannte Otto von Bismarck und August Bebel, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann, Julius Leber und Graf Stauffenberg, Ernst Reuter und Theodor Heuss. „Sie alle gehören zu unserem Volk!“

An diesen Appell zur Überwindung enger Vorurteile hier wie dort wurden wir erinnert, als im Juli 1962 Charles de Gaulle in Gegenwart Konrad Adenauers in einer Pariser Bankettrede die deutsch-französische Versöhnung feierte und dabei eine Art europäischer Ahnentafel beschrieb. Welche Namen aber tauchten hier auf? Vom Europaträumer Novalis war nicht die Rede, kein Wort auch von Briand und Stresemann. Der französische Staatspräsident griff ganz weit in die Geschichte zurück.

Charles de Gaulle sagte: „Der Ehrgeiz Karls V., Ludwigs XIV., Napoleons, Wilhelms II., Clemenceaus und sogar — ja, sogar! — die Leidenschaft, derer sich im letzten Weltkrieg ein Regime verbrecherischer Unterdrückung bediente, um das deutsche Volk

mitzureißen — welchen Anteil hatten doch an alledem die großartigen Ideen der Caesaren, der Christenheit und Karls des Großen!“ Auch, und gerade jenen, deren Hegemoniestreben die europäischen Bruderkriege verschuldete, wurde also von de Gaulle als heimlicher Beweggrund der „alte Traum der Einheit“ unterstellt. Gelassen und mit großer Geste deutete de Gaulle die ganze Geschichte des Abendlandes für seine Bankettrede um. Denen, die allenfalls — aus der Entfernung der Zeit heraus — Absolution verdienten, flocht er Kränze, und zwischen maßvollen Gleichgewichtspolitikern und maßlosen Gewaltmenschen oder Phantasten machte er keinen Unterschied. Nur gut, daß der Wortlaut der Rede de Gaulles nicht auch die — oft gehörte! — Deutung zuläßt, er habe auch Hitler als einen Vorläufer Europas akzeptiert.

Der „geistige Hermelin“ der Rede de Gaulles finde sicher Verständnis beim deutschen Bildungsbürger, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“. Im übrigen mokierte sich das Blatt ein wenig über den „Beschuß mit Geschichte“, dem de Gaulle seinen Gast Adenauer aussetzte. Wem die Geschichte gleichgültig ist, der wird vielleicht de Gaulles Geschichtsdeutung folgen. Wer dagegen mehr das Konkrete und Verbindliche schätzt, gibt Brandts bescheidener Versöhnungsrede den Vorzug. id

Die Gewerkschaften in der EWG

Es ist zwar noch nicht sicher, welchen geographischen Umfang und welche wirtschaftspolitische Ausrichtung die EWG haben wird; fest steht aber, daß wir uns in spätestens acht Jahren nach Beendigung der Übergangszeit in einem gemeinsamen Markt mit einer Reihe von anderen europäischen Staaten befinden werden. Es ist bemerkenswert, daß die europäische Industrie sich mit Nachdruck auf diese neue Entwicklung einstellt. Bereits 1960 zählte die EWG-Kommission 212 europäische Interessenverbände in Brüssel, in der großen Mehrzahl Industrieverbände, die auf die Orientierung der Integration Einfluß zu nehmen versuchen und die Kontakte der

nationalen Industrieverbände zueinander zur Beherrschung des künftigen Großmarktes herstellen.

Die Aussagen der Professoren Vito, Marchall, Wessels und Toitron in ihrem Gutachten zur EWG-Konferenz 1961 „technischer Fortschritt und Gemeinsamer Markt“: „Ob man es zugeben will oder nicht, es wird die Industrie sein, die Europa baut“, kann zur Zeit keineswegs bestritten werden. Der Druck der Industrie auf die nationalen Regierungen, der erst den letzten Anstoß zur Einigung in der EWG zum Jahresende 1961 gab und so den Übergang

in die zweite Etappe ermöglichte, war ein-drucksvoll.

Was heißt das nun aber für das künftige Verhältnis der Sozialpartner in der EWG? Bleibt die für die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Wohlstandsteigerung in der EWG nötige „balance of power“ zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern erhalten? Diese Frage kann heute nicht erschöpfend beantwortet werden, und doch werden bereits zwei Problemkreise für die Gewerkschaften im Gemeinsamen Markt deutlich.

1. Die freien Gewerkschaften in der EWG, zusammengeslossen im „Europäischen Gewerkschaftssekretariat“ in Brüssel, vertreten etwa 12 Millionen Arbeitnehmer. Der DGB stellt davon mit etwa 6,5 Millionen Mitgliedern den Löwen-anteil. Zu diesen etwa 12 Millionen freien Gewerkschaftlern kommen maximal 2,5 Millionen christliche (vor allem aus Belgien, Holland und Frankreich) und etwa 5 Millionen kommunistische (aus Frankreich und Italien) Gewerkschaftler. So sind rund 19 Millionen der etwa 77 Millionen Arbeitnehmer der EWG gewerkschaftlich organisiert. Diese Quote von etwa 25 v. H. Organisierter liegt nun zwar nicht wesentlich unter den deutschen Verhältniszahlen. Dennoch kommt in ihr insofern eine deutliche Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in der EWG zum Ausdruck, als wir auf drei Verbände stoßen, die auch gegeneinander arbeiten. Zudem schwankt der Anteil der Organisierten in den einzelnen Ländern sehr deutlich. Frankreich mit nur 12 v. H. Gewerkschaftsmitgliedern unter den Arbeitnehmern in der Industrie stellt dabei das schwächste Glied dar.

2. Der EWG-Vertrag regelt zwar den Ab-bau der internen Handelsschranken und die Einführung der Freizügigkeit für Arbeit und Kapital. Keineswegs in gleichem Maße wird aber auch für eine Harmonisierung der Sozialgesetzgebung der Mitgliedstaaten gesorgt. Nur wenn durch unterschiedliche nationale Regelungen Kostenunterschiede für die Industrie-Produktion und damit Wettbewerbsverfälschungen auftreten, regelt der EWG-Vertrag soziale Fragen wie den Grundsatz des gleichen Lohnes für Mann und Frau, die Sicherung der Gleichwertigkeit der nationalen Ordnungen der bezahlten Freizeit, die Angleichung der Überstundenzuschläge in der EWG an das französische Niveau. — Hinsichtlich „des Arbeitsrechtes und der Arbeitsbedingungen“, des „Koalitionsrechtes und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ hat die EWG-Kommission lediglich die Aufgabe (Art. 118), „eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten . . . zu fördern“. Die nationale Gesetzgebung in diesem Bereich ist aber sehr unterschiedlich und räumt den Gewerkschaften stark voneinander abweichende Gestaltungsmöglichkeiten ein.

Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Ja. Einmal wird der Beitritt Englands und der nordischen Staaten die freie Gewerkschaftsbewegung der EWG erheblich stärken und ihr auf der Arbeitnehmerseite die eindeutige Führerrolle im Kampf um den sozialen Fortschritt übertragen. Andererseits liegt es an den Gewerkschaften selbst, mit Nachdruck die im EWG-Vertrag liegenden juristischen Möglichkeiten (Art. 121, 235) zu nutzen, um auch für ihren Bereich europäische Lösungen zu fordern. F. C.

Sozialistische Internationale zieht Bilanz

Es hat nach dem Ende des zweiten Weltkrieges bis zum Jahre 1951 gedauert, ehe sich die Parteien des demokratischen Sozialismus zu einer Internationale mit festen Statuten wieder zusammenfanden. Die Gründe dieser Verzögerung können hier nicht behandelt werden; einer der wesentlichen war, daß der Aufbau einer friedlichen Welt nach dem Sieg der „antifaschistischen“ Front über die „Achsenmächte“ vor immer größere Schwierigkeiten gestellt wurde, bis schließlich nach dem Staatsstreich in der Tschechoslowakei, der Blockade von Berlin und dem Ausbruch des Koreakrieges der Gegensatz zwischen „Ost“ und „West“ sich geistig, machtpolitisch und militärisch unzweideutig verfestigt hatte.

In den Reihen der demokratischen Sozialisten war man sich einig, daß die Internationale eines Programmes bedurfte. Die langen Diskussionen über seinen Inhalt zeigten nur, wie notwendig es war. Schon die Kennzeichnung „demokratischer“ Sozialismus war neu — auch die Kommunisten preisen ja ihre Ansichten und „Errungenschaften“ als sozialistisch an, während sie der Demokratie Lippenbekenntnisse nur in Richtung auf die „Volksdemokratie“ zollen. Das eindeutige Bekenntnis zum demokratischen Weg zum Sozialismus und zum demokratischen Staat des Sozialismus war zunächst keineswegs für alle selbstverständlich. Ein weiterer Schritt nach vorn war die eindeutige Absage an

jede Geschichtsmetaphysik mit Voraussetzungen über „naturnotwendig“ verlaufende Entwicklungen zum Sozialismus. Die Folge war der Appell an Einsicht, Tatkraft und Verantwortungsbewußtsein der Sozialisten, das Schicksal des Sozialismus in die eigenen Hände zu nehmen. Eine andere grundlegende Erkenntnis war der Verzicht auf eine einheitliche weltanschauliche Begründung für die Teilnahme des einzelnen am solidarischen sozialistischen Befreiungskampf, der der Menschheit Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und den Respekt der Würde des Menschen bringen soll. Diese undogmatische Offenheit zeigte sich denn auch in der Behandlung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Fragen, bei der ein erheblicher Teil vorgefaßter Meinungen über bestimmte Sachlösungen überwunden wurde.

*

Dieses Dokument, das sich damals bescheiden nur eine „Erklärung“ nannte, ist leider zu wenig bekannt geworden. Es war in Wirklichkeit die Grundlage für die neuen Programme, die sich seitdem alle Parteien Europas gegeben haben. Und wenn die Internationale nichts weiter erreicht hätte als diesen kraftvollen Anstoß zur Neubestimmung und zur Selbstverständigung auch auf der Basis nationaler Parteien — dann hätte sie schon etwas sehr erhebliches zustande gebracht.

Wie fruchtbar diese „Erklärung“ gewesen ist, zeigt sich aber vor allem darin, daß sie

die Probe auf die Erfahrung bestanden hat, die ja ein Programm erst als sinnvoll, weil richtunggebend, ausweist. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Veröffentlichung ihrer „Erklärung“ hat jetzt die Internationale eine Art politische Bilanz gezogen, deren Ergebnis der Generalrat in Oslo am 4. Juni 1962 veröffentlicht hat unter dem Titel „Die Welt von heute — sozialistisch gesehen“. Die neue Erklärung bestätigt die grundsätzliche Haltung des Dokuments von 1951; die jetzt vorgenommene Analyse zeigt, wie sehr die vom demokratischen Sozialismus postulierten Grundsätze in der Welt noch weitgehend mißachtet werden und wie müheelos aus ihnen sozialistische Forderungen an Staat und Gesellschaftsaufbau zwingend abgeleitet werden können. Das betrifft nicht nur europäische Fragen — an der Beratung des neuen Dokuments haben auch nichteuropäische Parteien teilgenommen, die es — trotz völlig anderer Umstände in ihrer Heimat — ebenso billigen konnten wie die Europäer. Aber auch die Europäer konnten ihrerseits die Programmatik für die nichteuropäischen Länder einsehen und ihr zustimmen. Die Internationale hat damit einen erheblichen, wenn auch keineswegs den letzten Schritt getan, um zu beweisen, daß wenigstens die sozialistische Welt „eine und unteilbare Welt“ ist, deren Einheit trotz der Vielfalt ihrer Erscheinungen einer uralten Vision entspricht, die mehr ist als bloße Utopie.

W. E.

DGB auf dem Wege nach Godesberg?

Seit mehr als zwei Jahren haben einige Ausschüsse des DGB-Bundesvorstandes an der Abfassung der Texte eines neuen Programms gearbeitet. Viel ist davon nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Sollte das Interesse an einem gewerkschaftlichen Grundsatzzprogramm doch nicht mehr so die Öffentlichkeit faszinieren, wie das in der Mitte der 50er Jahre noch der Fall war? Der Trend zur gegenseitigen Anpassung der Programme nahezu aller Parteien scheint eine solche Feststellung zu bestätigen.

Die neuen Entwürfe zum Grundsatzzprogramm des DGB, das an die Stelle des bisherigen Münchener Programms von 1949 treten soll, tragen dieser Grundhaltung des übergroßen Teiles der Bevölkerung Rechnung. Das Münchener Programm, im Sprachstil ziemlich unbeholfen und auch recht abgenutzt, war in der Sache allzusehr an der damaligen wirtschaftlichen Mangel-lage orientiert. Die Vorstellungen einer dynamischen, d. h. einer ständig wachsenden Wirtschaft waren ziemlich unbekannt. Wo es sich um das verfassungspolitische

Problem der Machtkonzentration in der Wirtschaft handelte, hatte man das alte hausbackene Rezept von der Überführung in Gemeinwirtschaft zur Hand. Teils glaubte man auch, diese „sozialisierten“ Wirtschaftszweige für die staatliche Lenkung der Wirtschaft nötig zu haben.

Die beiden neuen Programmentwürfe des DGB tragen der modernen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung. Während sich der sozialpolitische Entwurf im großen und ganzen auf die Aufzählung der hinlänglich bekannten Forderungen und Vorstellungen der Gewerkschaften beschränkt, zeugt der wirtschaftspolitische Teil von einer Änderung der Betrachtungsweise. So erkennt der Programmentwurf im Gegensatz zum Münchener Programm die zentrale Bedeutung, die einer wirklichen Wachstumspolitik in der Wirtschaft zukommt. Das geht aus dem Anfangskapitel „Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum“ hervor. Daß eine solche Wachstumspolitik eine entsprechende bzw. koordinierte Lohnpolitik erfordert, wird allerdings nur indirekt angedeutet. Man

darf aber anmerken, daß sich die Verfasser dieses Programms darüber wohl klar waren, als sie unter dem Abschnitt „Volkswirtschaftlicher Rahmenplan“ eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ein Nationalbudget forderten. Dieses Budget soll zwar nur für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich sein, „aber auch den Wirtschaftsbereichen die notwendigen Orientierungsdaten“ liefern. In diesem Zusammenhang wird die Freiheit der Tarifparteien zu Recht als unabdingbar postuliert, allerdings nicht nur aus wirtschaftspolitischen Erwägungen, sondern aus freiheitlichen und verfassungsrechtlichen Gründen. Man möchte hinzufügen: „Auch wenn das etwas kosten sollte!“

Daß die Verteilung des Sozialproduktes ungerecht ist, kann auch der DGB-Entwurf nur konstatieren. Leider findet man kein Kriterium, woran die Gewerkschaften den Gerechtigkeitsgrad bei einer andersartigen Verteilung des Sozialproduktes messen wollen. Die Forderung nach einem höheren Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt wird mit dem Hinweis, daß hier die Voraussetzung für eine breite Vermögensstreueung liege, etwas konkretisiert.

Unter den in Abschnitt „Grundlagen und Mittel der Wirtschaftspolitik“ aufgeführten „Mitteln“ findet sich eines, das sich noch der Aufmerksamkeit der Delegierten des DGB-Bundeskongresses erfreuen wird: „Öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht.“ Interessant erscheint dabei, daß sich der DGB von der Vorstellung, man könne dieses Problem durch „Sozialisierung“ lösen, frei gemacht hat. Folglich hat man auch auf einen Katalog sog. „sozialisierungsreifer“ Industrien verzichtet. Der Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht will der DGB-Entwurf durch ein System öffentlicher Kontrollen entgegenzutreten. Ein Katalog solcher Kontrollinstrumente wird aufgeführt. An oberster Stelle soll (als schärfstes Mittel) die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum stehen. Was man unter Schlüsselindustrien versteht, wird nicht gesagt.

Die weiteren Abschnitte des Entwurfs — Wettbewerb, Mitbestimmung, technischer Fortschritt und internationale Zusammenarbeit — sowie die Bemerkungen zu den Einzelbereichen der Wirtschaftspolitik, wie Finanz- und Steuerpolitik, Energiepolitik, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, Agrar- und Verbraucherpolitik, decken sich weitgehend mit den in den letzten Jahren vom DGB stets vertretenen Auffassungen. Im Abschnitt „Wohnungspolitik“ hätte man sich etwas mehr Entschiedenheit gewünscht. Wer der Meinung ist, daß zur Gesellschaftspolitik in erster Linie auch Familienpolitik gehört, sollte nach Wegen suchen, dem jetzigen wohnungspolitischen Pro-

rororo

Romane 1,90

• J.-P. Sartre, Der Aufschub

Lion Feuchtwanger
Der falsche Nero

Irving Schulman
West Side Story

Leo Slezak, Rückfall

John Cheever
Die lieben Wapshots

Henry Cecil
Was zu beweisen war ...

Kriminalromane 1,90

P. Boileau-Th. Narcejac
Ich bin ein anderer

P. Boileau-Th. Narcejac, Das
Geheimnis d. gelben Geparden

Klassiker 1,90

Römische Satiren (Dreifachband)

Wissenschaft 2,20

Harrison E. Salisbury
Die zerrüttete Generation
Konrad Wachsmann
Wendepunkt im Bauen

Monographien 2,80

THOMAS WOLFE
darg. v. Herbert Joseph Muller

• **Doppelbände**

Neu im September

gramm der Bundesregierung (Motto: Je größer die Familie, um so kleiner die Wohnungen) etwas Wirksames entgegenzusetzen.

Die allgemein gehaltenen Ziele des Entwurfs sind vernünftig. Auf ihrer Basis wird der gewerkschaftspolitische Praktiker in den nächsten 10 Jahren mehr an sozialer Weiterentwicklung erreichen, als das alte Grundsatzprogramm ermöglichen konnte. Der Spielraum für gewerkschaftspolitische Aktionen wird größer. Gerade das scheint uns heute nötig.

In dem Entwurf sind vor allem drei Punkte von erheblicher Tragweite: Erstens die zentrale Bedeutung, die der DGB einer Wirtschaftspolitik des stetigen wirtschaftlichen Wachstums zumißt; zweitens die klare Trennung zwischen „Zielen“ und „Mitteln“ in der Sozialisierungsfrage; drittens das eindeutige Primat des „Politischen“ gegenüber dem „Ökonomischen“. Deutlich scheint uns dies in der Mitbestimmungsforderung zum Ausdruck zu

kommen. Die Mitbestimmung berührt die Struktur, d. h. die Verfassung unserer Demokratie; denn die Machtkonzentration in der Wirtschaft ist ein verfassungspolitisches Problem. Mitbestimmung in der Wirtschaft ist der konstitutionelle Niederschlag des Versuchs, die Herrschaft der Gesellschaft über die Wirtschaft wiederherzustellen.

In diesen drei Punkten des Programmentwurfs liegt — bei aller Verschiedenheit in den Nuancen — die nahe Verwandtschaft zum Godesberger Programm der SPD.

Daß der DGB einen neuen Programmentwurf zur Diskussion stellt, geschieht offenbar deshalb, weil die Organisation sich den modernen gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen muß. Diese „Gegebenheiten“ liegen heute weniger in den unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Gruppen und Parteien als vielmehr in den Methoden der politischen Auseinandersetzung.

K.

Engpaß Wissenschaftspolitik

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie hat die Mehrheit des Bundestages im Haushalt dieses Jahres die Mittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und für die freie wissenschaftliche Forschung empfindlich gekürzt. Schon jetzt zeigen sich die Auswirkungen dieser kurz-sichtigen Entscheidung in einer Resignation vieler Hochschullehrer und in der Einschränkung wissenschaftlicher Forschungsprojekte, die für viele Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens und für unsere Geltung im Ausland von Gewicht sind.

Dabei gründeten sich die Vorschläge der SPD auf die bisherigen Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Diese Arbeitsgrundlage für den Ausbau unserer Hochschulen ging von einer Zahl von rund 200 000 Studenten aus. Schon heute jedoch sind diese Zahlen überholt, und in den nächsten Jahren ist mit einem erheblichen Anwachsen der Studentenzahlen zu rechnen. Vorsichtige Schätzungen sprechen von 300 000 Studenten. Es kommt hinzu, daß die Baupreise gestiegen sind, was auf das Bauprogramm der Hochschulen natürlich nicht ohne Einfluß geblieben ist. Vorliegende Berechnungen gehen davon aus, daß wir für die nächsten 10 Jahre im Durchschnitt das Dreifache der Mittel für die Förderung der Wissenschaft ausgeben müssen wie bisher, wenn die Studenten nicht von den Hochschulen abgewiesen werden sollen. „Wegen Überfüllung geschlossen“, so wird es bald an vielen Universitäten heißen, wenn wir der Wissenschaftsförderung nicht rasch den

Rang in der allgemeinen Staatspolitik einräumen, der ihr zukommt.

Der Bundesminister des Innern hat in seinem ersten Amtsjahr die Wissenschaftspolitik zu einem Stilproblem gemacht. Er fand überall freundliche Worte und stellte hier und da unverbindliche Zusagen in Aussicht. Aber die Sachprobleme, um die es geht, schob er, wie sein Vorgänger, vor sich her. Bis heute hat die Kulturabteilung des Innenministeriums noch keinen Leiter, von dem man wüßte, daß er dort bleibt. Der Dualismus zwischen dem Atomministerium und dem Innenministerium droht den Zusammenhang von Natur- und Geisteswissenschaften in der Förderung zu sprengen. Das vom Innenministerium angekündigte Forschungsgesetz ist seit Monaten angeblich in Arbeit, ohne daß bisher ein Entwurf veröffentlicht wurde. Der Minister läßt gelegentlich durchblicken, daß er dieses Gesetz nur deshalb angekündigt habe, um bei den Verhandlungen mit den Ländern über ein Verwaltungsabkommen einen Druck auf die Länder ausüben zu können. Dieses Abkommen wiederum ist auch noch nicht abgeschlossen worden.

Mit einem Wort gesagt: In der Wissenschaftspolitik wird „gepackelt“, aber nicht gestaltet.

Die SPD sollte an ihrer Forderung nach einem Forschungsförderungsgesetz festhalten. Dieses Gesetz muß die Bundesregierung verpflichten, in jedem Jahr dem Parlament einen umfassenden Bericht über Stand und Probleme der Wissenschaftspolitik zu

erstatten. Die Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, die Stellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftsrates müssen verankert werden, und das Gesetz wird dann materiell auszufüllen sein durch weiterführende Abkommen zwischen den Ländern und dem Bund. Die SPD sollte auch die Anregung prüfen, die der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Hess, jetzt zur Diskussion gestellt hat. Er schlägt vor, ein Ministerium für die Wissenschaftsförderung zu schaffen. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob man das Atomministerium in dieser Weise ausgestaltet oder ein neues Ministerium aufbaut. Jedenfalls bedarf die Wissenschaftsförderung innerhalb der Bundesregierung einer Koordinierung und einer nachdrücklichen Vertretung im Kabinett.

Wenn man davon ausgeht, daß es allmählich an der Zeit ist, auch eine europäische Kulturpolitik in ihren Grundzügen zu entwickeln, dann läßt sich das ohne eine Vertretungsbefugnis der Bundesregierung in der Wissenschaftspolitik (und in der auswärtigen Kulturpolitik) überhaupt nicht ernsthaft ins Auge fassen.

Unmittelbar nach der Sommerpause des Bundestages will die Bundestagsfraktion der SPD die Bundesregierung und ihre parlamentarische Mehrheit vor die Frage stellen, welche Wissenschaftspolitik sie zu betreiben gedenkt. Die gegenwärtige Opposition muß der Regierung dabei mit durchdachten und auf lange Sicht angelegten Vorschlägen behilflich sein können, falls die Regierung dem Parlament, wie bisher, eine Fehlanzeige erstatten sollte. —r

Die „lammfromme Presse“

Wie schon des öfteren, äußerte Konrad Adenauer auch auf dem Dortmunder Parteitag der CDU seinen Unmut über die Presse, die ihm „unbotmäßig“ erscheint. Adenauer wollte sogar den Verlust der absoluten Mehrheit der CDU mit mangelnden Pressekontakten seiner Partei erklären, und schließlich zeigte er sich daran interessiert, die Tatkraft des soeben zum geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden gewählten Josef Hermann Dufhues auf die Pressearbeit einzuengen.

Dufhues machte sogleich klar, daß er mehr sein will als nur ein Public-Relations-Manager der CDU. Aber erst anderthalb Monate später ging er ganz aus sich heraus. In Düsseldorf, wo er damals noch als Innenminister amtierte, forderte Dufhues mehr Mut vor der Presse. Er fand die ständigen Abdrucke von Mitteilungen der Politiker, Parteien, Behörden und Verbände „lammfromm“ und vermißte bei den Journalisten, die statt mit Initialen lieber mit ganzem Namen zeichnen sollten, kritische Kommentare. Schließlich wollte Dufhues die journalistische Courage gar durch Ausschreibung von Preisen nach Art des amerikanischen Pulitzerpreises angespornt wissen.

Wie Schröder, hat auch Dufhues erkannt, daß ein Politiker der CDU, der an die Zukunft denkt, sich am Ende der „Aera Adenauer“ abheben muß von der Masse der Mitläufer. Aber seine Äußerungen über die Presse sind nicht nur ein Ausdruck dieser allgemeinen taktischen Einsicht. Höchstwahrscheinlich ärgert es einen Mann wie Dufhues auch, daß so viele journalistische Konformisten es ganz und gar verlernt haben, politischen Fragen selbständig auf den Grund zu gehen. Damit wurden sie ja auch untauglich für die Aufgabe, eventuellen neuen Königen den Weg zu bahnen.

Der Ärger des behinderten Thronanwärters ist nachzufühlen, und er ist durchaus legitim. Unsere von Ambitionen freie Betrachtungsweise will freilich die Presse nicht nur als Königsmacher sehen, sondern ganz allgemein als das Organ, das unserer Massengesellschaft geschichtliches Bewußtsein und Hilfe zur Volks- und Personwerdung gibt, unserer Gruppen- und Verbandswirtschaft zur Integration und unserer pluralistischen Gesellschaft zur Toleranz verhilft. Sieht man die Presse so, dann ist sie allerdings erst recht keine Zierde der Bundesrepublik. id

Nicht mehr „Bürgerblock“

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat die SPD das Wahlziel erreicht, daß die FDP sich gesteckt hatte: Sie hat die absolute Mehrheit der CDU gebrochen. Aber obwohl die FDP dann von der CDU in die Koalition hineingenommen wurde, ist ihr Schrecken groß. Sie blieb mit 6,9

v. H. der Stimmen noch unter dem Ergebnis der Landtagswahlen von 1958.

Die Wahlniederlage der FDP im Jahre 1958 war allgemein der Abneigung gegen das „Jungtürken-Experiment“ von 1956 zugeschrieben worden. Damals war die FDP aus der Koalition mit der CDU aus-

gebrochen und hatte zusammen mit den Sozialdemokraten in Düsseldorf regiert. Daran, daß die Drohungen der CDU mit der Einführung des Mehrheitswahlrechts den „Jungtürken“ der FDP den Mut zu jenem Schritt gegeben hatte, der außerdem vorgezeichnet war durch die außenpolitischen Differenzen mit der Partei Adenauers wagte kaum jemand zu erinnern.

Als Erich Mende dann im Bundestagswahlkampf 1961 die Losung ausgab: „Nie-
mals mit der SPD, aber auch niemals mit Adenauer“, da schien das Rezept für die Freien Demokraten gefunden zu sein. Sie waren der große Gewinner der Bundestagswahl. Daß Mende anschließend vor Adenauer kapitulierte, sollte vergessen sein — so wünschte es sich der Parteitag der FDP in Düsseldorf. Und auch Weyer, der Chef der nordrhein-westfälischen FDP, vergaß über diesem Wunsche die Wirklichkeit; er hatte als „Jungtürke“ redlich mitgeholfen, die SPD in ihrer neuen Gestalt zu sehen, schwor aber jetzt seinen Erkenntnissen ab und

wollte, wie Mende in Bonn, in Düsseldorf die Wähler anziehen, indem er versprach: Niemals mit den Sozialdemokraten! Aber die FDP mußte für Mende's Koalition noch härter büßen als zuvor für das „Jungtürken“-Experiment! Sie verlor absolut und relativ an Stimmen. Die nunmehrige „Koalition der Verlierer“ in Düsseldorf hat es nicht leicht. Hat sie die Zeichen der Zeit erkannt? Das neue Kabinett des Ministerpräsidenten Franz Meyers ist die Landesregierung mit dem geringsten Durchschnittsalter; 6 der Minister sind noch nicht 45 Jahre alt.

Immerhin spricht auch niemand mehr von einem „Bürgerblock“, wenn sich CDU und FDP zusammentun. Die einen wie die anderen wissen wohl, daß derlei Klassenkampfvokabeln, gestern noch modern, heute nicht mehr angemessen sind. Nur müssen aus solchem Wandel auch praktische Konsequenzen gezogen werden. Für die FDP sollte jedenfalls die Zeit vorbei sein, da sie ihr „Jungtürken“-Experiment als Wurzel allen Übels ansah. id

Geschichtsbilder in Deutschland

Von Dr. Harry Pross, Salmers (Allgäu)

I.

Im Jahre 1931, kurz vor seinem Tode, begann Friedrich Gundolf ein Buch über die deutsche Geschichtsschreibung von Herder bis Burckhardt. Er kam nicht über die Einleitung hinaus. Edgar Wind hat das Fragment dann in Amsterdam veröffentlicht.

Gundolf betrachtete die Geschichtsschreibung als literarische Gattung. Darum griff er einleitend auf den Mann zurück, der als Schöpfer der deutschen Schriftsprache gilt, Martin Luther.

Luthers sprachbildnerische Tat ging mit dem religiösen Umsturz zusammen. Er riß die Deutschen „aus dem gesamteuropäischen Gefüge“ heraus, und der Kaiser, der bestimmt war, die europäische Einheit zu verteidigen, fühlte sich in erster Linie als Hüter der Kirche, nicht als ein Deutscher.

Deutschland war, wie Gundolf bemerkte, gewöhnt, seine Kaiser mit Ost und West zu teilen. Seine Bewohner verhielten sich unter den „hochentrückten Baldachinen“ ihrer „Karle, Ottonen, Heinriche und Friedriche“ nicht „als eine Einheit, sondern als ein Gewimmel“, „als Franken, Sachsen, Schwaben, Hessen, Böhmen, als Bückeburger, Anhalter und Detmolder, als Nürnberger und Rottweiler“. Sie hatten weder einen gemeinsamen dichterischen Genius noch einen Tyrannen, der sie in dieser Umbruchsituation unter sich geeint hätte. Das Gewimmel blieb ganz auf sich angewiesen. Die Selbstverständlichkeit, mit der in Humanismus und Renaissance die europäischen Völker sich zugleich als die Nachfahren Roms und als sich selber etablierten, fehlte den Deutschen. Es fehlte ihnen die naive Unbedenklichkeit, mit der Italiener, Franzosen und Briten ihre nationalen Eigenheiten in die gesamteuropäische Bildung einbezogen. Feindlich und mißtrauisch begegneten die Deutschen dem zugleich humanistischen und nationalen Entwurf, als sie ihre Schriftsprache ausbildeten. Ihre regionalen und sprachlichen Überlieferungen standen den übernationalen Denk- und Glaubenswerten unausgeglichen gegenüber. Wie der „hochentrückte Baldachin“ der Kaiser blieb der politische Humanismus dem deutschen Gewimmel unverbunden. „Das ist“, sagt Gundolf,

„weder ein Lob noch ein Tadel, sondern ein Verhängnis.“

Dieses Verhängnis gebar zwei Extreme: erstens das weltoffene kosmopolitische Ich als höchste Möglichkeit des Universalen in der deutschen Form; zweitens das weltabgewandte, im tiefsten Grunde a-politische und a-soziale Ich als niedrigste Möglichkeit des Nationalen in der deutschen Version.

Die „reine Menschlichkeit“ Goethes und die „reine Sachlichkeit“ der vielen Eichmänner entstammen demselben Grund. Sie sind verschiedene Typisierungen derselben Bildung, um nicht zu sagen Vorder- und Rückseite der selben Münze.

II.

Bisher haben wir von der Sprache und der Bildung gesprochen, von ihren modernen Anfängen in Deutschland, von ihrem Verhängnis, daß sie sich in der Mitte Europas entwickeln mußte, ohne mit dem Gesamtgefüge übereinzustimmen. Wollten wir die Geschichtsschreibung nun weiter als literarische Gattung behandeln, hätten wir die bildnerische Kraft, die bildschaffende Fähigkeit zu untersuchen. Was die Geschichtsschreibung zu Sprache und Bildung beigetragen hat, wäre eine Frage, eine andere, wie Bildung und Sprache die Geschichtslehre bestimmt haben. Bildung und Sprache kommen gewiß auch vor, wenn wir die Geschichtsschreibung nun nicht weiter als literarische, sondern als politische Gattung untersuchen, wie es die Frage nach dem „Geschichtsbild“ verlangt.

Edmund Burke hat in seinen unermüden Versuchen, der praktischen Erfahrung der Menschheit gerecht zu werden, den Denkern der französischen Aufklärung entgegengehalten, Politik sei eine nur praktische Wissenschaft und die Erfahrung in ihr dürfe nicht zu kurz sein.

Die Frage nach dem „Geschichtsbild“ ist eine ebenso praktische Wissenschaft, allein die Erfahrung mit dem Geschichtsbild sagt uns, was es eigentlich sei. Freilich müssen wir uns dabei bescheiden. Ein Bild ist nie das Ganze, ein Bild ist immer nur Ausschnitt, und wenn Gundolf zu Recht bemerkt, daß jedes Wesen die ganze Weltgeschichte voraussetzt und sie enthält, so

ist sie doch nicht sichtbar. „Geschichtsbild in Deutschland“ ist nur der deutsche Ausschnitt des Ganzen und läßt keine endgültige Erklärung, noch abschließende Ergebnisse zu. „Was wir von uns selbst wissen“, schreibt Gundolf, „ist nicht der millionste Teil dessen, was mit uns geschieht und was wir sind.“

Welche Erfahrung hat das Volk Goethes und der Eichmänner mit seinem Geschichtsbild gemacht?

Der Abstand zwischen dem „hochentrückten Baldachin“ der gesamteuropäischen Werte und dem „deutschen Gewimmel“ ist bis heute nicht ausgeglichen worden. Das ist die tiefgreifendste und alltäglich sichtbare Erfahrung mit dem Geschichtsbild in Deutschland. Sie hat das Geschichtsbild durch die Jahrhunderte bestimmt. Die Grundtatsache, daß nicht die Renaissance des Petrarca oder des Erasmus von Rotterdam, sondern die lutherische Reformation die deutsche Geschichte zeichnete, führte im 16. und weit ins 17. Jahrhundert hinein zur Verschärfung der innerdeutschen Widersprüche wie zur Entfernung Deutschlands aus der gesamteuropäischen Entwicklung. Die Geschichtsschreibung hatte entweder lokalen oder allgemein philosophischen Charakter. Das Geschichtsbild variierte je nach der Herrschaft und der Religion des Herren. Cujus regio eius religio war nicht nur ein konfessioneller Zwang. Der Grundsatz des Augsburger Religionsfriedens wirkte tief in die Vorstellung von der Welt, in das Benehmen der Leute hinein.

Zwischen den „hochentrückten Baldachin“ Europas und das Gewimmel schoben sich die kleinen Baldachine der kleinen Herren und versperrten die Aussicht erhehlich.

Der 30jährige Krieg, noch ein religiöser Krieg, aber schon ein politischer, verbesserte nichts. Er mußte als eine sinnlose Grausamkeit erscheinen. Und das war er auch. In das Geschichtsbild der Zeitgenossen, man denke an den Simplizissimus des Grimmelshausen, brachte er einen fast unchristlichen Fatalismus. Die Machtlosigkeit des Individuums schien die Grunderfahrung für alles geschichtliche Wesen.

So ging Deutschland als eine fatal geschlagene Gesellschaft aus dem Zeitalter der Glaubenskriege hervor. Aber selbst in der totalen Schicksalsergebtheit verlangt der Mensch nach einem Sinn. Die Frage, warum sie zu leiden hatten, war für die Deutschen jener Zeit schon der starken religiösen Komponente der Kriegsergebnisse wegen mehr eine metaphysische als eine historisch-politische Angelegenheit. Die Vermischung von Konfession und Politik, die Nachbarschaft des Krieges zur Glaubenssphäre mußte nicht nur bei schlich-

ten Gemütern die Neigung bestärken, die Antwort auf die Sinnfrage in außerhistorischen Kategorien zu suchen.

Die Widersprüche, die sich nicht ausgleichen ließen, waren vielleicht überhaupt unauflösbar? Vielleicht waren sie absolut, außerhalb der menschlichen Reichweite und keinem historischen Wandel unterworfen?

Das ausgehende 17. Jahrhundert, das in Westeuropa den historischen Starrsinn auflockerte, vertiefte in Deutschland den Abstand zwischen den Prinzipien und den historischen Entwicklungen. In ihm ist eine der Ursachen dafür zu finden, daß das „Schicksalhafte“ der Geschichte später zu so großem Ansehen gelangte. Widersprüche, Konflikte, Mächte, die sich beharrlich genug erwiesen, wurden sozusagen aus der Geschichte herausgenommen und als eigene Wesenheiten postuliert.

In dieser Entwicklung hat man auch die Anfänge der Befangenheit in kategorialem Denken zu suchen. Immer mehr wurden philosophische oder religiöse Kategorien herangezogen, wo Beobachtung der Zusammenhänge vollauf genügt hätte, um soziale Vorgänge zu erklären. Es begann die Lust am Verabsolutieren, die den Verlust der relativierenden Verständigungsmöglichkeiten mit sich brachte.

Im Vergleich mit Westeuropa ist darauf hinzuweisen, daß diese Schwächung des anschaulichen geschichtlichen Denkens in Deutschland gerade in den Jahrzehnten erfolgte, in denen Hobbes, Locke und Hume in England, Montesquieu und Voltaire in Frankreich angingen, das Geschichtsbild zu verändern. Sie mischten geschichtliche Beobachtung mit humanistischer Grundeinstellung und brachten dadurch die politische Theorie zur Blüte, die keineswegs antihistorisch gewesen ist, wie die deutschen Romantiker später behaupteten.

Nur einer aus der Schar der deutschen Geschichtsbildner jener Jahrzehnte kam ihnen nahe: Johannes Althusius, Magistratsbeamter in Emden. Justus Möser von Osnabrück wurde für den Patriotismus wichtig, nicht aber für den politischen Humanismus.

Im Ergebnis vertiefte die deutsche Suche nach schicksalhaften Wahrheiten die Kluft zwischen den Baldachinen und dem Gewimmel. Die Aufmerksamkeit wurde vom Machbaren abgelenkt. Statt die Kunst des Zusammenlebens in der Geschichte zu verbessern, wurde die Kunstfertigkeit darauf verwendet, philosophische Axiome darzustellen oder gar die Geschichte selber als einen Baldachin zu malen, unter dem das Volk in gehöriger Entfernung dahinstrebt.

Das etwa war der Stand des nicht erreichten Ausgleiches, als die gesamteuropäische Aufklärungsbewegung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf Deutschland übergriff. Dort wurde sie von politischen Akteuren wie Friedrich dem Großen von Preußen und Kaiser Josef II. rezipiert, Männern, die nicht nur Geschichte schrieben, sondern Geschichte machten. Die wahrhaft großen Namen aber waren literarische: Lessing, Herder und Kant.

Für sie war Geschichte keine nationale, sondern eine menschheitliche Affäre. Lessing sprach von der „Erziehung des Menschengeschlechts“, Herder dachte über das „Prinzip der Geschichte der Menschheit“ nach, und Kant hatte die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“. Schiller las „Universalgeschichte“, und Wilhelm von Humboldt betrachtete die „bewegenden Ursachen der Weltgeschichte“.

Sie alle waren Protestanten, eingeschworen auf die freie Wahrheitssuche, kühle, vorurteilslose Geister — die Dreitausender im Massiv der lutherischen Kalkalpen und ihrer Vorgebirge. Das will sagen: Ihre Geschichtsdeutungen ragten über den oberen Rand des deutschen Geschichtsbildes hinaus, was ihren geringen Einfluß auf die allgemeine Geschichtsbildung der Nation erklären hilft.

Lessing gebührt das Verdienst, die menschliche Vernünftigkeit als eine göttliche Offenbarung in Beziehung zur Geschichte gesetzt zu haben. Der Mensch, sogar der deutsche, ist für ihn nicht einem unerforschlichen Räderwerk hilflos überantwortet. Es ist im Gegenteil sein Beruf, „das große langsame Rad, welches das Geschlecht seiner Vollkommenheit näher bringt“, durch „kleinere, schnellere Räder“ zu bewegen. „Geh deinen unmerklichen Schritt, ewige Vorsehung!“ bittet er im § 91 seiner „Erziehung“, „Nur laß mich dieser Unmerklichkeit wegen an dir nicht verzweifeln! — Laß mich an dir nicht zweifeln, wenn selbst deine Schritte mir scheinen sollten zurückzugehen! — Es ist nicht wahr, daß die kürzeste Linie immer die gerade ist.“ Jeder einzelne muß die Bahn durchlaufen, aus der das Menschengeschlecht zur Vollkommenheit gelangt. Er muß vergessen, und es ist gut, daß er vergessen kann, denn „die Erinnerung meiner vorigen Zustände würde mir nur einen schlechten Gebrauch des gegenwärtigen zu machen erlauben (§ 99).“ Und, so schließt er, daß Zeit verloren geht auf den vielen Seitenschritten, bedeutet nichts: „... was habe ich denn zu verlieren? Ist nicht die ganze Ewigkeit mein?“

Lessings kritische Vernünftigkeit setzte Kant fort. Der Mensch, dieser ungesellige Geselle, sucht Gesellschaft und will sich zugleich isolieren. Aus diesem Antagonismus heraus muß er „eine allgemein das Recht verwaltende bürgerliche Gesellschaft“ erreichen. Kant nennt sie eine republikanische Verfassung, eine, die den Kampf der Widersprüche verträglich regelt. Für die Idee einer vorgegebenen Harmonie hat er nichts als Spott und Hohn: „Ohne jene, an sich nicht liebenswürdige Eigenschaften der Ungeselligkeit, woraus der Widerstand entspringt, den jeder bei seinen selbstsüchtigen Anmaßungen notwendig antreffen muß, würden in einem arkadischen Schäferleben, bei vollkommener Eintracht, Genügsamkeit und Wechselseiße, alle Talente auf ewig in ihren Keimen verborgen bleiben“, meint er; „die Menschen, gutartig wie die Schafe, die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat; sie würden das Leere der Schöpfung in Ausführung ihres Zweckes, als vernünftige Natur, nicht ausfüllen.“

Diese tätige, auf Vernunft und Erkenntnisdrang aufbauende Geschichtsvorstellung von Lessing und Kant wurde in der deutschen Historiographie nicht wieder eingeholt. Kant selber verwahrt sich in den letzten Zeilen seiner „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ gegen den Einwand, daß er die bloß empirisch abgefaßte Historie verdrängen wolle. Beides, der philosophische Kopf und die Kenntnis der Tatsachen, gehöre zusammen. Leider sind sie selten zusammen aufgetreten.

Schon Herder, der seine Ideen zeitlich zwischen Lessing und Kant entwickelte, war weniger auf diesen Ausgleich bedacht. Er begründete die lange Reihe von Geschichtsdeutungen aus dem postulierten Gesetz der Geschichte selber, die man Geschichtsphilosophie nennt.

Wenn wir bei unserem einfachen Bild vom Baldachin und dem Gewimmel bleiben, können wir sagen, Herder verschob, entrückte die Geschichte in die Höhe des Baldachins. Sein Gesetz gilt unerbittlich. Von dort erhält das Gewimmel Richtung und Sinn, es ist in Wahrheit nur Glied einer Kette, an der sich die Menschheit zur Humanität bildet. Der Mensch ist „eine künstliche Maschine, zwar mit genetischer Disposition und einer Fülle von Leben begabt; aber die Maschine spielt sich nicht selbst, und auch der fähigste Mensch muß lernen, wie er sie spiele! Die Vernunft ist ein Aggregat von Bemerkungen unserer Seele; eine Summe der Erziehung unseres Geschlechts, die, nach gegebenen fremden Vorbildern, der Erzogene zuletzt als ein fremder Künstler an sich vollendet.“ Die

Prinzipien der Philosophie, die in dieser Gesetzmäßigkeit waltet, heißen „Tradition und organische Kräfte“.

Nachahmung und Übung, oder, wie Herder sagt, „Übergang des Vorbildes ins Nachbild“, Überlieferung ist das Ein und Alles der Geschichte.

Wiewohl Herder nichts Geringeres als die Ausbildung reiner Menschlichkeit zum Ziele hatte, wurde sein Geschichtsbild zum Modell jener ganzheitlichen Geschichtsvorstellungen, in denen ein Prinzip den ganzen Ablauf bestimmt und die menschliche Freiheit zu kurz kommt. Dieses Prinzip hieß bei Herder die Philosophie, bei Hegel der sich entfaltende Weltgeist, bei Karl Marx Klassenkampf, um nur die größten seiner Nachfolger zu nennen. Geringere Geister haben dasselbe Prinzip dann ins Nationale verengt. Für sie war nicht mehr die „Weltgeschichte das Weltgericht“ wie für Hegel, sondern die nationale Geschichte hatte diese Funktion.

Das Bild des vorwärtstreibenden Geschichtsrades, das sich schon bei Lessing fand, kam in der Folge um so häufiger vor, als sich im täglichen Leben die Räder mehrten. Das ineinandergreifen von Rädern, das Räderwerk wurde zum immer wichtigeren Bestandteil der Kultur, was wunder, daß die Leute sich ihre Geschichte zunehmend als einen geschlossenen Mechanismus vorstellten, aus dem auszubrechen weder ratsam noch möglich war.

IV.

Damit bekamen auch die Kolossalgemälde der menschlichen Gesellschaft als einer vorbestimmten Harmonie Räder. Leibnizens beste aller Welten und Rousseaus Idealstaat verbanden sich dem Anblick des rollenden Wagens. Der Fortschritt in der Geschichte und die Geschichte als Räderwerk wurden zu Lieblingsbildern des 19. Jahrhunderts. Aus dem Glücksrad der Fortuna wurde das „Rad der Geschichte“.

Darüber wurde die Grundwahrheit vergessen, daß der geschichtliche Fortgang nicht gleichmäßig erfolgt und daß Fortschritte in einer Richtung mit Rückschritten auf anderen Gebieten verbunden sein können. Der Prozeß ist mit einem Rezeß gekoppelt. Der Fortschritt bringt uns dem ewigen Heil nicht näher; was auf der einen Seite verbessert wird, gerät auf der anderen in Verlust. Die Denker des 18. Jahrhunderts hatten das noch gewußt: „Obwohl ich in großer Eile bin“, sagt Voltaire's Candide, „Fräulein Kunigunde wiederzusehen, möchte ich doch gerne mit Fräulein Clairon soupieren...“ Einen Ausgleich zu finden, war in solchen Situationen

schwierig, wenn nicht unmöglich, wie erst in der deutschen Gespaltenheit.

Nationale Eigenheit und Zugehörigkeit zu Europa, Humanität und Nationalität rückten im deutschen Geschichtsbild weiter auseinander. Das deutsche Volk, von dem Goethe 1813 zu L u d e n sagte, es sei so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen, ging den Weg zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts nach dem Gesetz weiter, unter dem es seit der Reformation angetreten war.

Machtpolitisch würfelten die beiden Zentren Wien und Berlin um die Vorherrschaft über das übrige, das dritte Deutschland, das nicht stark genug war, um die Führung zu übernehmen.

Idealpolitisch, das heißt im Kampf um die leitende Idee, bewegte alle der Fortschritt auf die Nation zu. Besonders im dritten Deutschland, das keine eigenen Privilegien zu verlieren fürchtete, bestimmte dieser Gedanke das Handeln. Österreich und Preußen hatten beide etwas aufzugeben, wenn sie in ein einheitliches Deutschland eintraten. Die Mittel-, West- und Süddeutschen konnten sich die Vervielfältigung ihrer Kraft erhoffen. Aus ihren Reihen kam die heftigste nationale und die verständigste wirtschaftliche Argumentation.

Denn das wurde in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts deutlich: Die nationale Einheit war nicht nur eine Sache des großartigen ideologischen Schwunges; sie war eine Zollangelegenheit, eine Aufgabe des Straßenbaus und der Eisenbahnen, eine zivilisatorisch-technische Herausforderung, eine wirtschaftspolitische Frage. Der alte Goethe neigte in seinen letzten Jahren dazu, die Einheitsfrage fast ganz diesen neuen Mitteln zu überlassen, während er sich von der Rivalität der beiden Zentren für die Volkskultur wenig versprach.

Ideologische Zielsetzung, machtpolitische Rivalität und wirtschaftspolitische Rationalisierungstendenz bestimmten also das Geschichtsbild widersprüchlich. Solange die Konkurrenz zwischen Wien und Berlin noch unentschieden war, bot diese Widersprüchlichkeit auch dem bürgerlichen Freiheitssinn genügend Spielraum. Die Anfänge der Demokratie, die in der 20jährigen Rheinbundzeit von Frankreich importiert worden waren, konnten Schritt für Schritt ausgebildet werden. Sie verschmolzen mit den regionalen Eigenheiten und erreichten in einzelnen Gebieten beachtliches Gewicht.

Gleichzeitig entwickelten sich aus dem Industrialisierungsprozeß erste Organisationen der benachteiligten Gruppen. Die Arbeiterbewegung fing an, sich zu formieren. Das alles zusammengefaßt hatte zur Folge,

daß von einem deutschen Geschichtsbild, je weiter das Jahrhundert fortschritt, um so weniger geredet werden konnte: das Demokratische entwickelte sich anders als das der Liberalen. In den einzelnen Mittelstaaten hatte jeder seinen besonderen Aspekt, und was die beiden Großmächte, Österreich und Preußen, anging, so waren sie durch Religion und ethnische Zusammensetzung, durch Lebensstil und Kultur gründlich unterschieden. Es leuchtet ein, daß diese Vielfalt, die das Bild sprengte, die nationale Bewegung zu verstärkten Anstrengungen provozierte. Das gewaltige Pathos des Einheitskampfes suchte sich eine äußere Grenze im Kult vom deutschen Rhein. Es fand einen innerdeutschen Halt in der heftigsten Wiederholung des Begriffes „deutsch“, der von den vierziger Jahren ab angeklebt und aufgepfropft wurde, wo immer noch ein bißchen Platz war. Von den Frauen bis zur Treue, von Zeitschriftennamen bis zur Apfelsorte suchte das Nationalgefühl sich zu beständigen.

Dieser große Aufschwung erreichte seinen Gipfel in der Revolution von 1848, ohne daß er sein Ziel in Besitz nehmen konnte. Der Zusammenbruch dieser nationalen Revolution hat das Geschichtsbild der Deutschen für die nächsten 100 Jahre bestimmt. Ihm wird zugeschrieben, daß die nationale Ideologie sich vom Gewimmel des Alltags noch weiter absonderte. Sie entrückte an den Horizont und überließ das praktische Leben sich selber. Mit anderen Worten: Die fast völlige Ausschaltung des bürgerlichen und Arbeiterelements aus der deutschen Politik der fünfziger und sechziger Jahre nahm den Deutschen als Gesamtheit die Praxis, in der allein verantwortliches politisches Denken gedeihen kann. Die später oft beklagte Maßlosigkeit der deutschen Nationalansprüche hatte ihre Wurzel in dieser Epoche der Reaktion nach der Erhebung von 1848. Wer seine politischen Sentenzen nur zu proklamieren braucht und nicht nötig hat, sie in der täglichen Kritik überprüfen zu lassen, kann auch nicht wissen, wie weit er mit ihnen kommen kann.

Das der revolutionären Bewegung aus der Hand geschlagene Geschichtsbild nahm schließlich Preußen an sich. Natürlich mußte es dabei einige Retuschen erfahren, die es für den neuen Zweck einer Vor-Macht in stand setzten.

Die deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts, ob sie nun Niebuhr, Rotteck, Gervinus, Ranke, Dahlmann oder noch anders hießen, hatten den Fortschritt auf den Nationalstaat zu als einen entscheidenden Prozeß erkannt. Die mit diesem Prozeß einhergehenden Rückschritte auf anderen Gebieten hatten sie

verschieden bewertet. Der eine fürchtete um die Kultur, der andere um bayerische Interessen, ein dritter sah unvermeidlich die harmlose Liberalität des Südwestens dabei untergehen. Sollte das deutsche Geschichtsbild der preußischen Sache dienen, mußten die Rezesse minimalisiert werden, damit die Führerrolle Preußens in um so hellerem Licht erstrahle.

V.

Diese Vereinfachung besorgte die sogenannte kleindeutsche Geschichtsschreibung, indem sie Österreich als undeutsch denunzierte. Sie verlängerte die preußische Bedeutung in die Vergangenheit und suchte den Eindruck zu erwecken, alles habe mit Verstand und Sinn auf die Kombination von 1866 und 1870 zulaufen müssen, eine andere Wahl habe es nicht gegeben. Der Zweck einer solchen Darstellung ist mit kritischer Wahrhaftigkeit im letzten Grunde unvereinbar. Mag sie auch in Einzelfragen Hervorragendes geleistet haben, so war diese Richtung ihrem Wesen nach doch genau das, was Friedrich Nietzsche 1871 die „monumentalische Betrachtung des Vergangenen“ nannte: „Ganze große Teile (der Vergangenheit) werden vergessen, verachtet und fließen fort wie eine graue ununterbrochene Flut, und nur einzelne geschmückte Fakta heben sich als Inseln heraus: an den seltenen Personen, die überhaupt sichtbar werden, fällt etwas Unnatürliches und Wunderbares in die Augen... Die monumentale Historie täuscht durch Analogien; sie reizt mit verführerischen Ähnlichkeiten den Mutigen zur Verwegenheit, den Begeisterten zum Fanatismus; und denkt man sich gar diese Historie in den Händen und Köpfen der begabten Egoisten und der schwärmerischen Bösewichter, so werden Reiche zerstört, Fürsten ermordet, Kriege und Revolutionen angestiftet und die Zahl... der Wirkungen ohne zureichende Ursachen von neuem vermehrt. So viel zur Erinnerung an die Schäden, die die monumentale Historie unter den Mächtigen und Tätigen, selten sie nun gut oder böse, anrichten kann: Was wirkt sie aber erst, wenn sich ihrer die Ohnmächtigen und Untätigen bemächtigen und bedienen.“

Nietzsche blieb nicht der einzige Warner. Aus derselben Stadt Basel, in der er zeitweilig lehrte, schrieb Jakob Burckhardt gegen den „siegesdeutschen Anstrich“ der deutschen Geschichte. Der Hannoveraner Onno Klopp und Constantin Frantz wandten sich gegen die preußisch-deutsche Vereinfachung, die nur allzu deutlich das Zeichen herrschaftlicher Zweckmäßigkeit als Kokarde trug. Theodor Mommsen, ein Vorkämpfer des

Nationalstaates, zeigte sich von seiner Verwirklichung schwer enttäuscht. Franz Mehring schrieb preußische und deutsche Geschichte auf der Basis der marxistischen Theorie, und Karl Lamprecht unternahm als erster einen großangelegten Versuch soziologisch-psychologischer Historie gegen das Vordergründige der offiziellen Staatsgeschichte.

Keiner der Opponenten siegte. Das Geschichtsbild des neuen Staates, der den alten Reichsbegriff wieder hervorholte, wurde von der Gruppe Sybel-Treitschke bestimmt, nicht von Jacob Burckhardt, nicht von Nietzsche, noch von Mehring oder Lamprecht. Heinrich von Treitschke wurde zuerst als Festredner auf dem dritten deutschen Turnfest 1863 der Nation bekannt. Danach hatte er ein für allemal direkte Beziehungen zu der kleinbürgerlichen Bewegung der „Ohnmächtigen und Untätigen“, die von den Entscheidungen ausgeschlossen waren. Glänzender Stilist, der er war, und fanatischer Nationalist, hat er bald zwei Jahrzehnte direkt ins Volk gewirkt, ein Antreiber, Rechtfertiger, Ruhmredner und doch kein Jasager. Als er 1896 starb, fehlte der Kranz des Kaisers bei seinem Begräbnis; aber die Idee vom darwinistischen Kampf der Arten hat er in das deutsche Geschichtsbild gebracht. Aus dem unbewußten, tierischen Erhaltungstrieb Darwins machte er etwas, das einem historischen Gesetz sehr ähnlich sah, wenn nicht dem Sittengesetz der Völker selber.

Man kann fragen, wie ein einzelner das vermocht habe. Es war auch nicht ein einzelner allein. Treitschke verwendete diese neue Geschichtsauffassung in der Polemik gegen die Sozialdemokratie. Diese Frontstellung verschaffte ihm Anhang. Er verbreitete sie mit dem Ansehen, das die monumentalische Historienmalerei bei denen besitzt, die ihrer bedürfen. Er verbreitete sie als Sachverständigengutachten, wenn man will, mit dem Respekt, den der Experte genießt.

„Es ist eine Art von literarischem Konsensus“, der — nach Jacob Burckhardt — historische Urteile fällt, „allmählich angehäuft aus Wünschen und Rasonnements der Aufklärung und aus den wahren oder vermeinten Resultaten einer Anzahl vielgelesener Historiker.“

Nun, der literarische Konsensus folgt in aller Regel der gesellschaftlichen Norm. Er sanktioniert in ihrem Sinne. Die Außen-seiter sind auch immer die Ausnahmen. Daß Treitschke die bestimmende Figur wurde, verdankte er dem Bedürfnis dieser neudeutschen Gesellschaft nach einfachen und ermutigenden Bildern. Die Obrigkeit, die Staatsmacht, hatte das Reich

Bismarcks zusammengebracht, in der Machtentfaltung mochte es ein Ziel haben, denn ansonsten hatte es nicht viel, was es zusammenhielt. Der neue kaiserliche Baldachin überdeckte nicht das ganze Gewimmel: Die Katholiken wurden lange verfolgt, die hochstrebende Arbeiterklasse wurde als vaterlandslos verschrien, und daß ein Süddeutscher an der Reichsspitze Einfluß hatte, kam erst ganz am Ende vor, als von der ganzen Herrlichkeit nicht mehr viel zu retten war.

VI.

Die preußische Karte hatte zwar Österreich ausgestochen, aber für ein deutsches Geschichtsbild fehlten doch einige Qualitäten. Sie wurden durch Quantitäten ersetzt. Unter Wilhelm II. fing das Deutsche Reich an, sich nicht bloß als kontinentale Großmacht, sondern auch als Weltnation zu fühlen. Die Flottenpolitik wurde im Sinne der imperialistischen Geschichtslehren popularisiert. Ozeanische Dynamik füllte den Begriff der Nation.

Unter ihrem Eindruck und dem der Zurückweisung von Algerias trat der nächste große Popularisator an die historische Staffelei, Oswald Spengler. Daß Europa seit 1830 in die letzte Phase seiner Kultur eingetreten sei, daß sein schöpferischer Geist erloschen sei, wurde dann von den Deutschen, die geschlagen aus dem ersten Weltkrieg zurückkehrten, gerne gelesen. Daß den Technikern und Ingenieuren, den Ausbeutern und Soldaten die Zukunft gehöre, lasen sie noch lieber. Hinter dem auf den staatlichen Vordergrund beschränkten wilhelminischen Geschichtsbild entblößte Spengler die Macht der Technik, der Wirtschaftsinteressen als eigentliche treibende Kräfte der vergangenen imperialistischen Epoche. Dabei forderte er von seinen Lesern kein grundsätzlich neues Denken. Wie Treitschke verhöhnte er den rationalen Pazifismus; er verherrlichte ein imaginäres und spektakuläres „Preußentum“, das er einem ebenso imaginären „Sozialismus“ gleichsetzte.

Beweisen oder zu widerlegen gab es bei Spengler nichts. Sein Geschichtsbild war Inspiration, politische Dichtung — fern von der akademischen Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, die sich mühsam von der Last Treitschkes zu befreien begann. Sein Einfluß verwies Delbrück, Erich Marcks, Oncken, Meinecke weit in den Schatten. Diese Forscher konnten nicht geben, was Spengler aus tiefer Überzeugung freigebig verteilte: den Haß auf das europäische Gesamtgefüge, auf Liberalismus und Humanismus, auf die siegreichen Demokratien des ersten Weltkrieges.

Wieder, wie nach 1848, nahm das Geschichtsbild die Wünsche und Träume der Ohnmächtigen in sich auf, während schon ganz andere Kräfte den Fortgang der Handlung bestimmten. Die Niederlage im ersten Weltkrieg hatte die äußere Gestalt des Reiches im wesentlichen erhalten. Von den drei Millionen Bürgern, die der Friedensvertrag von Versailles wegnahm, hatte etwa die Hälfte andere Muttersprachen; aber die Demütigungen des Vertrages vermochten nicht, die Deutschen zu ernüchtern. Sie verbohrten sich in die Niederlage, und wenn schon an eine deutsche Herrschaft über die Meere hinweg nicht mehr zu denken sein sollte, wenn schon die Westgrenze sich als starr und unüberwindlich erwies, so blieb doch die Hoffnung, die Hegemonie über Zentral- und Osteuropa endlich zu gewinnen. Das Habsburger Reich war zerfallen, und seine Nachfolgestaaten konnten weder in ihrem Umfang noch in ihren Zuständen den Deutschen Respekt abnötigen.

Es ist eine der merkwürdigsten Feststellungen, die der Historiker der Weimarer Republik zu treffen hat, daß nicht nur Männer wie der General von Seeckt, sondern auch weniger kriegerische Repräsentanten dieses Staates, selbst Gustav Stresemann, im Grunde ihres Herzens davon überzeugt gewesen sind, daß das Deutsche Reich so etwas wie einen Anspruch auf die angrenzenden slawischen Gebiete besitze.

Was die Osteuropaforschung der Republik in dieser Hinsicht leistete, brauchte wenige Jahre später von den Nationalsozialisten nicht überboten zu werden. Was an Kulturpropaganda mit den sogenannten Volks- und Auslandsdeutschen betrieben wurde, verletzte mehr als einmal die Grenzen der Schicklichkeit fremden Staaten gegenüber. Die Siedlungsleistungen des 12. bis 15. Jahrhunderts wurden dargestellt, als ergäben sich aus ihnen irgendwelche Ansprüche im 20. Jahrhundert und als ob die neuformierten, oder — wie Polen — endlich wiederformierten Staaten noch die Unterdrückten Landschaften der Teilungszeit seien.

Der Versuch einer Verbindung mit dem restlichen Deutsch-Osterreich, den Brüning betrieb, die mannigfachen Ostgrenzenunternehmen staatlicher und völpolitischer Organisationen zeigten, daß das monumentalische Deutschlandbild noch wirkte. Die Weimarer Republik kehrte sich von der Treitschkeschen Tradition nur soweit ab, als sie dazu gezwungen wurde.

Das gilt nicht nur für die regressive Rechte, sondern durchaus für die Mitte und weite Teile der Linken auch. Ohne breites Einverständnis über den deutschen Hegemonialanspruch und das „Unrecht“, als das

der verlorene Krieg empfunden wurde, hätten so extreme Auffassungen, wie die Alldeutschen um Hugenberg und seine braunen Musterschüler sie vertraten, nicht ernst genommen werden können. Solche Ideologien verführten nicht durch ihre Abseitigkeit, sondern durch ihre Ähnlichkeit mit den Ansichten vernünftiger Leute, von denen sie sich nur graduell unterscheiden. Man muß es sagen: Hinsichtlich Polens und der Westslawen überhaupt bewies die Weimarer Mehrheit nicht mehr Einsicht, als die Paulskirchenversammlung von 1848/49 gegenüber den Aufständigen in Prag und Posen bewies. Das deutsche Geschichtsbild zeigte auf der Ostseite deutsche Herren und slawische Knechte, jedenfalls ein Volk, das auf Gleichberechtigung keinen Anspruch erheben konnte, ein Volk, das kaum imstande schien, seinen Boden richtig zu bestellen.

Das deutsche Bürgertum, das das ganze 19. Jahrhundert hindurch die Freiheitskämpfe der Polen wild akklamiert hatte, war um 1930 endlich bei der Perspektive der rückständigsten Elemente in der preußischen Verwaltung angelangt. Diese böartige Verzerrung der Mentalität und des Geschichtsbildes hatte ihre Ursachen. Eine davon war die höhere Entwicklungsstufe der industriellen Zivilisation in Deutschland. Eine andere lag in der engen Interessengemeinschaft Rußlands und Preußens das 19. Jahrhundert hindurch. Sie ging über das Komplizentum der polnischen Teilungen weit hinaus und war eine strukturelle Gemeinsamkeit. Auch wenn die offiziellen Geschichtsmaler nicht gerne davon sprachen, war doch der Einfluß der innersussischen Wirtschaftsverhältnisse auf das Deutsche Reich der 70er und 80er Jahre erheblich, und umgekehrt gingen bei der russischen Revolution von 1905 in St. Petersburg Gerüchte um, der Kaiser werde dem Zaren zu Hilfe eilen und die Aufständischen niederwerfen.

Was sich so tief in die historische Vorstellungswelt eingefressen hat, überdauert auch einen großen Krieg. Als sich die beiden Verlierer, Deutschland und Rußland, dann in Rapallo wiederfanden, mußte das den alten Hochmut gegen Polen erneuern. Was dann wirklich gespielt wurde, weiß man auch heute noch nicht; aber daß die Sowjetpolitik auf die deutsche Republik von 1930 via Armee und Industrie mehr eingewirkt hat, als es heute in unseren Geschichtsbüchern nachzulesen ist, dürfen wir wohl annehmen.

VII.

Hitlers Anlauf, ohne jede Rücksichtnahme auf das europäische Gesamtgefüge den deutschen Weltmachttraum zu realisie-

ren, baute auf dem preußisch-deutschen Geschichtsbild auf. Das Großdeutsche Reich von 1938 war ein aufgeblähtes Kleindeutschland, nicht die Föderation, die sich die Großdeutschen des 19. Jahrhunderts gewünscht hatten. Was der Nationalsozialismus an eigenen Vorstellungen zur Geschichte beitrug, war alles andere als originell. Die Idee des Herrenvolkes entnahm er dem alldeutschen Arsenal, die Mythologie von Richard Wagner, die Vorstellung vom Volkskörper und dem sich entfaltenden Nationalgeist ließ sich aus den organischen Staatstheorien herleiten, die bald nach Herder in der deutschen Romantik aufkamen und sich als Rezepte, historische Gewißheit zu erlangen, durch die Jahrzehnte vererbten.

Immerhin gilt auch von Hitler, daß die Nachfrage nach solcher Gewißheit sein Angebot auf den Markt gebracht hat. Er versprach, die Sinnfrage mit einer totalen Anspannung aller Kräfte zu beantworten, und er hat sie beantwortet, daß den Fragenden Hören und Sehen verging; aber einen Sinn hat er der Geschichte nicht gegeben.

Nie war Deutschland in sich zerfallener als unter der erzwungenen Einheit des Dritten Reiches, nie war das Gewimmel von den Werten der Humanität schärfer getrennt, und nie zuvor hatte unser Geschichtsbild geringere Tiefe als unter dem gleichmäßig braunen Anstrich*).

*) Am besten konnten die Mitläufer J. G. Fichte als Vorläufer reklamieren: „Das ist der Mythos vom Zwingherrn. Zwingherr soll der sein, der seine Zeit und sein Volk am besten versteht, und es kann jeder sein, der es vermag. Es gibt kein Recht, nach dem er möglich oder unmöglich wäre, sondern das Recht, der Ausdruck der Verfaßtheit eines Volkes, ist ja dann selber neu zu bestimmen. „Entscheidung muß sein, damit gewisses Recht sei“, sagte er. Also ist der Zwingherr selber die Rechtsquelle, und er kann es sein, weil er auf der Spitze der Einsicht der Zeit und des Volkes steht, weil er seine Zeit und sein Volk am besten versteht. Das sind alles seine eigenen Worte. Der Rechtstitel des Zwingherrn ist nicht die Gewalt des Tyrannen, sondern ist die Tatsache seiner Leistung: daß er es geworden ist und Glauben fand. So ist er der letzte Entscheider in allen Angelegenheiten eines Volkes, dessen Beschluß keine Appellation leidet und unmittelbar ins Werk gesetzt werden muß, t a t b e g r ü n d e t ist für alle. Denn der Mensch ist so beschaffen, daß er den Forderungen der Zeit einsichtslos widerstreitet. Zwang ist die Bedingung zur Hervorbringung der Einsicht, wie er sagt, was nicht nur ein pädagogischer, sondern ein politischer Satz ist, und er kann erst nachlassen, wenn nach Verlauf eines Zeitraumes schlechthin alle so gesinnt sind, wie der Urheber gesinnt war.“ In diesen Thesen erhob sich Fichte zu einer Intuition des Politischen, die ihn weit in die Zukunft hineinstellt. . .

In dieser Idee des Zwingherrn liegt die tiefste von Fichte erreichte politische und historische Einsicht, nämlich die, daß die Volkwerdung der Deutschen eine einzigartige sein wird, unvergleichbar mit den Umständen, unter denen andere Völker zu sich fanden, weil sie in der jetzt erreichten Zeit des hellen und reifen Bewußtseins erfolgen wird. . .“ Arnold Gehlen, Rede über Fichte (bei der feierlichen Eröffnung des Wintersemesters an der Universität Leipzig am 24. November 1937) in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 98. Bd., S. 215/216, Tübingen 1938.

1945 wurde dieser horrende Zusammenbruch alles Deutschen auch nach außen sichtbar. Die kurze Geschichte des nationalen Machtstaates war an ihr Ende gelangt. 1870 bis 1945, das war keine große Spanne Zeit, gemessen an der deutschen Gesamtgeschichte: Sieben Jahrzehnte, davon bald ein Drittel Kriegs- und Ausnahmezustände —, man versteht, daß die Menschen, in deren Lebenszeit diese Geschichte fiel, entschiedener nach Ruhe, nach Frieden, nach Vernunft verlangten als die Enttäuschten von 1918.

Hat sich aus diesem Wunsch ein neues Geschichtsbild ergeben? Hat die zweite deutsche Republik bessere historische Leitvorstellungen, als die erste besaß?

VIII.

Das grundlegende Ergebnis des Hitlerischen Abenteuers ist der Verlust der deutschen Einheit. Was Friedrich Ebert 1918 noch verhindert hat, war 1945 nicht mehr zu vermeiden. Rußland drang siegreich nach Mitteleuropa vor, und Stalin handelte, wie jeder Zar auch gehandelt hätte; er nahm sich von der herrenlosen Beute, soviel er eben verkraften konnte, wahrscheinlich sogar ein bißchen mehr.

Das russische Vordringen mußte bei den übrigen europäischen Mächten dieselbe Reaktion auslösen, die es immer bewirkte: Sie schlossen sich zusammen, und wie sie nach dem Zusammenbruch Napoleons Frankreich als Gegengewicht zu Rußland wieder auf die Füße stellten, kräftigten sie nun in wohlverstandener Eigeninteresse den verbliebenen Rest Deutschlands. Dieser Reaktion verdankt die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz an der Sonne.

Ihre Bewohner haben diesen Platz eingenommen und sind dabei, auf dem Wege des Parlamentarismus und ihrer hochentwickelten industriellen Zivilisation in das westeuropäische Gefüge zurückzukehren. Es ist, als sei Deutschland nach dem Westen heute offener als in den letzten 160 Jahren. Nationale Differenzen bedeuten erstaunlich wenig. Sogar die Schulgeschichtsbücher werden von überflüssigem Konfliktstoff säubert — und das ist doch ein Fortschritt, oder nicht?

Die Offenheit nach Westen erleichtert auch den inneren Umgang. Manches in diesem Staate wird erträglicher, wenn man weiß, daß man seine Grenzen leicht hinter sich bringen kann, manches erscheint ordentlicher, wenn man es mit den Schwierigkeiten der Verbündeten vergleicht. Mit einem Wort: Der Westkurs bekommt diesem Staat.

Wenn man das einräumt, muß man freilich fragen, was mit ihm vereinbar ist und was

nicht. Und da, so scheint mir, ist das Geschichtsbild des Bundesrepublikaners weit von dem entfernt, was Immanuel Kant Selbstbefreiung durch das Wissenwollen genannt hat.

Lassen wir die letzten Schüler Treitschkes beiseite, so begegnen wir doch immer noch der merkwürdigen Vorstellung, daß ein Deutschland, das den Nationalstaat für den Westen an der Straßburger Garderobe abgegeben hat, von der Staatsspitze bis ins letzte Dorfwirtshaus so argumentiert, als sei es dem Osten gegenüber die alte Kaisermacht, die von 1870 und zugleich die des 12. Jahrhunderts, die Ungläubige zu missionieren habe.

Alle Offenheit dem Westen gegenüber kehrt sich nach Osteuropa zu in krasse Feindseligkeit. Wenn die russischen Kommunisten und ihre Helfershelfer mit ihren abentheuerlichen Stacheldrähten, Mauern und Gräben Europa trennen wollten — und es besteht wenig Zweifel daran —, dann sind die deutschen Demokraten seit 1945 ihnen in diesem Bestreben aufs äußerste entgegengekommen. Sie haben rasch gelernt, die dunklen Punkte der eigenen Geschichte mit dem Hinweis auf russische oder polnische oder tschechische Greuelthaten zu überspielen und haben nur zu schnell begriffen, welche moralischen Vorteile es bietet, auf der freien Seite des Stacheldrahtes zu stehen. — Die Schamlosigkeit, mit der heute in aller Offenheit Leute an das Recht appellieren, die vor 20 und 30 Jahren eben dieses Recht mit Füßen traten, zählt zu den widerwärtigsten Bildern des Jahrhunderts. Wäre es nur widerwärtig, könnte man wegsehen; aber diese neuen Verteidiger des Abendlandes schaden auch.

Bei aller Schlaueit, die darauf verwendet wird, die Niederlage im Osten und ihre Folgen nicht anerkennen zu wollen, ist diese Niederlage doch auf die Dauer nicht zu leugnen. Man wird eines Tages mit den Polen sprechen müssen, wie man mit den Russen seit langem wieder spricht, und man wird dann zusätzlich die Trennwände abreißen müssen, die in den bundesrepublikanischen Jahren aufgebaut wurden.

Man wird dann endlich die hybride Vorstellung begraben müssen, daß Deutschland nach Osten sein könne, was es im

Westen nicht mehr ist: ein Nationalstaat von der 70er Prägung.

Wir müssen in unser Geschichtsbild die Erkenntnis hineinweben, daß nicht die nationale Form, sondern der gesellschaftliche Inhalt über ein Staatswesen entscheidet. Das gilt für die Bundesrepublik wie für die DDR. Unsere Wiedervereinigungsvorstellungen gehen in der falschen, in der antiquarischen Richtung, solange dieser Unterschied nicht begriffen wird.

Die unglaublich leichtfertige „Politik der Stärke“ samt der ihr entwichenen Forderung nach einer eigenen Atomausrüstung für die Bundeswehr waren sicherlich nicht die letzten Ausflüsse eines kranken Geschichtsdenkens; aber jeder in diesem Lande, jeder, der will, kann wissen, daß unsere historische Aufgabe nicht im Kriegsgeschrei und nicht im Auftrumpfen gegenüber Osteuropa liegt:

Wir können weder die deutsche Hegemonie wollen, noch können wir die Welt vom Kommunismus befreien wollen, wir können nicht einmal die Ostzone politisch „säubern“; aber wir sind in der Lage, über allen Formalismus hinweg auf bessere Lebensbedingungen für unsere Landsleute zu dringen.

Das wäre ein Anfang.

IX.

Es liegt an uns, unserer verunglückten Geschichte einen menschlichen Sinn zu geben, der mit der aktiven Weltgeschichte übereinstimmt, die seit 1945 zum erstenmal alles Europäische überlagert.

Ludwig Dehio hat das Jahr 1945 als eine Paßhöhe bezeichnet, von der unser Weg in eine „unheimlich neue Landschaft“ führe.

Wir Deutschen, fügte Dehio hinzu, haben uns als Volk der Großmacht, des Imperialismus, der Hegemonie verstanden: „In uns spitzte sich der Nationalismus aufs letzte zu, hervorgewachsen aus dem (europäischen) Staatensystem, um schließlich dieses System wie sich selbst zu zerstören. Heute aber, diesseits der Paßhöhe von 1945, in der neuen Weltlandschaft, haben wir uns... zu verstehen als das genaue Gegenteil von dem, was wir zuletzt hatten vorstellen wollen...“

Deutschland heute

Rudolf Walter Leonhardt: „X-Mal Deutschland“. Verlag R. Piper & Co., München 1961, 532 S., 19.80 DM.

Leonhardt bietet ein Panorama der deutschen, der gesamtdeutschen Land- und Gesellschaft. Er hat mehr für den interessierten Laien geschrieben als für den Fachmann der Sozialwissenschaften, Geographie oder praktischen Politik. So ist dies Buch in einem flüssigen, teils eleganten, teils einfachen Stil gehalten.

Doch ist das Buch als Sachbuch nicht ganz so gelungen, wie wir es von der Gestaltungskraft des Verfassers erhoffen konnten. Einerseits fällt der Inhalt oft zu weit aus der Rahmenhandlung heraus, der Gesellschaftsreise einiger Ausländer durch Deutschland. Bei den Kapiteln über die DDR ist das zwangsläufig, weil die gemeinsame Reise bis dahin nicht möglich war; das ist zu ertragen. Aber da sind andere Kapitel, die Sachthemen behandeln und keinen Bezug zur Rundreise aufweisen. Auch werden in den ersten Kapiteln schon Hamburg und die Küstenstädte besucht, im Kapitel 33 beginnt jedoch die Deutschlandreise erst am Bodensee, und im Kapitel 50 ist man auf Sylt. Gereist wurde im Sommer 1960; aber das Fernsehurteil von 1961 und der 13. August 1961 sind noch eingearbeitet.

Andererseits steht die Rahmenhandlung häufig so sehr im Vordergrund, daß die vielen Fragen der Deutschlandreisenden vom Leser als eine Häufung rhetorischer Fragen empfunden wird. Durch die Breite des Gesamtwerkes fallen diese Unebenheiten nicht sehr auf und werden durch die lockere Linienführung gemildert; aber ein literarischer Genuß ist das Buch trotzdem nur, wenn man es in kleinen Zügen liest.

Leonhardts Urteil bleibt nüchtern und überlegen; auch wenn der Leser ihm nicht zustimmt, wird er nicht zur Weißglut gereizt. Mag Leonhardt auch die ihm bisher bekannten Fakten unzureichend für den Nachweis erachten, daß Globke wirklich Nazi war, so meint er doch: „Ob es richtig, ob es politisch klug war, den heftig umstrittenen Mann in einer so exponierten Stellung zu halten — das ist eine ganz andere Frage.“

Die Reise mit den Ausländern hat den Vorteil, daß häufig zwanglos ausländische Urteile und Vorurteile über Deutschland geboten werden können, z. B. das Erschrecken über den Studienrat und den

Polizeibeamten, unter deren Freundlichkeit und demokratischer Dienstfertigkeit die alte autoritäre Geistesstruktur sichtbar wird.

Ernüchternd ist die schlichte Schreibung DDR — weil die, die „sogenannte“ sagen, sie gar nicht so nennen — und die Anerkennung der Tatsache, daß auch im Westen die Ostgebiete faktisch abgeschrieben sind, eben weil man auf die gewaltsame Wiedereroberung verzichten will. Für Leonhardt ist dort aber trotzdem Deutschland, wie für alle, die es noch als Deutschland erleben. Doch soll uns dieses Erleben für immer die Anerkennung der gegenwärtigen Lage verbauen? — Und die DDR? — Gefällt uns ihre Führung und Struktur auch nicht, so ist doch in dieser Generation kaum noch die Chance einer Wiedervereinigung zu erkennen, weder in der westdeutschen „Wiedervereinigungspolitik“ noch in der weltpolitischen Lage.

Der „Leonhardt“ ist eine gesündere und nüchternere Quelle über Deutschland als manche, die bisher flossen. — Sofern man nicht annehmen muß, die hohen Verkaufsziffern rührten davon her, daß jeder deutsche Leser sich vergewissern wolle, was in diesem Buch über ihn, seine Familienverhältnisse, seine Berufsgruppe oder die deutschen Grenzen steht, und im nächsten Augenblick seinen „Dollpunkt“ in einem Ausfall auf den Verfasser verraten will, möchte man hoffen, daß durch dieses Buch mehr Deutsche nüchtern über Deutschland denken lernen.

Manfred Turlach, Andernach

Ein interessanter Reisebericht

Raymond Cartier: „Die Sowjets — wie sie sind, wie sie uns sehen...“, Verlag R. Piper & Co., München 1961, 168 S., 6,80 DM.

Es ist zu begrüßen, daß ein deutscher Verlag die seinerzeit in der Zeitschrift „Paris Match“ erschienenen Berichte des französischen Journalisten herausbringt. Sie sind in amüsan-feuilletonistischem Stil geschrieben und entbehren doch nicht des Ernstes — sie simplifizieren vielleicht ein wenig, aber doch nicht mehr als nötig ist zur raschen Skizzierung eines Gesamteindrucks. Vorausbemerkt sei: Die Übersetzung von Harriés-Kester ist geradezu glänzend flüssig und kongenial.

25 000 km ist Cartier in der Union herumgereist — und den eisernen Vorhang hat er doch nicht überschritten. Das kann kei-

ner, sagt er. Der Kontakt mit dem Ausländer ist für den Russen tabu. Wer ihn beruflich hat, wird einer „ideologischen Impfung“ unterzogen, nicht so sehr einer Polizeimaßnahme — eher einer Art Wuschung wie ein Brahmane... Man darf nicht vergessen: Der Fremdenhaß ist uralte in Rußland. Neu ist nur der „Inturist“ (oder vielmehr aufgewärmt nach seiner ersten großen Zeit in den dreißiger Jahren), dem 15 Städte mit Hotels im Plüschluxusstil, bestimmte Bahn- und Fluglinien, fünf autopassable Straßen, Hirschjagd im Kaukasus und Opernkarten an jedem Ort zur Verfügung stehen. „Man wird wie ein russischer Sputnik auf die Bahn geschickt und hat diese mit der gleichen Unfehlbarkeit zu durchlaufen.“ Die Reise kostet Dollar; Rubel werden nicht angenommen, wohl aber DM: Kurs West zu Ost = 1:3...

In Asien durfte Cartier nur Irkutsk und Taschkent sehen; fotografieren ist nicht ratsam, es sei denn, man wird dazu aufgefordert. Beim großen Stauwerk in Bratsk tat man's, bei einer Brücke in Kiew gab's eine Panik. Einen betrunkenen Usbeken, der malerisch an einer Mauer seinen Rausch ausschloß, mit einem Friedenstransparent zudeckend — das zu fotografieren, duldet Inturist nicht...

Das alles ist noch scherzhaft. Der Spaß hört auf, wenn Cartier sich empört über Frauen im Straßenbau: „Der sozialistische Aufbau wäre nicht möglich ohne die starken, zum Nachteil ihrer Weiblichkeit entstandenen Muskeln...“ Das bitterste Problem ist die Wohnungsnot: In Wolgograd (dem früheren Stalingrad) — einer aufbaubevorzugten Stadt — 5 qm pro Person am 1. 1. 1961; 1954 waren es in Moskau nur 3,65 qm. Beides — die Überarbeitung der Frau wie die Wohnungsmisere — gab es zwar auch vor dem Kriege, aber der Krieg hat es überdimensional verschärft. 20 Millionen lebten 1945 in Kellern und Nothütten. Noch immer werden Monumentalbauten errichtet — aber immerhin ist es ein Fortschritt, daß der junge Beamte in Wolgograd genauso über ein achtzehnstöckiges „Haus der Sowjets“ schimpfte wie Chruschtschow, der gesagt hat: „So was ist nur berechtigt, wenn wir mal genügend Wohnungen haben...“ Immerhin hat man 1960 zwei Millionen Wohnungen gebaut, um ein Fünftel mehr als im ganzen ersten Fünfjahresplan. Ingenieure und Architekten sind laut Cartier die wahrheitsliebendsten Leute. Einer der letzteren sagte ihm, man brauche noch ein Vierteljahrhundert, ehe die sanitäre Norm von 9 qm Wohnraum pro Kopf erreicht sei. Der Franzose meint, die Bevölkerung habe schon jetzt genug von einer „Verwirklichung des Kommunismus“ in Form von Gemeinschaftsküchen und Toiletten, selbst in diesem Lande, das Ge-

meinsamkeit so lieben soll. Im übrigen ist die Bauabnahme nachsichtig; Mauerrisse und Rohrbrüche in Neubauten gibt es häufig...

Cartiers lange Ausführungen über die Ukraine sind manchmal von stark simplifizierten Weltkriegsstreiftlichtern durchsetzt. Noch mehr gilt das beim Kaukasus; die Baschkiren und Tataren, deren Haß bei Annäherung der deutschen Truppen hell aufgelodert haben soll (gemeint sind Nordkaukasier), leben jedenfalls ganz woanders — mindestens die ersten haben gar nichts von den Deutschen gesehen! Man muß bei so klaren Schnitzern mißtrauisch werden im Hinblick auf manche statistischen Versuche. Daß ein ukrainischer Bauer trotz Traktoren in der Woche weniger Nahrungsmittel produziert als ein USA-Farmer am Tag, erklärt sich eben daraus, daß die Mechanisierung auf dem Lande noch nicht zum Abzug aller nur Teilbeschäftigten in die Städte geführt hat, obwohl sich die Städterzahl schon zwischen 1926 und 1939 verdoppelte (bei nur 20 v. H. Wohnraumzuwachs). Wenn neuerdings der Bezirk Poltawa in den Nachkriegsjahren von 25 auf 10 Zentner Mais herunterkam, so hat Chruschtschow verboten, dem Klima die Schuld zu geben — darum müssen die Fehler wohl bei den Menschen, den Methoden oder am System liegen...

In Georgien seufzt man nach Stalin, in der Sowjetrepublik Armenien nach den Boulevards von Paris und Beirut, von wo sich heimwehkranken armenische Kellner hierherlocken ließen. Immerhin thront noch der armenische Katholikos unter seinem Baldachin: Die atheistische Revolution fand hier nicht statt, Cartier bewundert das Öl Bakus, meint, die rücksichtslos vorangetriebene Baumwollkultur Usbekistans pumpe das Land aus, und schrieb sich in Kasakstan und anderwärts märchenhaft hohe Kolchosenmarktpreise auf: Salat so teuer wie Kaviar, 1 Kilo Apfel = 1,2 bis 2 Rubel (bei 2,5 Rubel Tageslohn eines Arbeiters). Ein tüchtiger Kolchosbauer kann aus seiner Individualparzelle bis 1000 Rubel Nebeneinnahmen im Jahr erzielen. Wenn Mandarinen und andere Früchte mit dem Flugzeug transportiert werden (weil teuer verkaufbar) und Bauern vom unteren Dnjepr zum Apfelverkauf nach Weißrußland fahren, so erinnert das etwa an deutsche Verhältnisse vor der Währungsreform.

Am Amur wird Cartier historisch: Er erinnert daran, daß nach 1689 ein schlauer chinesischer Würdenträger die Russen von hier zurückschob; und er spricht vom neuen Unwetter, das sich in China zusammenbraut. Dazwischen singt er eine Dithyrambe auf den sibirischen Industrieaufbau, in

Irkutsk (400 000 Einwohner) gibt es 1000 Autos und immerhin 250 Taxis...

Wie sehen die Russen uns? Hier ist Cartier nicht ganz glücklich. — Man kann sich kaum vorstellen, daß bei Unterhaltungen mit gebildeten Russen solch naive Wiederholungen von Schlagworten herauskommen, wie er sie hier seitenweise wiedergibt. Er sagt zwar einmal, er habe auch Leute getroffen, die gut über den Westen unterrichtet waren; aber man merkt kaum etwas davon in seiner „Quintessenz von fünfzig Unterhaltungen“.

Dies ist entschieden der schwächere Teil des Buches; vielleicht liegt es daran, daß Cartier mit den Russen nicht ohne Dolmetscher sprechen konnte. Nur ein paar Wahrheiten schimmern durch den Vorhang der ihm servierten Oberflächlichkeiten: Braucht wirklich jede Familie ein Einfamilienhaus? Sind Autos in Millionenmenge ein Segen? Liebt nicht mancher bei uns die Dollars zu sehr? Die Hauptverkaufsstraßen sind in Rußland nicht so verführerisch, Ärzte und Medikamente dafür frei (nur gibt's wohl nicht genug). Daneben blüht der schwarze Markt, sprich: sogenannte Wirtschaftsvergehen. Nach Cartiers Rückkehr wurde für „Wirtschaftsverbrechen“ die Todesstrafe verhängt...

In den letzten Abschnitten des Buches erscheint Chruschtschow im neuen Licht, vorzüglich als eine Art Kämpfer gegen Privileg und Korruption. In diesen Abschnitten allerdings kommt Cartiers eigenes Denken mehr als das, was die Sowjets von uns denken, in allzu journalistischer Form zum Ausdruck. Das Buch ist stark in der Beschreibung des unmittelbar Gesehenen; als ideologisches Brevier darf man es kaum empfehlen.

Dr. Karl Kühne, Brüssel

Attlees Memoiren

Francis Williams: „A Prime Minister Remembers“, Verlag Heinemann, London 1961, 264 Seiten.

Thomas Mann bemerkt einmal, daß die nähere Vergangenheit uns oft fremder wird als die weiter zurückliegende, die wir aus Büchern kennen. Wir alle waren Zeitgenossen eines der denkwürdigsten Kapitel der politischen Geschichte Englands, der ersten Labourregierung mit eigener Majorität und mit einem Programm, dessen Durchführung große soziale Änderungen in diesem wesentlich konservativen Land bewirkte. Die Labourregierung hatte zu ihrer Zeit die öffentliche Meinung in einem Maße hinter sich, daß man sie für viele Jahre gesichert halten konnte. Und doch sind wir nun seit einem Jahrzehnt wieder an Tory-Kabinette gewöhnt, und unsere Erwartun-

gen von damals sind uns kaum mehr im Gedächtnis.

Die von Francis Williams notierten Memoiren Attlees geben keine Geschichte der Jahre 1945—1951, wohl aber in den persönlichen Bemerkungen des ehemaligen Ministerpräsidenten und einigen bisher unveröffentlichten Briefen und Memoranden überaus lebendige Eindrücke von den Persönlichkeiten dieser Epoche und von manchen Eigenarten des britischen Regierungssystems. Es war ein starkes Kabinett, das Attlee um sich versammelt hatte, als er die schweren Nachkriegsjahre zu meistern unternahm. Mit der großen Offenheit, die ja allein die Veröffentlichung von Memoiren rechtfertigt und zur besten englischen Tradition gehört, charakterisiert Attlee seine Mitarbeiter, spricht von ihren Gegensätzen, von den Versuchen einiger Parteifreunde, ihn als Ministerpräsidenten durch Herbert Morrison zu ersetzen, und auch von dem Unverständnis einflußreicher amerikanischer Politiker gegenüber europäischen Problemen und der Lage Englands. In London hatte man von Anfang an ein realistisches Urteil über die Männer des Kremls, nicht aber in Washington. Es wirft ein neues Licht auf die internationale Situation nach 1945, wenn man erfährt, wie die russischen Aktionen in Griechenland, der Türkei, Persien und anderen Ländern des Mittleren Ostens speziell darauf gerichtet waren, das vom Krieg erschöpfte England aus der internationalen Politik weitgehend auszuschalten, da sie sich danach mit den außenpolitisch unerfahrenen USA leichtes Spiel hofften. Eine Wendung der amerikanischen Politik brachte eigentlich erst die Berliner Blockade von 1948, doch nicht nur der amerikanischen Politik, sondern auch der Einstellung englischer Politiker zu den Deutschen. Attlees Erinnerungen stehen begrifflicherweise stark unter dem Eindruck des Hitler-Krieges, während dessen er als stellvertretender Ministerpräsident neben Churchill die Kräfte des Landes zum totalen Sieg über den erbarungslosen Feind mobilisierte. Im Jahre 1948 besuchte er Berlin — und hier fallen die ersten positiven Äußerungen über den ehemaligen Gegner. Er ist tief beeindruckt von der festen, ruhigen Haltung der Berliner unter der Führung Ernst Reuters, von ihrem Freiheitswillen und ihrem Vertrauen auf die Westmächte, die die Verteidigung Westberlins übernommen hatten. Dieses Vertrauen empfand er als eine moralische Verpflichtung, die von nun an für jede englische Regierung bindend würde.

Zwei ungewöhnlich schwere Probleme, an denen ein geringerer Mann als Attlee hätte scheitern müssen, standen vor der ersten vollverantwortlichen Labourregie-

rung: die Reorganisation der Wirtschaft und die Indienfrage, von deren Komplexität sich die jüngere Generation keine Vorstellung mehr machen kann — so glücklich ist sie gelöst worden. Mit Recht betrachtet Williams sie als den Höhepunkt in Attlees politischer Laufbahn.

Bei der ökonomischen Reorganisation ging es um die weitreichende, unvermeidliche Planung einer freien Wirtschaft. Schon die Erfordernisse der Kriegsführung hatten der Koalitionsregierung die bisher umfassendste Verfügung über Arbeitskraft, Kapital und Rohstoffe gegeben. Diese Vollmachten verlängerte das neue Parlament für die Labourregierung; sie stellten also keine „revolutionären Errungenschaften“ dar. Auch die Nationalisierung einiger Industrien war keine „Expropriation der Expropriateure“, sondern ergab sich ganz organisch aus der bereits bestehenden Struktur der Industrie (so Gas und Elektrizität) oder ihrer privatwirtschaftlichen Unrentabilität (wie im Falle der Kohlengruben). Von großer sozialer Wirksamkeit war die Gründung des Nationalen Gesundheitsdienstes. Die nachfolgenden Tory-Regierungen haben an den wesentlichen Maßnahmen Labours (trotz vorheriger scharfer Kritik) nichts geändert. Weniger glücklich erwiesen sich Versuche mit Organen der Kontrolle und Konsultation seitens der Arbeiter in den nationalisierten Industrien. Hier liegen noch weite Experimentiermöglichkeiten für künftige Labourregierungen, die etwas Ernsthafteres im Auge haben als die Farce der sogenannten „Arbeiterkontrolle“ im sowjetischen Bereich.

Die schweren Krisen der ersten Nachkriegsjahre, die z. T. auf eine wenig ko-operative Haltung Amerikas gegenüber England zurückgingen, stärkten wieder die Position der Tories, denen 1945 die Wählerschaft die Quittung für „München“ und die gesamte Vorkriegssituation verabreicht hatte. Selbst das enorme Prestige Churchills hatte seine Partei vor der Niederlage nicht retten können. „Undankbarkeit ist die Tugend starker Nationen“ — mit diesem Wort Plutarchs hatte sich Churchill seinerzeit getröstet. Attlees hat seine (übrigens nur mandatsmäßigen) Verluste niemals der „Undankbarkeit“ seiner großen Nation zugeschrieben. Er kann sich bewußt sein, zusammen mit seinen Freunden, unter denen ihm, dem „Intellektuellen“, der große Arbeiterführer Ernest Bevin besonders nahe stand, ein bedeutendes Kapitel der Geschichte Englands und des Commonwealth geschrieben zu haben. Aber jedes Kapitel hat einmal ein Ende. Und dies zu wissen, ist nicht die geringste Tugend eines Staatsmannes.

Dr. Alfred Schaefer, Berlin

Die Arche Noah

Bernard Law, Viscount Montgomery of Alamein: „Menschenführung“, Paul List Verlag, München 1961, 285 S., 14,80 DM.

1960 setzte sich der 73jährige britische Feldmarschall nach einem dienstlich und menschlich erfüllten Leben hin, um auf Grund seiner Lebenserfahrungen Probleme der Menschenführung zu erörtern. Der Titel der englischen Originalausgabe gibt den ersten Hintergrund dieser Gedanken besser wieder: „The path to leadership“. Im April 1959 hatte Montgomery mehrere lange Gespräche mit Chruschtschow, von dem er die folgende Äußerung notiert, die als Motto für das ganze Buch dienen könnte: „Wenn wir auf dieser Erde nicht ebenso friedlich leben können wie all die verschiedenen Lebewesen in der Arche Noah... werden wir unsere Arche Noah, die Erde, zerstören.“ Montgomery hat durch seine Erfahrungen und die Gespräche mit führenden Politikern des kommunistischen Ostens von dessen innerer Kraft eine sehr hohe Meinung, und seine Sorge geht dahin, wie es dem Westen mit seinem Prinzip der Freiheit gelingen könne, ein lebendiges Gegengewicht zu schaffen, um in unserer Epoche der friedlosen Koexistenz ein „bebendes Gleichgewicht“ zwischen den beiden Machtblöcken herzustellen. Denn daß es die materielle Überlegenheit allein nicht macht, weiß Montgomery als Soldat, für den die stete Beobachtung der moralischen Faktoren ein Lebensgesetz war, sehr genau.

Es handelt sich um ein sehr eigenwilliges und menschliches Buch, das man gewiß nicht als einen Leitfaden der Menschenführung ansprechen kann, das sich aber anregend liest und zum Nachdenken herausfordert, selbst wo es zu Widersprüchen reizt, was gewiß nicht selten vorkommt. Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Tendenz plädiert Montgomery für eine nonkonformistische Haltung im Westen, wenn der Anspruch auf den Besitz der Freiheit nicht zur leeren Redensart werden soll. Er wendet sich gegen die Angst vor der wahren, schöpferischen Freiheit, die dazu führe, „daß wir ihre Forderungen abgelehnt und uns und unsere Kinder auf eine langweilige, schablonenhafte Gleichförmigkeit festgelegt haben“. Montgomerys religiöse und sittliche Grundsätze beruhen dabei auf einer strengen Beobachtung der Lehre Christi, stammt er doch aus einem irischen Pfarrhaus. Dem Parlamentarier und den Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie gegenüber ist der Feldmarschall recht skeptisch, scheinen sie ihm doch nicht geeignet, Führung zu bilden und zu bewahren. Bei aller politischen Loyalität ist er für gewisse

Vorzüge der östlichen Form der Demokratie sehr aufgeschlossen, da sie ihm besser geeignet erscheint, Führerpersönlichkeiten zu bilden und in die rechten Positionen zu bringen. „Der Geist in der Armee beruht auf der Disziplin, der Kern der Demokratie aber ist die Freiheit“ (S. 163). Aus diesem Kernsatz leitet Montgomery seine Thesen ab, die er seiner Studie zugrunde legt: Ohne feste Führung ist auch die Demokratie des Westens nicht arbeits- und lebensfähig, und: Wie ist es möglich, als Gegenkraft gegen den von einer Elite geführten Osten mit den Grundsätzen des Westens eine Elite zu bilden, die ein Gegengewicht herstellen kann?

In einem historischen Abschnitt untersucht der britische Feldmarschall nun historische Führergestalten, wobei die Auswahl sowohl von seiner Unbefangenheit und Welt-offenheit als auch von seiner insularen Voreingenommenheit Kenntnis gibt. Er bespricht die Lebensläufe von Moses, Alfred dem Großen, Dschingis Khan, Gustav Adolf, Karl XII., Oliver Cromwell, Marlborough, Napoleon I., Wellington, Lincoln, Moltke, French, Haig, Lord Gort, Wavell, Churchill, Alanbrooke, Sir James Grigg, Lord Nuffield, de Gaulle und Nehru. Weiterhin verwertet er die Unterredungen, die er mit den kommunistischen Führern Stalin, Chruschtschow, Mao Tse-tung, Tschu En-lai und Tito in den letzten Jahren hatte.

Montgomery ist Realist genug, um zu wissen, daß jeder Führer, ob Soldat, Politiker, Unternehmer oder gar Staatsmann, Macht über die Herzen und Hirne der geführten Menschen erstrebt und braucht. Aber er warnt immer wieder vor jedem Haschen nach billigen Erfolgen und Triumphen. Entscheidendes Merkmal für jeden wirklichen Führer ist ihm die Fähigkeit, sich keine Illusionen zu machen, und die Voraussicht. Darauf kommt er immer wieder zurück. Den Mangel an solchen Eigenschaften wirft er für die Jahre nach 1948 dem britischen Außenminister Bevin vor, der aus falscher Rücksicht gegenüber den USA auf die Führung in Europa verzichtete; das Fehlen dieser Voraussetzungen wirklichen Führertums stellt er immer wieder an den Vereinigten Staaten von Amerika fest, und die Tatsache, daß General de Gaulle seiner Ansicht nach über diese Fähigkeiten verfügt, macht ihn nach Ansicht Montgommerys zum Führer Europas. Ein besonderes Kapitel widmet Montgomery der Jugend, die einmal wieder zum Dienen erzogen werden müsse und dann das Reservoir zu bilden habe, aus dem die künftigen Führer ausgewählt und erzogen werden müßten. Denn von

einer Tatsache ist der Verfasser überzeugt: Zum Führer wird man erzogen und nicht geboren. Interessant, daß er dem Unterricht in Zeitgeschichte eine besondere Bedeutung beimißt. Irgendwelche Sympathien für Deutschland sind nicht zu erkennen. Trotzdem ist die Lektüre dieser Studie in ihrer pragmatischen Lebendigkeit anregend.

Dr. Otto-Ernst Schüddekopf,
Braunschweig

„Totalitäre Demokratie“

J. L. Talmon: „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“. Ins Deutsche übertragen von Efrath B. Kleinhaus. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1961, VII, 320 S., 24 DM.

In der neueren, von den Erfahrungen totalitärer Machtsysteme bestimmten Diskussion über die Demokratie hat die 1952 in London erschienene Originalausgabe dieses Buches bereits einen bleibenden, allerdings auch sehr unterschiedlich bewerteten Platz errungen. Seine im Titel enthaltene Hauptthese wurde als Provokation empfunden, der thematische Begriff als Widerspruch in sich bezeichnet. Denn „Demokratie“, so wandte man gegen Talmon ein, könne ihrem Wesen nach nicht „totalitär“ sein. Eines freilich mußte auch Talmons schärfste Kritiker von vornherein nachdenklich stimmen: Der Verfasser, 1916 in Polen geboren, nach mehrjähriger Tätigkeit in diplomatischen Dienst Professor für Neuere Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, ist seiner Persönlichkeit und seinem Schicksal nach keiner Sympathie mit irgendeinem Totalitarismus verdächtig. Vielmehr wird man auch in diesem Falle vermuten dürfen, daß persönliches Leid die politische Sensibilität erhöht und den eindeutig für die „liberale Demokratie“ engagierten Autor zusätzlich zu seinem historischen Interesse veranlaßt hat, den ideengeschichtlichen Ursprüngen des von ihm „totalitäre Demokratie“ genannten Gegenteil nachzuspüren. Denn daß es sich um zwei in ihren praktischen Konsequenzen scharf entgegengesetzte, aber aus gemeinsamer Wurzel hervorgegangene „Schulen demokratischen Denkens“ handelt, ist der leitende Gedanke der insgesamt auf drei Bände angelegten Untersuchung.

Der nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegende erste Band enthält die Analyse des „politischen Messianismus“ der Französischen Revolution und seiner geistigen Vorbereitung in Frankreich seit der Höhe des 18. Jahrhunderts. Im Zentrum des ersten Teils steht naturgemäß das Kapitel über die politische Theorie Jean Jacques Rousseaus, als deren Essenz die mit dem Prinzip der Volkssouveränität begrün-

dete „totalitäre Demokratie“ dargestellt wird. Schon die Identität der Überschrift zu diesem Kapitel mit dem Buchtitel läßt erkennen, daß Talmon der Lehre Rousseaus entscheidende Bedeutung beimißt. Demgegenüber erscheint die im zweiten Teil abgehandelte Bewegung der Jacobiner im wesentlichen nur als Versuch, die politischen Aspekte der „totalitären Demokratie“ zu verwirklichen, Ebenfalls durchaus als Konsequenz des Rousseauschen „Contrat social“ in Verbindung mit den Sozialphilosophien Morellys und Mablys wird im abschließenden dritten Teil der egalitäre Kommunismus gedeutet, wie er Babeuf und Buonarroti in der sogenannten Verschwörung der Gleichen vorgeschwebt hat. Eindrucksvoll zeigt Talmon in diesem Zusammenhang, daß damals auch weitere Thesen und Ideen des Marxismus (z. B. die der „aufgeklärten Avantgarde“ und die Auffassung der „Geschichte als Geschichte des Klassenkampfes“) vorweggenommen worden sind. Daß dieses Werk für manche Leser zu einem Ärgernis werden konnte, liegt also letztlich an seiner Rousseau-Interpretation. Dabei wird man nicht behaupten können, daß Talmon mit dem Nachweis der engen Beziehung zwischen der zum Extrem geführten Volkssouveränität und dem totalitären System, die Rousseau klar demonstriert habe, etwas in der Sache Neues sagt. Vielmehr begegnen insoweit nur terminologisch z. T. neu gefaßte Einsichten, die seit Edmund Burkes „Reflections on the Revolution in France“ von 1790 immer wieder und schon im 19. Jahrhundert keineswegs nur von konservativer Seite ausgesprochen worden sind. Haben sie doch mit der Verbreitung der Demokratie paradoxerweise eine ständig wachsende Zustimmung gefunden — in unserem Jahrhundert auch bei Sozialisten, wie namentlich die Schriften Harold J. Laskis bezeugen. Vornehmlich am angelsächsischen Demokratieverständnis orientieren sich aber auch die beiden kritischen Gegenpositionen: Beide betonen übereinstimmend, daß zu den Merkmalen einer Demokratie nicht allein die Souveränität des Volkes gehöre, sondern notwendigerweise auch jene Prinzipien und Institutionen, die zusammen mit der Volkssouveränität für eine freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiv sind; anders gewendet: daß als Demokratien ausschließlich Staaten mit einer solchen, der Lehre Rousseaus widersprechenden Verfassung gelten können. Insoweit einig, unterscheiden sich die beiden Positionen in der Auslegung Rousseaus: Während die eine zwar auch geneigt ist, den „Contrat social“, nach einem temperamentvollen Wort Wilhelm Grewes, zum „ideologischen Gerümpel des 18. Jahrhunderts“ zu

werfen, dabei aber die Richtigkeit der Rousseau-Kritik von Burke bis Talmon nicht in Zweifel zieht, sichtet die andere die These von der Radikalität und den revolutionären und totalitären Implikationen seines Denkens überhaupt an. Indessen scheint doch unbestreitbar zu sein, daß die Konzeption eines Staatswesens in sich zugleich revolutionär und totalitär ist, dessen Bestand und Struktur von nichts anderem als dem wandelbaren, aber geradezu monolithisch gedachten Gemeinwillen abhängen sollen: mit der Folge des Ausschlusses von Gewaltenteilung, Repräsentation, freien politischen oder sonstigen Vereinigungen seiner Bürger, ja sogar jeder Opposition. Aber welchen Standpunkt auch immer man in dieser Diskussion einnehmen mag — die von Talmon erneut und mit besonderem Nachdruck vorgebrachten Argumente verdienen gerade in unserer Zeit Beachtung. Denn der Osten führt seine Ideologie nicht nur auf Marx zurück: „An den Ursprüngen der Volksdemokratie“ steht das Werk Rousseaus!).

Dr. Dietrich Hilger, Hamburg

Blochs Utopie

Ernst Bloch: „Naturrecht und menschliche Würde“. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1961, 369 S., 24 DM. Diese als Bd. 6 der auf 15 Bände geplanten Ausgabe erschienene Arbeit des aus Leipzigegangenen und in Westdeutschland ansässig gewordenen Philosophen zeichnet sich wiederum (vgl. „Das Prinzip Hoffnung“) durch eine mitreißende Aufarbeitung und Vermittlung des Kulturerbes unserer europäischen Geschichte aus. Es wird aufgezeigt, wie das Naturrecht als revolutionäre Anlage sich entwickelt und Unverlierbares hinterlassen hat. Bereits in dieser Fixierung auf das Revolutionäre erweist sich die Frontstellung des Naturrechts gegen positivistische Jurisprudenz, an der Bloch kein gutes Haar läßt. Der auf den ersten Blick wegen der Abstraktheit seiner Begriffe idealistische Charakter des Naturrechts wird mit Marx zusammengeführt in dem Postulat „menschliche Würde“ (Naturrecht wie Sozialutopie als Antizipation eines Besseren), der Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch entfremdet wird: „Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.“

1) Titel und These einer Abhandlung von Albert Soboul (Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel. Hg. von Fritz Klein und Joachim Streisand. Berlin 1956, S. 131 ff.).

Hieraus folgt eine, wenn auch nicht scharf und umfassend genug durchdachte Kritik an der Praxis und Theorie des Sowjetsystems, jedenfalls seit Stalin. Es wird hervorgehoben, daß wahre Revolutionen kein neues Unrecht schaffen dürften. Marx habe bei seiner Kritik des Privateigentums die Freiheits- und Widerstandsrechte des Volkes als Unaufhebbares niemals abgelehnt. Die Menschenrechte richteten sich gegen Diktaturen als Selbstzweck. Zu den subjektiv-öffentlichen Rechten stünden die objektiven Normen konträr; letztere legten in einer unkontrollierten Zentralisierung einen „wahrhaft nicht angestammten Frevel am Sozialismus“ offen. Wyschinskis Rechtsdefinition wird wegen ihrer inhaltlosen Gewalthaftigkeit und ihres „von jedem eigenen Rechtsbewußtsein wahrhaft antinaturrechtlich entfernten Rechtspragmatismus“ angegriffen. Verurteilt wird die Stalinsche „Staatsbelebung“, die im Gegensatz zu der marxistischen Auffassung vom Absterben des Staates stehe. Das radikale Naturrecht stehe als klassenlose Gesellschaft gegen den Staat, dieses verdecke auch kein „Stalineffekt mit sehr veränderbaren Ursachen“.

In der vortrefflichen Darstellung des Verhältnisses von Recht und Moral heißt es, daß bereits der Kampf für eine bessere Gesellschaft nicht die Moral selber sei. Es bleibe das Anspruchsproblem des Individuums gegenüber der Gemeinschaft als ein moralisches, nicht nur politisches. Man sieht: Ein offen sprechender Bloch teilt uns überzeugende Kriterien sowjetischer Theorie und Praxis mit. Dennoch bleibt ein Bruch in seiner Konzeption. Der von ihm allzu dogmatisch und unkritisch vertretene Marxismus und seine Auffassung von den aus der Wirklichkeit sich angeblich entwickelnden Hoffnungsinhalten stehen in einem so offensibaren Widerspruch zu der Praxis im Sowjetsystem, daß eine Überprüfung der Ausgangsposition nahe gelegen hätte. Bloch stellt einem autoritären Sozialismus „organisierte Mündigkeit“ gegenüber. Das Verhältnis von subjektiven Rechten und der Effektivität dieser Organisation aber ist gerade die Frage, über die allzu wenig Konkretes gesagt wird. Klassenlose Gesellschaft — kann man sie noch so unkritisch und ohne eingehende soziologische Bestandsaufnahme in Ost und West erhoffen? Es mag vom Standpunkt einer traditionellen Rechtsphilosophie aus vertretbar sein, sich mit gesellschaftlichen Tatbeständen nur oberflächlich abzugeben, ein Marxist muß sich aber fragen: Wie konnte sich der „Kapitalismus“ mit seinem rechtlichen Überbau als so zählebige und anpassungsfähig erweisen? Mehrwerttheorie und Eigentumskritik (wo hört sie auf?): können

sie noch die Grundlage für eine erhebliche Kritik am Überbau sein, wo doch Arbeitsteilung, Schichtung (Elitebildung) und Normenzwang empirisch als nicht abschaffbar erscheinen? War das Sowjetsystem jemals ein Schritt zur klassenlosen Gesellschaft? War die Entwicklung zum Totalitarismus (diesen Begriff verwendet Bloch nicht einmal) zwangsläufig? Wie kann ein Richter im Rahmen eines „sozialistischen“ Normensystems Naturrecht, also übergesetzliches Recht, anwenden, wenn dessen Maßstäbe von einer Einheitspartei festgesetzt werden?

Schließlich dürfte auch für Bloch nicht alles, was von den „Bürgerlichen“ nach Marx und oft genug mit Marx soziologisch und philosophisch (Ideologiekritik, Rechtssoziologie seit Max Weber, Austromarxismus, vor allem Karl Renners „Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion“, der heilsame Skeptizismus und die doch eindeutige Kritik an einem sich in Rechts- und Menschenfeindlichkeit überschlagenden Rechtspositivismus bei Radbruch) gedacht worden ist, altes oder rostiges Eisen sein. Die Suche nach überzeitlichen Rechtsnormen ist nicht nur betrügerische Formalideologie. Zu einfach ist auch die Wiederholung der marxistischen These, wonach mit dem Wegfall des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Jurisprudenz absterben werde. (Hierzu gerade über das Recht Engels: Wir haben „die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt“ [Brief an C. Schmitt v. 27. 10. 1890]).

Blochs Standpunkt ist: Baut den Staat ab, demokratisiert (wie? ohne Parlamentarismus?). Vom Westen erwartet er nichts. Wird sein Aufruf an den Kommunismus überhaupt gehört werden können?

Aber schon dieser Aufruf mit seinen naturrechtlichen Postulaten erhebt das vorliegende Werk in den Rang eines Ereignisses, vor allem, wenn man weiß, wie lang und hart der Weg der Abkehr vom Kommunismus sowjetischer Prägung für Gläubige ist. Den Westen mahnt es in seinem herrschenden Pragmatismus durch die Besinnung auf das „Aufhebbare“ in unserer kulturellen Vergangenheit. Zu Recht übt es Kritik an dem positivistischen Desinteressement am Ursprung der Gültigkeit des Rechts. Die trotz dogmatischer Entgleisungen bestehende Überlegenheit marxistischer Kritik an wirklichen bürgerlichen Verfallserscheinungen gegenüber liberalen Beschwichtigungen beruht darauf, daß sie etwa wie hier faschistische Theorien des Staatsrechtlers Carl Schmitt nicht einfach als Entartungen abtut, sondern die „Art“ selbst seziert und fragt, ob und wie aus der Anlage und soziologischen Bedingtheit eines bestimmten, dazugehörigen

Schuldenkens (hier Kelsen) solche schauerlichen Ergebnisse wie die Freund-Feind-Theorie, Führer- und Rasse-theorien mit dazugehöriger Praxis herauskommen konnten.

Bloch macht uns schließlich bewußt, daß im Grunde auch ein gesicherter Rechtsstaat als Herrschaftstechnik und mit seinen Ansprüchen aller gegen alle und seiner Prozeßwütigkeit dem Bilde und der Vorstellung eines zu sich selbst gekommenen humanum in einer harmonischen Gesellschaft unwürdig ist. Daß aber aus dem Bild, aus der Utopie auch Wirklichkeit werden kann, zeigt bisher weder die historische Erfahrung noch soziologische Untersuchung. Es bleibt die humanistische (ohne Zwang und Langeweile) Utopie von Bloch als ein Antrieb und ein Maßstab, an dem der „Würdigkeitsgrad“ einer Gesellschaft gemessen werden muß.

Claus Inselmann, Hamburg

Recht und Gesetz

Reinhard Holubek: „Allgemeine Staatslehre als empirische Wissenschaft“, Verlag Bouvier & Co., Bonn 1961, 150 S., 15 DM.

Im Juli des Jahres 1934 stand im Reichsgesetzblatt des Deutschen Reiches etwas, das sich als Gesetz bezeichnete und die „Maßnahmen“ — gemeint waren die Morde — des 30. Juni 1934 (sog. „Röhmputsch“) als zur Abwehr eines Staatsnotstandes „rechters“ erklärte. Diesem offensichtlichen Unrechtsakt — und zahllosen anderen, die ihm vorangingen und bis 1945 folgen sollten — versagte dennoch die Masse der deutschen Juristen — Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsbeamte — nicht den Gehorsam. Und das nicht etwa nur deswegen, weil hinter diesen „Gesetzen“, „Verordnungen“ und „Verwaltungsanweisungen“ die Macht des nationalsozialistischen Terrorapparates mit Gestapo und KZ stand. Nein, die Wurzeln dieses Geschehens lagen tiefer. Man wird sie in der Auffassung suchen müssen, daß — wie es der deutsche Rechtslehrer von T u h r ausgedrückt hat — „das Recht an beliebige Tatsachen beliebige Rechtsfolgen knüpfen“ könne. Bemerkenswert ist hierbei, daß nach dieser Auffassung Recht und Gesetz einander deckende Begriffe waren: Es war die Lehre von der schrankenlosen Allmacht des als Gesetzgeber verstandenen Staates; ja: was immer die Inhaber der tatsächlichen Gewalt in einem Staat nach ihrem Willen zum „Gesetz“ erhoben, war „Recht“, konnte legitimerweise Gehorsam und Beachtung verlangen. Vor diesem geistesgeschichtlichen Hintergrund wird erst einer der apokalyptischsten Züge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Neue Paperbacks

Sammlung „res novae“

Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte

Band 15

H. P. Bahrdt, W. Dirks, S. M. Guggenheimer, Paul Jostock, Burkhard Lutz, Heinz Theo Risse

Gibt es noch ein Proletariat?

Herausgegeben von Marianne Feuersenger
104 Seiten, ca. 5,80 DM

Sechs deutsche Soziologen untersuchen die Behauptung, daß die Wohlstandsgesellschaft zu einer Aufhebung des Proletariats und damit zu einer veränderten Bewußtseinslage unter den Arbeitnehmern geführt habe. Die Ergebnisse, zu denen sie dabei gelangen, sind überraschend und geben Anlaß zu einer Überprüfung allgemein akzeptierter aber kaum der Realität entsprechender Auffassungen.

Band 16

Hermann Bortfeld

Die deutsche Einheit als ethische Entscheidung

72 Seiten, ca. 3,80 DM

Bortfeld ist der Auffassung, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht so sehr von geschickten außenpolitischen Manövern und der Ausnützung weltpolitischer Konstellationen abhängt, als vielmehr von der Haltung und Anteilnahme eines jeden von uns an dem Schicksal unserer Brüder in der Sowjetzone.

Band 17

Arthur Rosenberg

Demokratie und Sozialismus

Zur politischen Geschichte der letzten
150 Jahre

308 Seiten, laminiert 12,80 DM

Bibliotheksausgabe Leinen ca. 24,— DM

Eine Geschichte der Wandlungen des Begriffs der modernen Demokratie in seiner Verbindung mit der Ideengeschichte des Sozialismus. Rosenberg zeigt auf, wie sehr sich die Auffassungen der Väter der Französischen Revolution und der Männer der Paulskirche von der Konzeption der liberalen Demokratie unserer Tage unterscheiden.

 Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

verständlicher: die Tatsache, daß selbst Richter, Staatsanwälte und juristisch vorgebildete Beamte scheinbare Rechtsnormen und Weisungen, die Mord, Plünderungen und andere Verbrechen zum Inhalt hatten, mit der gleichen Loyalität und Routine ausführten wie beispielsweise die Zulassung eines Kraftfahrzeuges oder die Erteilung einer Baugenehmigung.

Reinhard Holubek geht in seiner verdienstvollen Studie dem Ursprung jener juristischen Methode nach, die die Befehle der jeweiligen Machthaber zu Recht und ihren Inhalt für gleichgültig erklärt. Er tut dies am Beispiel der „Allgemeinen Staatslehre“ Georg Jellineks, die im Jahre 1900 erschien und nicht nur bis 1959 neun Auflagen in Deutschland erlebt hat und in zahlreichen Sprachen übersetzt wurde, sondern auch bis in die Gegenwart hinein von großem Einfluß ist. Holubek zeigt, wie den Ausgang der Jellinekschen Lehre ein empirischer Wissenschaftsbegriff bildet, der allein das als wirklich, wahr und objektiv anerkennt, was durch die sinnliche Erfahrung feststellbar ist. Objektive Zwecke, Werte und Ideen werden in den Bereich der metaphysischen Spekulation verwiesen, die keine wissenschaftliche Wahrheit zu liefern vermöge. Da Jellinek in seiner Staatslehre die Empirie zum einzig gültigen Erkenntnisweg erkläre, lege sie die Gegenstände Staat und Recht von vornherein auf den Bereich von Materie, Kraft und Kausalität fest, ohne dabei zu bemerken, daß die Verabsolutierung dieser Methode sich dadurch selbst als eine — freilich materialistische — metaphysische Spekulation erweise. Holubek legt dar, wie bei Jellinek die Normativität auf die Kausalität reduziert wird, was wiederum bedeutet, daß die Macht zum alleinigen Maßstab für menschliches Handeln erhoben wird. Einer Staatslehre, die sich dieser Methode bedient, ist es folglich gleichgültig, welche Ziele von der Politik verfolgt werden, ihr ist jegliche Ideologie „recht“ (mag sie auch verbrecherisch sein), soweit sie nur mit genügender Macht vertreten wird. Zwar erkennt auch Jellinek, daß die nackte Kausalität in der Form von Macht über Menschen noch keinen Staat gibt — und so bemüht er sich, auch unüberschreitbare Schranken für die Ausübung der Staatsgewalt zu konstruieren. Er meint sie in der Lehre von der Selbstbindung des Staates an sein eigenes Recht gefunden zu haben und verlangt für die volle Positivität oder Gültigkeit der von der Macht erteilten Befehle die Anerkennung durch die Rechtsüberzeugung. Holubek nennt dies jedoch nur die Erschleichung eines metaphysischen Rechtsinhalts auf sozialpsychologischem Wege und sieht Jellineks Lehre von den Staatsschran-

ken als durch die Geschichte selbst widerlegt an: „Die Gaskammern in Auschwitz und die stalinistischen Massenliquidationen haben bewiesen, wie wenig es gänzlich außerhalb des realen Machtbereichs des modernen Staates liegt, die Persönlichkeit und die Würde des Menschen zu vernichten.“

Es mag hier dahingestellt bleiben, wie weit gerade im auf die Volkssouveränität gegründeten demokratischen Rechtsstaat die Rechtsüberzeugung in Form der Selbstidentifikation der Rechtsgenossen mit dem zu schaffenden Rechtssatz für jegliches Recht doch mitkonstitutiv ist. Daß sie nicht genügt und allein zu Rousseauscher Mehrheitsdiktatur ohne Recht führen kann, dürfte nicht ernsthaft zu bestreiten sein. Dennoch ist es verdienstvoll, wenn Holubek als Fazit seiner Untersuchung der „Allgemeinen Staatslehre“ Georg Jellineks die Gefahr aufzeigt, die der reine Empirismus für die Erkenntnis des Wesens von Staat und Recht darstellt. Das ist nicht eben neu. Schon Augustinus hatte schließlich darauf hingewiesen, daß eine Zusammenfassung von Menschen ohne Gerechtigkeit zwar möglicherweise eine Räuberbande, aber keinen Staat abgebe, und Leonhard Nelsons Werk „Rechtswissenschaft ohne Recht“ ist 1917 erschienen. Leider haben die Gedanken Gustav Radbruchs über das gesetzesförmige Unrecht bei dem Autor keine Berücksichtigung gefunden. Doch wird er Zustimmung verdienen, wenn er abschließend fordert, daß eine wahre allgemeine Staatslehre nicht werte-los sein darf und daher die moralische Freiheit des Menschen zum Ausgang nehmen und von dem Mechanismus der Macht zur Ordnung sinnvoller Gemeinschaft führen muß, zu einem Staat, wie dem unseres Grundgesetzes, der an Recht und Gesetz gebunden ist.

Dr. Claus Arndt, Hamburg

Eine Einführung

Peter Rödl: „Jugend in Staat und Gesellschaft — Ein Beitrag zur politischen Bildungsarbeit“, in: Schriftenreihe „Jugend im Blickpunkt“, Hermann Luchterhand Verlag, Berlin/Neuwied 1961, 240 S., 14,50 DM.

Der rote Faden dieses Buches ist die scharfe Trennung von Gemeinschaft und Gesellschaft; alle anderen Gedanken werden von daher abgeleitet. Auf der Grundlage einer soziologischen und psychologischen Analyse beider Grundbegriffe — in Anlehnung an Tönnies — macht der Verfasser deutlich, daß Gemeinschaftserfahrungen in Familie und Jugendgruppe zwar der politischen Bildung und Verantwortung

zugute kommen, daß aber die politische Bildung, soweit sie das Wesen des Staates und seiner Institutionen expliziert, auf der Gemeinschaft und vor allem der Familie entnommene Modelle verzichten muß. Das ist eine wichtige Feststellung, aber sie ist nicht neu und als Grundlegung eine Analyse der wechselseitigen Beziehung von Jugend und Staat, die zugleich eine Hilfe zur politischen Bildungsarbeit sein soll, zu allgemein und vor allem zu deduktiv.

Dieser Hang zur spekulativen Unverbindlichkeit, der sich auch in der oft übertriebenen und erzwungenen Systematisierung, in Wiederholungen und einer stilistischen Blässe ausdrückt, ist die Hauptschwäche dieses im übrigen fleißig gearbeiteten und geordneten Buches, das als allgemeine Einführung seinen Zweck erfüllt. Es geht nicht von der Analyse oder auch nur der Beschreibung der wirklichen Verhältnisse und der heute dringenden Probleme und Notwendigkeiten aus, um praktikable Lösungen zu erarbeiten, sondern es erschöpft sich gerade da, wo es sich mit Maßnahmen auseinandersetzt, in unverbindlichen Wendungen. Manche Meinungen des sonst gut informierten Verfassers müssen als recht naiv gelten: die fast kritiklose Anerkennung eines nur oberflächlich interpretierten Subsidiaritätsprinzips, die Aufwertung des Jugendrings zu einer „Vertretungskörperschaft der Jugend“ usw. Das bedrängendste Problem, die Frage nach den Möglichkeiten des Engagements und der Bildung der etwa 80 v. H. Nichtorganisierten, wird kaum gesehen. Hoffnungsvolle neue Ansätze sucht man vergebens. Dieses Buch hat eine beachtliche — sagen wir — archivarische Bedeutung; so wird es für Unterrichtszwecke sehr erwünscht sein. Praktische Bedeutung für den in der Jugendpolitik oder in der politischen Bildungsarbeit Tätigen hat es wahrscheinlich nicht in dem Maße, wie man es von dem Titel erhoffte.

Dr. Ulrich Beer, Reutlingen

Hinweise für die Praxis

Ulrich Beer: „Familien- und Jugendsoziologie. Ein Abriss für die sozialpädagogische Ausbildung und Arbeit“, Hermann Luchterhand Verlag, Berlin/Neuwied 1961, 192 S., 12,50 DM.

Wer die wirklichen Verhältnisse, die zeitlichen und materiellen Bedingungen jener nicht eben privilegierten Schicht von Frauen und Männern kennt, die man „Sozialarbeiter“ nennt, der weiß, daß die erfreuliche Ausweitung des wissenschaftlichen Schrifttums über Fragen der Familien- und Jugendsoziologie, wie wir sie in der

Bundesrepublik seit etlichen Jahren erleben, für diesen Berufsstand nicht nur Erfreuliches mit sich bringt: Die Fürsorgerin oder der Jugendpfleger, der hinreichend Muße und Geld hat, um sich in dieser Beziehung auf dem laufenden zu halten, ist eine Rarität.

Um so willkommener wird eine kurzgefaßte und konzentrierte Darstellung der Fragestellungen, Forschungsergebnisse und Lehrmeinungen der Familien- und Jugendsoziologie sein, die Ulrich Beer, Dozent an einer Heimerziehschule, in der Reihe „Jugend im Blickpunkt“ (Luchterhand-Verlag) vorlegt. Beer behandelt die Entwicklung der Familie von der Produktions- zur Konsumtionsgemeinschaft, von der Groß- zur Kleinfamilie, von der gesellschaftlichen Institution zur Intimgruppe; er geht den Umweltbedingungen der heutigen Jugend nach, ihrem Verhältnis zu Familie, Schule Beruf, Freizeit, Verband, Politik und Religion; er setzt sich mit Fragen der Jugendgesundheit, der Jugendsexualität, der Jugendkriminalität auseinander. Statistik bleibt dabei auf Wesentliches beschränkt, Fallbeispiele machen die Darstellung lebendig, die wichtigste Literatur (Schelsky, Blücher, Muchow, Roessler u. a.) ist verarbeitet (leider fehlt ein Literaturverzeichnis).

Der Autor gibt darüber hinaus die Richtung an, in die Sozialarbeit heute, will sie nicht steril werden, zielen muß: „Sozialarbeit läßt sich von der Soziologie die Gesellschaft interpretieren, um sie zu ändern“, „der Erfolg sozialer Arbeit besteht letzten Endes nicht in der Einzelfallhilfe“, Sozialarbeit, so meint Beer — und wir stimmen ihm darin zu —, müsse sich nicht nur um Notstände, sondern auch um Zustände kümmern.

Auch in anderen Fragen beschränkt sich der Autor, und das scheint uns ein Vorzug des Buches, nicht aufs Referieren; so stellt er u. a. heraus, daß Jugendgefährdung heute weniger in krassen Einzelfällen von Jugendkriminalität, sondern weit mehr in einer autoritäre Tendenzen verstärkenden, weitverbreiteten allgemein „unsozialen“ Einstellung Jugendlicher zu suchen ist; im Gegensatz zu einigen anderen Autoren auf dem Gebiet der Jugendsoziologie hält Beer eine besondere gesellschaftliche Rolle der jungen Generation, in Distanz zum überhöhten Anspruch oder zur bloßen Attitüde jugendbewegter Herkunft, für möglich und erwünscht.

Ein knappes, erfreuliches Buch, das hoffentlich den Weg zu den richtigen Lesern findet.

Dr. Arno Klönne, Paderborn

Sozialpartnerschaft

Hans Jürgen Teuteberg: „Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland“, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1961, 587 S., 50 DM.

Die umfangreiche Arbeit Teutebergs, als 3. Band der Betriebsverfassungsfragen gewidmeten Reihe der Sozialforschungsstelle in Dortmund erschienen, ist mehr eine Darstellung der Frühgeschichte der Mitbestimmung und ihrer ersten zaghaften Ansätze — als eine Historie der Mitbestimmung. Offenbar will sie mehr auch nicht sein, geht man von dem bescheideneren Untertitel („Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts“) aus. Teuteberg sieht in seiner Arbeit eine „Ergänzung zu der bisher vorliegenden Literatur, um das noch mangelhafte Wissen um die Entstehung der deutschen Mitbestimmung zu bessern und die Fragestellungen der Gegenwart bei dieser sozialökonomischen Neuordnung zu untermauern“. Indem er „die verschütteten geistesgeschichtlichen Verbindungslinien zur gegenwärtigen sozialen Betriebsverfassung aufzuzeigen“ versucht, verläßt er allerdings den geschichtlichen Boden zugunsten einer geschichtssoziologischen Deutung.

So interessant die Untersuchung wegen der Fülle bisher meist unbekannter Einzelmaßnahmen und Tatsachen ist, so sehr sie auch alle Formen freiwillig oder unfreiwillig beschränkter Unternehmervergewalt aufzeigt und einzuordnen versucht, so problematisch erscheint doch die Aussage, unsere deutsche Mitbestimmung habe jene sozialreformatorischen und ständestaatlichen Ideen zu Vorläufern. Den Schlüssel zu diesem etwas gewaltsamen Akt geschichtssoziologischer Einordnung der deutschen Mitbestimmung liefert der von Teuteberg zugrunde gelegte Mitbestimmungsbegriff. Mitbestimmung ist danach der Sammelbegriff für alle jene Rechte, „die dem Arbeitnehmer die Möglichkeit geben, auf den dynamischen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens sowohl auf innerbetrieblicher als auch auf überbetrieblicher Basis einzuwirken“. Mitbestimmung ist somit identisch mit „Einwirkung“, ohne daß diese „Einwirkung“ durch einen gleichberechtigten, gleich starken Partner erfolgen muß.

Offenbar ist es an der Zeit, für eine Behandlung der Mitbestimmungsfragen endlich von einem brauchbaren, unsere heutige Mitbestimmung umfassenden Begriff auszugehen. Mitwirkung — in welchen Formen sie auch üblich war und wie immer sie uns auch heute angeboten wird, ist nun einmal keine Mitbestimmung, weder rechtlich noch — was viel bedeutsamer ist — soziologisch.

Es ist deshalb — sieht man von wenigen Experimenten ab — auch nicht möglich, den Ursprung unserer heutigen Mitbestimmung, wie sie etwa in der Montanindustrie praktiziert wird, in „mitbestimmungspoloiden“ Formen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Zusammenarbeit zu suchen. Weder die vormärzlichen Gedanken der Sozialreformer noch ständestaatliche Ideologien können hier angeführt werden. Unsere heutige Mitbestimmung ist von anderer Qualität. Sie bedeutet nicht nur ein quantitatives „Mehr“ gegenüber den Mitwirkungsrechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz, sondern sie macht den Unternehmer erstmals in seinen Dispositionen abhängig von der Zustimmung der „anderen Seite“. Das aber ist in der Tat ein beinahe revolutionärer, nicht bloß entwicklungsgeschichtlicher Akt. Ähnliches hat es früher nicht gegeben.

Für denjenigen, der sich mit den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in ihrer Gesamtheit beschäftigen will, ist das Buch ein wahres Schatzkästlein. Es stellt alle Formen der human relations dar, die in Deutschland niemals praktiziert wurden, und zwar in Zeiten, in denen man diesen Begriff selbst noch gar nicht kannte. Oft dienten, wie auch Teuteberg deutlich macht, die von den Unternehmern ins Leben gerufenen „Betriebsvertretungen“ in erster Linie dazu, die Rolle der „Gelben“ zu übernehmen, um damit die „illegale“ Arbeiterbewegung an die Wand zu drängen.

Das Buch ist im ganzen eine ausgezeichnete Darstellung frühgeschichtlicher Probleme der deutschen Betriebsverfassung und der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen. Ob es eine Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland ist, bleibt zweifelhaft.

Karl-Heinz Sohn, Köln

Ärzte?

Bert Honolka: „Die Kreuzelschreiber“, Verlag Rütten u. Loening, Berlin 1961, 157 S., 2,80 DM.

In der Form nüchterner Dokumentation konfrontiert uns Honolka mit einem der düstersten Kapitel nationalsozialistischer Zeit. Es ist gut, daß er fast nur die Dokumente sprechen läßt und so das schier Unglaubliche unbezweifelbar macht. Das Geheimnis, mit dem der Nationalsozialismus seine Aktionen umgab, auch solche, die mit seinen Grundsätzen wie der „Vernichtung unwerten Lebens“ zusammenhängen, hat noch heute weite Kreise unserer Bevölkerung im unklaren darüber gelassen, wohin sich Menschen verirren, wenn sie von klaren ethischen Grundsätzen erst einmal einen Schritt abweichen. Die sich häufenden Todesfälle in manchen Anstalten für Geistesranke erregten zwar schon damals die Menschen, deren Angehörige

dort untergebracht waren; doch waren auch viele Ärzte beunruhigt und suchten zu verhindern, daß ihre Kranken in bestimmte Anstalten gebracht wurden, wenn es auch nicht zu direkten ärztlichen Aktionen wie denen von kirchlicher Seite, von denen Honolka berichtet, gekommen ist. Die Motive, aus denen heraus die Ärzte, die uns in dem Buch begegnen, sich damals zu Handlangern des nationalsozialistischen Regimes machten, sind heute nur noch schwer verständlich. Die Skala reicht sicher von dem Euthanasieüberzeugten über den Streber, der dem augenblicklich herrschenden System gefällig sein wollte, bis zu dem charakterlich Schwachen, der nicht zu widerstehen wagte. Zwar handelt es sich um einen begrenzten Kreis von Ärzten, und es war mehr oder weniger auch Zufall, wer in die Aktionen verwickelt wurde, doch ist er immer noch groß genug, um nicht als Verwirrung Einzelner abgetan werden zu können.

Man kann dem Buch nur Verbreitung wünschen, damit klar wird und auch jeder Arzt sich damit auseinandersetzen muß, wohin es führt, wenn der Arzt seine Aufgabe falsch sieht. In seiner Hand liegt eine große Macht über Leben und Tod, weshalb der Eid des Hippokrates gebietet, die ärztliche Kunst nur für die Erhaltung von Leben und Gesundheit einzusetzen. Diesen Eid haben auch deutsche Ärzte immer als für sich verbindlich angesehen. Daß er nicht förmlich geleistet wird, kann nicht als Entschuldigung für seine Verletzung geltend gemacht werden.

Dr. Elinor Hubert, MdB, Göttingen

Revolution der Sprachpolizisten

Ernst Topitsch: „Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft“, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1961, 302 S., 16,50 DM.

Ein oberflächlicher Beobachter könnte mit dem Blick auf die jüngste Geschichte meinen, daß sogar Katastrophen größten Ausmaßes, wirtschaftliche und politische Zusammenbrüche und selbst der zweite Weltkrieg im sogenannten Geistesleben kaum Spuren hinterlassen. Die Frage, ob nach Auschwitz Lyrik möglich sei, scheint durch die Praxis ad absurdum geführt zu sein. Drückt sich in all dem etwa die Macht des Geistes aus? Man wird sich mit der Bejahung dieser Frage nicht zufriedengeben und wird die der Industriegesellschaft eigentümliche Umsetzung von Kultur, aber auch von Politik in Betrieb und Betriebsamkeit allein auch nicht als Erklärung annehmen wollen. Es dürfte nicht zuletzt in gewissen Ausprägungen von Geist und Kultur selbst liegen, daß sie ihre Verleug-

nung oder Usurpation, wie es scheint, unerschütterlich und unversehrt überdauern und damit das schwindelerregende Bild mitkonstituieren.

Ernst Topitsch, Professor für Philosophie an der Universität Wien, hat in seinem 1958 erschienenen Buch „Vom Ursprung und Ende der Metaphysik“ gezeigt, welchen Erlebnis- und Denkformen die auch heute noch institutionell getragenen Weltanschauungen und Ideologien ihren Erfolg und ihre Langlebigkeit verdanken. Sein neues Werk vereinigt zehn Abhandlungen, die entweder dem Themenkreis des ersten Buches entstammen oder von der gewonnenen Position aus die Ideologiekritik an unmittelbare Gegenwartsfragen herañführen. Die Sammlung ist Hans Kelsen, dem großen Rechtslehrer und Vater der österreichischen Verfassung von 1920, zum 80. Geburtstag zugeeignet. Topitsch ist nun nicht nur dem Altmeister der „Reinen Rechtslehre“ und Heinrich Gomperz, dem tiefen Kenner der Antike, den schon das Dollfuß-Regime in die Emigration trieb, verpflichtet; er bekennt sich nicht minder entschlossen und konsequent zu bestimmten Positionen des Max Weberschen Lebenswerkes und der Soziologie Vilfredo Paretos. Er hat aber auch verarbeitet, was während der braunen Nacht im angelsächsischen Bereich an sozialphilosophischer Erkenntnis gewonnen worden ist, wo man nicht zuletzt Anregungen folgte, die vom exilierten „Wiener Kreis“ ausgingen. Diese Rückgewinnung oder Rückbeziehung fast schon verlorener und umgewandelter eigener Tradition ist so notwendig wie verdientlich.

Die Eigenart von Topitschs Denken rührt daher, daß er, von Haus aus klassischer Philologe, die Wissenschaftsauffassung des Neopositivismus — prinzipiell und stets nach der Falsifizierbarkeit von Aussagen zu fragen — ins Historische und Soziologische wendet. Die zwischen dem Feld des Naturgesetzlichen (Nomothetischen) und Geschichtlichen (Idiographischen) aufgerichtete Schranke wird zertrümmert — ohne daß der grundsätzliche Unterschied verwischt würde —, und es wird erneut sowohl die Politik als Aufgabe der Wissenschaft wie auch Wissenschaft als politisch relevantes und zu verantwortendes Tun zurückerwonnen. Der historische Ursprung dieses Philosophierens wäre in der geistesgeschichtlichen Zäsur zu finden, die durch Hegel, Marx und Kierkegaard markiert wird; man könnte es auch schon mit Thukydides' Versachlichung der Historiographie einsetzen lassen.

Topitsch weist das Nachwirken vorwissenschaftlichen Denkens selbst im vorgeblich wissenschaftlichen Denken nach. Er zeigt unermüdet, wobei die wiederholte Darlegung der Grundposition manchmal wie

Ballast anmuten mag, daß bio-, sozio- und technomorphe Vorstellungen dem Selbstverständnis des Menschen bis heute zugrunde liegen. Die tiefe Verankerung dieser Denkmodelle in der Sprache verhilft ihnen und damit auch den verschiedenen Weltanschauungen, so gegensätzlich sich diese auch geben mögen, zu solcher Lebensdauer. Sie haben sich längst verselbständigt und in Formeln ausgeprägt, die mit der Lebenswirklichkeit nicht länger kollidieren, sie behalten ihre Überzeugungskraft, sind sie doch in den Dienst jeder Herrschaft oder jedes Herrschaftsanspruchs zu stellen, sind sie doch zu Leerformeln geworden. Topitsch bezieht die in den letzten Jahrzehnten erfahrene Wirklichkeit des Menschen auch mit ihrer Inhumanität in systematisch ideologiekritisches Philosophieren mit ein, ohne dem Pathos der Existentialisten nachzugeben und ohne sich einer marxistisch oder sonstwie gefärbten Heilslehre zu verdingen. Von einem Standpunkt außerhalb des gewohnten philosophischen Denkens aus gesehen, mutet der Vorgang — Versachlichung von Reflexion und sprachlichem Ausdruck, Geschichtsbewußtsein als kritisches Zeitbewußtsein, Wahrnehmung der Menschwirklichkeit anstelle erbaulicher Verfremdung — wie eine Über-

setzung der aus der literarischen Welt und der Dichtung „vertrauten“ Schreckenswelt in verbindliche, anthropologisch rückbezogene und allgemein relevante Aussagen an, wie eine „Entliterarisierung“ des künstlerisch gestalteten Chaos, wobei der moralische Impetus der Gestaltung bei Dichtern wie Karl Kraus, Hermann Broch, Robert Musil und George Saiko und der des „Übersetzers“ identisch sein dürften.

„Der große Prozeß der Aufhellung und fortschreitenden Selbstdurchleuchtung des menschlichen Bewußtseins“, schreibt Topitsch, „der Weg vom Mythos zum Logos, hat schon viele ideologische Denkformen verblassen und schließlich verschwinden lassen. Sie sind uns noch bekannt, aber sie haben keinen Einfluß auf unser Situations- und Motivationsbewußtsein mehr...“ die Menschen gewöhnen sich an die „Entzauberung der Welt...“ Und kurz und bündig: „Weltanschauliche Probleme erledigen sich von selbst, nicht indem sie eine Antwort finden, sondern indem sie gegenstandslos werden“ (aus der Abhandlung „Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung“). Der Zustand ist nicht gerade erfreulich: Ideologiekritisches Denken wird gerne des Nihilismus verdächtigt, es werden böse Folgen befürchtet. Umgekehrt erscheinen

Durch Mitbestimmung zur sozialen Demokratie

**Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland**

der Weltanschauungskritik die würdigen Vertreter der Philosophie von gutem Stande als Schmuggler, die erst nach gründlicher Visitation — nicht ehe ihre ideologische Konterbande ans Licht gebracht worden ist — passieren dürfen.

Es ist vielleicht so kauzig wie spezifisch österreichisch und doch nicht im Großdorf Wien zu lokalisieren, wo es immerhin eine 14tägige Funksendung der „Sprachpolizei“ gibt, die kritische Leser und Einsender zu Mitgliedern ernennt, daß der Revolutionär nicht etwa als Neutöner, sondern als Sprachkritiker auftritt, als einer, der die Rolle der Sprache im Denken nicht mystifiziert, sondern durchschaubar macht. Immerhin haben die Wiener Sprachpolizisten, die der Verhuzung der deutschen Sprache so beharrlich zu Leibe rücken (zwei Bände ihrer Berichtigungen liegen

gedruckt vor), bereits in höchster Instanz — wo es nicht nur um die Reinheit der Sprache, d. h. um klares Denken geht, sondern dazu noch um reflexives Denken, um das Durchdenken von Sprache, Existenz und Welt — Mitstreiter aufzuweisen, wie etwa Sigmund Freud, dann Robert Reininger, der weithin unbekannt blieb, weil er es fertig brachte, in gefilterter „Alltags“-Sprache zu philosophieren, dann Ludwig Wittgenstein, aber auch Mechtilde Lichnowsky, deren Buch „Worte über Wörter“ überall neben dem Duden stehen sollte (wo halt ein Duden steht). Mit Topitschs Sozialphilosophie sive Sprachkritik oder Denken über die Sozialgeschichte des Denkens haben die Malefizkerle, Entideologisierer und Sprachnihilisten schweres Geschütz in die Hand bekommen.

Dr. Kurt Marko, Wien

Für das nächste Heft dieser Zeitschrift
sind folgende Beiträge vorgesehen

Dr. Adolf Arndt, MdB

Das zeitgerechte Parlamentsgebäude

Dr. Ilse Elsner, MdB

Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen

Dr. Friedrich Weltz

Das Gesellschaftsbild des Arbeiters

Dr. Manfred Teschner

Zum Verhältnis von Belegschaft und Betriebsrat

Prof. Dr. Karl Janssen

Das Subsidiaritätsprinzip

Dr. Dietrich Hilger

Zur Situation der Politischen Wissenschaft

*Seit Heft 4 dieses Jahrgangs erscheint unsere Zeitschrift regelmäßig zu
Beginn des ersten jeweiligen Erscheinungsmonats. Wir bitten unsere
Leser, davon Kenntnis zu nehmen.*

DIE AUTOREN DIESES HEFTES

Waldemar von Knoeringen besuchte die Handelsschule und arbeitete als Krankenkassenbeamter und Bibliothekar; 1933 Emigration; 1946 Rückkehr nach Deutschland. Mitglied des Bayerischen Landtages; seit 1947 Landesvorsitzender der SPD in Bayern, von Mai 1958 bis Mitte 1962 stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Dr. Felix Butschek studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Graz und Wien. Er arbeitete von 1955—1962 im Bundesministerium für soziale Verwaltung und ist jetzt im österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung tätig.

Dr. J. J. Voogd studierte Ökonomie in Amsterdam. Früher Hauptvorstandsmitglied der holländischen Sozialistischen Jüngernorganisation. Vorsitzender der Stadtratsfraktion der Partij van de Arbeid in Haarlem; Direktor im wissenschaftlichen Büro der Partij van de Arbeid.

Prof. Dr. Thomas Ellwein studierte Geschichte und Rechtswissenschaft in Erlangen, war dann als Dozent und Verlagsleiter (1952—1955) in München tätig, in den Jahren 1955 bis 1958 Leiter der Bayerischen Landeszentrale für Heimatdienst. Seit 1960 Professor für politische Bildung an der Hochschule für Erziehung in Frankfurt (Main).

Dr. Brigitta Mennemeier studierte Philosophie und neue Sprachen in Münster und Paris. Nach ihrer Promotion war sie im höheren Schuldienst tätig. Sie arbeitet jetzt als Studienrätin am Romanischen Seminar der Universität Münster. Dr. Mennemeier gewann bei einem Preisausschreiben der Stiftung DIE WELT zum Thema ihres Aufsatzes den ersten Preis.

Dr. phil. Harry Pross war nach der Promotion (Sozialwissenschaften) in Heidelberg von 1949 bis Ende 1960 als Redakteur tätig. Unter seinen Buchveröffentlichungen sind „Außenpolitik“ (gemeinsam mit Golo Mann), 1958; „Die Zerstörung der deutschen Politik 1870—1933“, 1959; „Vor und nach Hitler“, Beiträge zur Sozialpathologie, 1962, besonders zu erwähnen. Er lebt jetzt als freier Publizist im Allgäu.